

**ENGAGEMENT
GLOBAL**

Service für Entwicklungsinitiativen



SERVICESTELLE

KOMMUNEN IN DER EINEN WELT

MATERIAL



**Achtes bundesweites
Netzwerktreffen
Bürgerhaushalt
22. und 23. Mai 2012**

Dokumentation

BMZ



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung



Zukunftsentwickler.
Wir machen Zukunft.
Machen Sie mit.

Nr. 56

Impressum:

Herausgeber:

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH
Service für Entwicklungsinitiativen
Tulpenfeld 7
53113 Bonn
Telefon +49 228 20 717-0
Telefax +49 228 20 717-150
info@engagement-global.de
www.engagement-global.de

Servicestelle Kommunen in der Einen Welt
info@service-eine-welt.de
www.service-eine-welt.de

V.i.s.d.P.: Dr. Stefan Wilhelmy

Material – Schriftenreihe der Servicestelle, Heft 56
Projektleitung: Mandy Wagner
Fotos: Mario Thieme, außer S. 3, Foto: Christian Plähn.
Text: Lars Vogelsang, Agenda-Agentur Berlin
Redaktion: Mandy Wagner (Servicestelle Kommunen in der Einen Welt), Svetlana Alenitskaya (Bundeszentrale für politische Bildung)

Titelgestaltung: Fabian Ewert Design, Königswinter
Layout und Satz: Fabian Ewert Design, Königswinter
Druck: Theissen Medien Gruppe GmbH & Co.KG
100% Recyclingpapier, RecyMago

Bonn, September 2012

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit vorheriger Genehmigung des Herausgebers. Die Reihe „Material“ wird finanziell gefördert durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie die Bundesländer Bremen, Hamburg, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz.

Achtes bundesweites Netzwerktreffen Bürgerhaushalt 22. und 23. Mai 2012

Dokumentation





Inhalt

Vorwort	7
Einleitung	9
Teil I des Netzwerktreffens: Podiumsdiskussion am 22. Mai 2012	10
Referate	11
MinDir'n Beate Lohmann, Bundesministerium des Innern	11
Dr. Anke Knopp, BürgerInneninitiative „Demokratie wagen!“, Gütersloh	12
Jürgen Behrendt, Stadt Köln, E-Government und Online-Dienste	14
Dr. Stephan Eisel, Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin	17
Diskussion zwischen Publikum und Podium	19
Teil II des Netzwerktreffens: Workshop am 23. Mai 2012	29
Grußwort von Svetlana Alenitskaya (bpb)	29
Grußwort von Mandy Wagner (SKEW)	30
Arbeitsgruppen	32
AG 1: Führen budgetorientierte Bürgerhaushalte zu einer größeren Effektivität und höherer Beteiligung bei Bürgerhaushalten?	33
AG 2: Wie kann man Bürgerhaushalte institutionalisieren? Welche Entwicklungen lassen sich nach mehrfacher Durchführung beobachten?	37
AG 3: Wie ist die Entwicklung der Bürgerhaushalte in anderen Ländern? Wie werden Bürgerhaushalte in anderen Ländern institutionalisiert? Was sind die Rolle und Aufgabe von internationalen Netzwerken zu Bürgerhaushalten?	43
World Café	48
Ergebnisse des World Cafés	50
Themen für das nächste Netzwerktreffen	53
Abschluss des Workshops	54
Anhang	56
Thesenpapiere zur Podiumsdiskussion	56
Programm der Podiumsdiskussion am 22. Mai 2012	66
Programm des Workshops am 23. Mai 2012	65
Liste der Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Netzwerktreffens	67
Abkürzungsverzeichnis	69
Publikationen der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt	70

Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,

vor Ihnen liegt die Dokumentation des achten Netzwerktreffens Bürgerhaushalt, das dieses Jahr in vielerlei Hinsicht ein besonderes Treffen war. Zum einen war es das erste Netzwerktreffen, das die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt unter dem Dach der Engagement Global gGmbH veranstaltet hat. Zum anderen fand es im Rahmen des Bundeskongresses politische Bildung statt und bestand aus einer Podiumsdiskussion und einem Workshop.

Der Bundeskongress unter dem Motto „Zeitalter der Partizipation“ bot die Plattform für Diskussionen, die sich um die Legitimation und Reichweite von online-gestützten Beteiligungsverfahren sowie die Institutionalisierung und Weiterentwicklung von Bürgerhaushalten drehten.

Online-gestützte Beteiligungsverfahren, zu denen auch Bürgerhaushalte gehören, haben in den letzten Jahren nicht nur auf kommunaler Ebene sondern auch bei Bund und Ländern zugenommen. Mit Ihnen ist die Erwartung an erhöhte Transparenz des staatlichen Handelns und auch die Hoffnung auf eine Stärkung des Kontakts zu den Bürgerinnen und Bürgern verbunden. Ob sie diese Ziele erreichen können und welches Innovationspotential von den Verfahren ausgeht, wurde am ersten Tag des Netzwerktreffens diskutiert.

Der kontroverse Austausch, der oft entlang des Beispiels Bürgerhaushalte geführt wurde, zeigte noch einmal die Linien zwischen Befürwortern und Kritikern von online-gestützten Beteiligungsverfahren auf. Bei der großen Verbreitung von Internet, sozialen Medien und anderen Onlinediensten stellt sich aber immer weniger die Frage, „ob“ online-gestützte Verfahren genutzt werden sollen, sondern es geht zunehmend um das „Wie“ ihrer Nutzung und ihre Verbesserung.

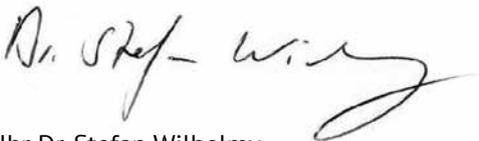
Dies wurde auch am zweiten Tag des Netzwerktreffens während des Workshops unter dem Motto „Wie sieht die Zukunft der Bürgerhaushalte aus?“ in den Diskussionen unterstrichen. Hier wurde die Institutionalisierung von online-gestützten Bürgerhaushalten besprochen. Diese werden in einigen deutschen Kommunen bereits seit vielen Jahren durchgeführt, sind Teil des kommunalen Alltags und werden ständig weiterentwickelt und verbessert.

Und – wie wir am Beispiel der Städte Trier und Bernau sehen konnten – auch deutsche Kommunen unternehmen erste Schritte in der Durchführung von sogenannten „budgetorientierten Bürgerhaushalten“. Hier sind die Bürgerhaushalte mit einem bestimmten Budget hinterlegt, zu dem die Bürgerinnen und Bürger konkrete Vorschläge einreichen können. Damit nähern sich die deutschen Kommunen den in vielen anderen Ländern üblichen Verfahren zu Bürgerhaushalten an und können von den dortigen Erfahrungen profitieren.

Der Blick ins Ausland ist in jeder Hinsicht für deutsche Kommunen lohnenswert, denn dort liegen langjährige und verstetigte Erfahrungen mit Bürgerhaushalten vor. Internationaler Austausch und die gemeinsame Weiterentwicklung des Instrumentes Bürgerhaushalt wird nicht nur in bilateralen Kontakten sondern auch über internationale Netzwerke wie das Internationale Netzwerk zu Partizipativer Demokratie, IOPD vorangetrieben. Dem IOPD liegt – ebenso wie der Arbeit der SKEW – die Erkenntnis zu Grunde, dass der Austausch zwischen Bürgerhaushaltskommunen – national wie international – einer der Erfolgsfaktoren für eine Qualitätsverbesserung der Verfahren ist.

Die Diskussionen und Erfahrungsberichte aus dem Netzwerk und aus aller Welt sollen Ihnen daher Anregungen geben zur Einführung oder Weiterentwicklung von Bürgerhaushaltsverfahren in Ihrer Kommune, und auch zum Austausch mit anderen Kommunen anregen.

Viel Vergnügen bei der Lektüre wünscht Ihnen

A handwritten signature in black ink, reading "Dr. Stefan Wilhelmy". The signature is written in a cursive style with a long, sweeping tail on the "y".

Ihr Dr. Stefan Wilhelmy

Leiter der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt

Einleitung

Das achte Netzwerktreffen Bürgerhaushalt wurde von der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt gemeinsam mit der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb ausgerichtet. Es fand dieses Mal in Berlin im Rahmen des **Bundeskongresses Politische Bildung „Zeitalter der Partizipation“** statt.

Dies war eine gute Möglichkeit, das Thema Bürgerhaushalt und das Netzwerktreffen in eine größere Veranstaltung mit vielen spannenden Diskussionen rund um das Thema Partizipation zu integrieren und einen Austausch dazu zu fördern.

Der Bundeskongress fand vom 21. bis zum 23. Mai 2012 statt und umfasste insgesamt elf Sektionen mit verschiedenen Fragestellungen rund um die Ziele des Kongresses und 48 Workshops, neben der Eröffnung und einer Abschlussveranstaltung.¹

Er bot eine Plattform um Fragen zu erörtern wie: Wie viel und welche Art von Partizipation verträgt die Demokratie? Wie viel Partizipation und welche Art von Partizipation sind in einer Demokratie notwendig? Wird der Anspruch, durch mehr Partizipation mehr Bürgerbeteiligung zu erreichen, tatsächlich realisiert? Im Zentrum der Diskussionen standen dabei auch die neuen Instrumente und Methoden des Web 2.0, die die Beteiligungsmöglichkeiten für die Bürger verändert haben.

Zu den Zielen des Bundeskongresses gehörte eine Bestandsaufnahme aktueller Entwicklungen der Partizipation wie z.B. Internetaktivismus und ihrer Auswirkungen auf die Demokratie. Ebenso wurde diskutiert, wie die politische Bildung solche Entwicklungen begleiten kann und ob die politische Bildung selbst partizipativer werden muss.

Das Thema Bürgerhaushalte passte sehr gut zu den Fragestellungen des Kongresses, denn Bürgerhaushalte finden oft in Verfahren statt, die die Möglichkeiten der Online-Beteiligung nutzen. Außerdem fördert die Beschäftigung mit dem kommunalen Haushalt die politische Bildung und umgekehrt.

Das **Netzwerktreffen Bürgerhaushalt** umfasste dieses Mal zwei Einzelveranstaltungen: Der erste Teil des Netzwerktreffens wurde als Podiumsdiskussion (Sektion 6 des Bundeskongresses) unter dem Titel **„E-Government und E-Partizipation“** durchgeführt, der zweite Teil am Folgetag als Workshop direkt zu Fragestellungen des Bürgerhaushaltes.

¹ www.bundeskongress-partizipation.de

Teil I des Netzwerktreffens: Podiumsdiskussion am 22. Mai 2012



Das Podium (v. l. n. r.): Beate Lohmann, Moderatorin Kirsten Neubauer, Jürgen Behrendt, Dr. Anke Knopp, Dr. Stephan Eisel

Die Podiumsdiskussion zu E-Government und E-Partizipation befasste sich mit Prozessen der Vereinfachung und der Erhöhung der **Transparenz** staatlichen Handelns, die nicht zuletzt die politische Willensbildung fördern und die politische Teilhabe erleichtern sollen. Beispiele dafür sind öffentliche Petitionen und Online-Konsultationen. In der Sektion wurde diskutiert, inwieweit insbesondere von Bürgerhaushalten **demokratische Innovationspotenziale** erwartet werden können.

Kurze Zusammenfassungen der kontroversen und lebhaften Diskussion in dieser Sektion sind bereits auf der Internetpräsenz des Bundeskongresses sowie der Plattform www.buergerhaushalt.org erschienen.²

Auf dem Podium im Humboldt Carré diskutierten:

Jürgen Behrendt,

Stadt Köln, E-Government und Online-Dienste

Dr. Stephan Eisel,

Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin

Dr. Anke Knopp,

BürgerInneninitiative „Demokratie wagen!“, Gütersloh

MinDir'n Beate Lohmann,

Bundesministerium des Innern.

Die Moderation übernahm:

Kirsten Neubauer, Geschäftsführerin von neu&kühn, Agentur für die Umsetzung von Online-Projekten für Politik, Verwaltung und Unternehmen, Wien.

Die Moderatorin wies in ihrer Einführung auf die Thesenpapiere hin, die einige der Podiumsteilnehmerinnen und -teilnehmer vorgelegt hatten (s. Anhang). Dies galt auch für das Thesenpapier von **Josef Wehner**, der aus gesundheitlichen Gründen leider nicht am Podium teilnehmen konnte. Die Podiumsteilnehmerinnen und -teilnehmer konnten zunächst jeweils etwa zehn Minuten lang zum Thema sprechen, bevor es eine Diskussion zwischen dem Publikum und dem Podium gab.

² www.bundeskongress-partizipation.de/2012-05-27/sektion-6-e-government-und-e-partizipation/
www.buergerhaushalt.org/neuigkeiten/bundeskongress-fuer-partizipation-podiumsdiskussion-zu-e-government-und-e-partizipation-mit-schwerpunkt-buergerhaushalt/

Referate

Kirsten Neubauer bat zunächst Frau Lohmann vorzutragen. Im Anschluss daran folgen die Referate von Dr. Anke Knopp, Jürgen Behrendt und Dr. Stephan Eisel.

MinDir'n Beate Lohmann, Bundesministerium des Innern



Beate Lohmann ist Leiterin der Abteilung Verwaltungsmodernisierung; Verwaltungsorganisation im Bundesministerium des Innern (BMI).

Hier war Frau Lohmann zuvor ständige Vertreterin des Leiters der Zentralabteilung. Schon seit 1990 ist sie, mit kurzer Unterbrechung, im Geschäftsbereich des BMI tätig: Die Volljuristin hat seit 1990 zunächst im Bundesverwaltungsamt, seit 1992 in verschiedenen Funktionen in Personal- und Organisationsreferaten im BMI gearbeitet. 1996 bis 1998 war sie Persönliche Referentin des Staatssekretärs. Seit 1998 leitete sie verschiedene Modernisierungsprojekte, zuletzt auch den Ausbau von Dienstleistungszentren.

verbindet sich mit neuen Möglichkeiten für Politik und Verwaltung, aber auch mit neuen Erwartungen der Bürger. So soll sich beispielsweise die gewachsene Bedeutung des Internets im Alltag der Bürger auch in der Verwaltung widerspiegeln. Die Forderung nach einem solchen Wandel ist bei der Verwaltung angekommen. Auch im Hinblick auf komplexe Herausforderungen wie die Globalisierung, schrumpfende Haushalte, pauschale Personalkürzungen sowie neue Aufgaben müssen wir überlegen, wie die Verwaltung in Zukunft arbeiten soll. Dazu gehört auch ein gutes Zusammenspiel mit den Bürgern.

Wir haben daher im September 2010 im Regierungsprogramm zur Verwaltungsmodernisierung das **Projekt „Open Government“** aufgelegt. Den Schwerpunkt bildet insbesondere das Thema Transparenz. Sie ist die Voraussetzung für mehr Teilhabe und mehr Kooperation. Wir haben dazu zum Beispiel den Wettbewerb „Apps für Deutschland“ durchgeführt und eine Studie zu Open Government Data in Deutschland in Auftrag gegeben, die Mitte dieses Jahres veröffentlicht wird. Ziel ist es, ein gemeinsames, zentrales Open-Government-Portal für Bund, Länder und Kommunen zu schaffen. Die Bürger sollen hier schnell die gewünschten Informationen zu offenen Daten, aber auch zum Beispiel zu laufenden Partizipationsverfahren finden können, ohne sich mit den oft unübersichtlichen Zuständigkeiten der Behörden auseinandersetzen zu müssen. Das Portal bauen wir gemeinsam mit Bund, Ländern und Kommunen auf; die Rolle des Bundesinnenministeriums besteht insbesondere in der Koordination und Vernetzung. Weiterhin arbeiten wir an einem E-Government-Gesetz, um die durchgehende elektronische Ausgestaltung von Prozessen in der Verwaltung zu fördern. Weitere Beispiele geben der Zukunftsdialog der Bundeskanzlerin und der Gorbendialog des Bundesumweltministeriums. Gemeinsam mit den Ländern haben wir außerdem **Eckpunkte für Open Government** formuliert, die wir online zur Diskussion stellen.³

Zum Wandel in Richtung Netzwerkgesellschaft gehören **Transparenz, Interaktion und Partizipation**. Dies

³ www.e-konsultation.de/opengov

Wir werden die Eckpunkte auf Basis der Konsultation überarbeiten und dem IT-Planungsrat vorlegen. Auf dieser Basis können wir dann einen Maßnahmenplan für das weitere Vorgehen festlegen. Anfang nächsten Jahres bereits soll das Open-Government-Portal als Prototyp zur Verfügung stehen.

**Dr. Anke Knopp,
BürgerInneninitiative „Demokratie wagen!“,
Gütersloh**



Dr. Anke Knopp hat Politikwissenschaft, Germanistik und Romanistik an der WWU Münster (Westfälische Wilhelms-Universität in Münster) studiert, mit dem Schwerpunkt deutsche Asylpolitik. Das Thema ihrer Promotion war „Bürgerbeteiligung in der Gemeindeordnung NRW“.

Zu den freien Tätigkeiten von Dr. Anke Knopp gehören: freie Journalistin, Autorin von Sachbüchern, Kommunalpolitikerin, Politische Geschäftsführung Bündnis 90/Grüne in Gütersloh, Sprecherin der Bürgerinitiative „Demokratie wagen!“ in Gütersloh⁴, Publizistin. Beruflich war Dr. Anke Knopp im Bereich Public Affairs

für die Bertelsmann Stiftung tätig. Heute ist sie Projekt- und Community-Managerin „Zukunft der Integration“ der Bertelsmann Stiftung.

Privat ist Dr. Anke Knopp Mutter eines Sohnes, Vorleserin in Kindergarten und Schule sowie Bloggerin: „Blickpunkt aus Gütersloh“⁵

Am Anfang des Bürgerhaushalts in Gütersloh stand die **Krise**. Wir hatten 2009 ein Haushaltsdefizit von 12 Mio. €, und es drohte die Haushaltssicherung. Die Kommunalpolitik hat daraufhin ein Beraterteam aus Nürnberg herbeigerufen und angekündigt, alle Gebühren zu erhöhen und alle Ausgaben um 20 % zu kürzen. Das war der Punkt, an dem die Bürgerinnen und Bürger festgestellt haben, dass etwas in ihrer Kommune geschieht, auf das sie keinen Einfluss haben. Und sie haben zum ersten Mal die Handlungs- und Kommunikationsunfähigkeit von Ratsvertretern spüren können.

Die **Kürzungen** waren überall sichtbar. Nachdem in Gütersloh eigentlich immer Friede geherrscht hatte, entzündete sich der größte Protest im Hinblick auf die Stadt- und Schulbibliotheken. Bezeichnend war es, dass die Schüler, die eine Stunde lang vor dem Rathaus demonstriert hatten, durch eine Ansage aus dem Rathaus per Megaphon erfuhren, dass ihre Demonstration nunmehr zu Ende sei.

In dieser Zeit hat sich unsere Bürgerinitiative gegründet. Unserer Auffassung nach darf es nicht sein, dass in einer Kommune externe Berater mehr wissen als die Bürgerinnen und Bürger. Wir haben für die **Durchführung eines Bürgerhaushaltes** geworben und dafür ein Volksbegehren gestartet. Bei 2.600 Unterschriften haben wir aufgehört, weitere Unterschriften zu sammeln, weil die Politik vor den Kommunalwahlen 2009 versprach, einen Bürgerhaushalt einzuführen. Die Verwaltung hat sich zum Glück sehr engagiert, ein Konzept für den Bürgerhaushalt zu entwickeln, und unsere

4 www.demokratie-wagen.org

5 blickpunkt-gt.blogspot.de

Initiative wurde in großem Umfang einbezogen, während die Politik sich eher zurückgehalten hat.

Der Bürgerhaushalt wurde 2011 gestartet mit einem **modernen, kreativen und offenen Beteiligungsverfahren**. Zum Beispiel war das Verfahren nicht auf Sparvorschläge beschränkt, vielmehr konnten auch Ausgabenvorschläge, Kommentare und Priorisierungen abgegeben werden. Auf der Internetpräsenz zum Bürgerhaushalt erfolgten über 300.000 Klicks, und es wurden 330 Vorschläge eingereicht. Diese Vorschläge waren oft sehr politisch und sprachen Themen an, die schon seit langer Zeit nicht entschieden worden waren.

Eines dieser Themen war die Frage des Erhalts der Berufsfeuerwehr. An dem Vorschlag, hier 28.000 € einzusparen, entzündete sich eine Auseinandersetzung, die sich sogar zu einer Schlammschlacht entwickelte. Zum Beispiel wurde der Vorwurf erhoben, Mitglieder der kleinen Klientel der Feuerwehrleute hätten sich mehrfach zur Abstimmung im Bürgerhaushalt angemeldet und auch externe Feuerwehrleute hätten sich registriert. Diesen Vorwürfen konnte man nicht widersprechen, weil auf der Internetpräsenz eine **anonyme Anmeldung** möglich war.

Insgesamt begann die Politik, mit solchen Vorwürfen das gesamte Verfahren zu kriminalisieren und herunterzuziehen. Nach dem Abschluss des Onlineverfahrens war außerdem nicht mehr transparent, wie die Politik mit den Vorschlägen umging. Es war der Politik nicht gelungen zu erklären, wie sie die Vorschläge aufnimmt, politisch bewertet und wie sie das Ranking der Vorschläge behandelt. Stattdessen hat die Politik gewissermaßen den Spieß umgedreht und behauptet, der Bürgerhaushalt sei missbraucht worden und die angebotene Anonymität hätte ‚die Horden der Pöbelnden‘ auf den Plan gerufen. Die Bürgerschaft jedoch hat sich weiterhin begeistert gezeigt. Als der Bürgerhaushalt im Rathaus beraten wurde, waren nach wenigen Minuten die Ränge gefüllt und wurde das Rathaus zum ersten Mal wegen Überfüllung geschlossen. Interessanterweise haben die Ratsleute zum Thema

Berufsfeuerwehr eine geheime Abstimmung beantragt – nachdem sie selbst es waren, die die anonyme Abstimmung im Internet diskreditiert hatten.

Für den Bürgerhaushalt 2012 wurde das Konzept jedoch eingeschränkt. Die Anmeldung erforderte den Klarnamen und das Geburtsdatum, es haben sich nur 418 Nutzer angemeldet, und viele der Vorschläge kamen von Politikern. Vor dem Voting der Bürger gingen die Vorschläge in den Haushaltsausschuss, der die Vorschläge für das Voting ausgewählt hat. Der Bürgerhaushalt 2013 wird nicht in den Hauptausschuss, sondern direkt in den Finanzausschuss gehen, wodurch die politische Dimension verlorengeht. Im Hinblick auf die Anonymität hat uns der Landesdatenschutzbeauftragte geschrieben, dass beim nächsten Bürgerhaushalt eine anonyme Abstimmung möglich sein muss. Es ist also nicht legitim, den Klarnamen zu verlangen.

Fazit: Es gibt reichlich Themen für den Bürgerhaushalt und die E-Partizipation. Die Bürger sind Experten, die Politik hat gelernt und die Demokratie wurde bereichert. Mithilfe der neuen Medien kommuniziert man endlich auf **Augenhöhe**. Der Prozess der E-Partizipation steht zwar erst am Anfang, er ist aber nicht mehr umkehrbar – analog war gestern.

**Jürgen Behrendt,
Stadt Köln, E-Government und Online-Dienste**



Jürgen Behrendt ist Dipl.-Ing. für Raumplanung und seit 1986 in verschiedenen Funktionen für die Stadt Köln tätig. Dabei hat er sich schon zu Beginn intensiv mit Ansätzen von Bürgerbeteiligung in der Stadtentwicklung sowie mit der Gestaltung von Sozial-, Kultur- und Bildungsangeboten auseinandergesetzt. Derzeit ist er Projektleiter für E-Partizipation im Amt für E-Government und Online-Dienste der Stadt Köln. In dieser Funktion hat er den Kölner Bürgerhaushalt konzeptionell mitentwickelt und begleitet weiterhin die Umsetzung und Weiterentwicklung in der Praxis.

Die Stadt Köln hat den ersten Bürgerhaushalt im Jahr 2007 mit dem Ziel der Erweiterung der politischen Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger und nicht unter dem Gesichtspunkt des „Sparens“ durchgeführt. Wir meinen, eine **gelungene E-Partizipation** muss nah an der Lebenswelt der Bürgerinnen und Bürger sein, für alle Bevölkerungsgruppen gut zugänglich sein, transparent in der Kommunikation der Potenziale sein, also worüber überhaupt entschieden werden kann, und gut im politischen und administrativen Prozess

ausgewertet werden, wobei sich die Vorschläge und Ergebnisse an die Umsetzung anschließen lassen müssen.

Wir haben das über drei Bürgerhaushalte – mal mehr, mal weniger gut – geschafft. Der erste Bürgerhaushalt (Online-Phase 2007) bezog sich auf den Doppelhaushalt 2008/09, der zweite (Online-Phase 2009) auf den Doppelhaushalt 2010/11 und der dritte (Online-Phase 2010) auf den Haushalt 2012.

Unser Modell ist ein vorschlagsbasiertes, **konsultatives Verfahren**, bei dem der Dialog im Mittelpunkt steht, im Unterschied zu einem direkt-demokratischen Verfahren. Die Bürgerinnen und Bürger können freie Ausgaben- und Sparvorschläge machen und, abweichend zu Bürgerhaushalten in einigen anderen Kommunen, gibt es keinen Haushaltsrechner, bei dem man für einen Ausgabenvorschlag zur Deckung gleichzeitig einen Sparvorschlag machen muss.

Ein weiteres wichtiges Element des Modells ist die **Themenrotation** mit jeweils drei oder vier unterschiedlichen Haushaltsbereichen je Verfahren, um so die Aufmerksamkeit hoch zu halten, und auch, um die Verwaltung nicht dadurch zu überlasten, dass ständig der gesamte Haushalt im Blickfeld steht. Diesen Mehraufwand hätten wir in den bisherigen Verfahren nicht stemmen können.

Wir verfolgen einen Multikanalansatz: Das Internet ist zwar der Hauptkanal, aber man kann Vorschläge auch schriftlich einreichen und seit dem zweiten Verfahren auch schriftlich abstimmen. Außerdem ist eine Beteiligung rund um die Uhr über das städtische Callcenter möglich.

Das Verfahren ist **niederschwellig** konzipiert und dementsprechend ist das Handling der Plattform bewusst einfach gehalten. Bei Aufruf der Startseite können die Nutzerinnen und Nutzer direkt Vorschläge abgeben, ohne sich registrieren zu müssen. Um an der Diskussion oder der Abstimmung teilzunehmen, muss man

sich dann jedoch registrieren. Für die Registrierung reichen Benutzername und Passwort.

Ein wesentliches Element unseres Modells ist das **Garantieverprechen der Politik**: Der Rat entscheidet über die Bestenlisten, die sich aus dem Voting ergeben. Das waren in den ersten beiden Verfahren jeweils 100 Vorschläge pro Themenbereich, im dritten Verfahren 25 je Bereich. Anschließend legt der Rat über seine Entscheidung öffentlich Rechenschaft ab.

Im Mittelpunkt unseres Bürgerhaushalts steht der **Dialog zwischen Bürgerschaft, Verwaltung und Politik**. So werden in der Online-Diskussion auch viele Sachfragen an die Verwaltung gestellt, die von dieser möglichst zeitnah und öffentlich auf der Plattform nachvollziehbar beantwortet werden. Zum Beispiel wurde die Frage nach den Kosten eines Kreisverkehrs innerhalb von drei Stunden beantwortet.

Nach der Diskussion und Abstimmung über die Vorschläge erfolgt eine intensive Prüfung und Auswertung durch die Verwaltung, anschließend entscheidet der Rat.

Welche wichtigen Erkenntnisse konnten wir im Verlauf von nunmehr drei Bürgerhaushalten in Köln gewinnen? Vor allem hat sich gezeigt, dass die **Entscheidungsspielräume** der Politik infolge der sich dramatisch verschlechternden Haushaltsituation stark geschrumpft sind. Wir vermuten, dass dies einer der Hauptgründe für die sinkende Akzeptanz unseres Bürgerhaushalts ist.

Wie durch die Tabelle deutlich wird, ist ein Rückgang bei den Vorschlägen und Registrierungen zu verzeichnen. Dagegen hat aber die Intensität der Diskussion und Bewertung zugenommen: So stieg die durchschnittliche Zahl der Kommentare je Vorschlag vom ersten bis zum dritten Bürgerhaushalt von 1,8 auf 4,1 und die Zahl der Bewertungen je Vorschlag von 10,7 auf 85,0.

Ein signifikantes Phänomen ist der konstant hohe Anteil von Vorschlägen in der Kategorie „Sonstiges“. Einige Themen beschäftigen die Bürgerinnen und Bürger so intensiv, dass Vorschläge dazu in allen Bürgerhaushaltsverfahren unabhängig von den vorgegebenen

	2008/09	2010/11	2012
<i>Themenbereiche für die Vorschläge</i>	Straßen/ Wege/Plätze Sport Grünflächen	Schule/Bildung Umweltschutz	Kinder/Jugend Kultur Wirtschaftsförderung Sparen (insgesamt)
<i>Budget für diese Bereiche</i>	311 Mio. €	257 Mio. €	466 Mio. €
<i>Spielraum</i>	obiges Budget um 8,2 Mio. € erweitert	obiges Budget um 1,0 Mio. € erweitert	210 Mio. € Defizit (Gesamthaushalt)
<i>Registrierte Teilnehmende</i>	11.744	10.300	7.100
<i>Vorschläge</i>	4.973	1.254	643
<i>Vorschläge zu sonstigen Themen</i>	9 %	37 %	27 %
<i>Bewertungen pro Vorschlag</i>	10,6	30,7	85,0

Kölner Bürgerhaushalt (Angaben aus dem Referat von Jürgen Behrendt)

Themen eingebracht werden. So wurden beispielsweise auch im zweiten und dritten Durchlauf des Bürgerhaushalts noch viele Vorschläge zu den Themen Straßen und Grünflächen abgegeben.

Aufgrund der sich verschärfenden Haushaltssituation hat die Politik inzwischen ein **Glaubwürdigkeitsproblem** bekommen. Zum Beispiel war im ersten Bürgerhaushalt der Erhalt zweier Schwimmbäder die Nummer eins der Bestenliste Sport. Der Rat ist dem zunächst gefolgt, hat jedoch später beschlossen, die Bäder zu schließen. Im dritten Bürgerhaushalt fordern jetzt die Bürgerinnen und Bürger wieder, die Bäder zu erhalten. Es gibt also keine Kontinuität; Haushaltskrisen führen dazu, dass Entscheidungen rückgängig gemacht werden müssen, und für die Bürgerinnen und Bürger ist nicht nachvollziehbar, warum der Rat beim ersten Bürgerhaushalt zugestimmt hat und jetzt die Bäder schließt.

Wie wollen wir dem Rückgang der Teilnehmerzahlen und diesem Glaubwürdigkeitsproblem begegnen? Wir müssen den Bürgerhaushalt grundlegend auf andere Füße stellen. In Zukunft soll es mehr darum gehen, die **Ziele und Prioritäten** der gesamten Stadtentwicklung zu bewerten, im Angesicht der gegebenen Haushaltssituation. Das setzt allerdings ein neues Verfahren voraus, das wir in zwei Stufen umsetzen werden: Kurzfristig (im nächsten Bürgerhaushalt 2013) werden wir als zentrales Element Sparvorschläge der Verwaltung zur Diskussion stellen sowie in geringerem Umfang zusätzliche Bürgervorschläge zulassen. Mittel- und langfristig werden wir den Bürgerhaushalt an den strategischen Schwerpunktsetzungen der Stadt orientieren. Es geht dabei weniger um die reinen Ausgaben, sondern eher darum, was bei den Bürgerinnen und Bürgern an messbaren Wirkungen ankommt und wie das auf längere Sicht die Stadtgesellschaft verändert. Ein weiterer Ansatz besteht darin, jüngere Leute stärker einzubinden. Ein Mittel dazu wird eine **Beteiligungs-App** sein, die kurz vor der Fertigstellung steht. Außerdem wäre es gut, die Politik früher und direkter in den Dialog einzubinden und dadurch mehr Transparenz in

die Gründe der Entscheidungen über die Bürgervorschläge zu bringen.

Fazit: Das Modell war zum Start unseres Bürgerhaushalts richtig, aber die geschrumpften Entscheidungsspielräume haben inzwischen die Akzeptanz in Frage gestellt. Wir werden den Bürgerhaushalt erweitern müssen, zu einem stadtpolitischen Dialog über eine nachhaltige Haushaltskonsolidierung und über Schwerpunktsetzungen in der Finanzplanung. Außerdem werden wir Bürgerinnen und Bürger bei konkreten Planungsprojekten beteiligen und insgesamt eine Dialogkultur eröffnen, die weit über den Bürgerhaushalt hinausgeht. Wir denken da unter anderem an allgemeine Systeme, in denen Bürgerinnen und Bürger ihre Anliegen und Beschwerden vorbringen sowie Fehler und Mängel melden können.

Dr. Stephan Eisel,
Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin



Dr. Stephan Eisel ist Autor des 2011 erschienenen Buches „Internet und Demokratie“ und Leiter des Projekts „Bürgerbeteiligung“ der Konrad-Adenauer-Stiftung. Bis 2009 war Dr. Eisel Mitglied des Deutschen Bundestages. Nach einem Studium der Politischen Wissenschaft, Neueren Geschichte und Musikwissenschaft in Marburg und Bonn war Eisel 1983-1992 Redenschreiber und stv. Leiter des Kanzlerbüros bei Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl. Danach leitete er u. a. die Politische Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung. Er hat u. a. die Bücher „Minimalkonsens und freiheitliche Demokratie“, „Musik und Politik“ und „Helmut Kohl – Nahaufnahme“ veröffentlicht und betreibt verschiedene Internet-Blogs.⁶

Die Demokratie lebt von der Mitwirkung der Bürger, die u.a. in Organisationen, Parteien, Bürgerinitiativen oder dem Internet erfolgt. Alle diese Möglichkeiten bedürfen des Ausbaus und gleichzeitig der kritischen Betrachtung dahingehend, ob sie nicht einseitig

bestimmte Gruppen privilegieren, denn Demokratie lebt von der **Chancenfairness**.

Welche Chancen und Risiken birgt hier das Internet? Das Internet ist weder der Untergang des Abendlandes noch ein Erlösungsmedium, das in ein neues Zeitalter der Demokratie führt. Notwendig ist eine nüchterne Analyse, wobei es teilweise schwierig ist, über die Vor- und Nachteile des Internets sachlich zu diskutieren, weil damit viele Emotionen verbunden sind.

Das erste, das man berücksichtigen muss, wenn man die Chancen des Internets für die Demokratie bewerten will, ist der Umstand, dass nur etwa ein Fünftel der deutschsprachigen Bevölkerung über 14 Jahre das Internet als Kommunikationsmedium nutzt, also nicht nur zum Abruf von Informationen bzw. E-Mails. Etwa ein Viertel hat gar keinen Internet-Zugang. Wenn man das Internet zur Beteiligung einsetzt, erreicht man also einen großen Teil der Bevölkerung nicht. Man erreicht vielmehr nur einen bestimmten Teil der Bevölkerung.

Die Politikwissenschaft ist sich einig, dass das Internet **kein zusätzliches Interesse** an Politik mobilisiert, sondern nur ein bereits bestehendes Interesse verstärkt. Dabei ist in der Demokratie des Grundgesetzes das Recht auf Delegation dem Recht auf Partizipation gleichwertig. Das Grundgesetz garantiert auch ein Recht auf Unpolitisch-Sein. Der Idealzustand besteht nicht darin, dass alle sich beteiligen müssen. Man muss respektieren, dass es Menschen gibt, die nicht partizipieren wollen. Das ändert sich auch durch das Internet nicht.

Es muss auch berücksichtigt werden, dass der schnelle Internetklick und der Geschwindigkeitsrausch im Internet in einem Spannungsverhältnis zu dem in der Demokratie unverzichtbaren Erfordernis diskutierter und reflektierter Entscheidungen stehen.

⁶ Internetunddemokratie.wordpress.com, www.stephaneisel.de

Online-Bürgerhaushalte wurden bisher in 91 Kommunen (einschließlich Berliner Stadtbezirke) von insgesamt 14.000 Kommunen in Deutschland durchgeführt. Es gibt keine neutrale, wissenschaftliche Auswertung solcher Bürgerhaushalte, mit Ausnahme von Köln 2010. Meine weiteren Aussagen beruhen auf einer intensiven Betrachtung von 30 dieser Online-Bürgerhaushalte.

Die Beteiligung lag meistens unter einem Prozent, nie über fünf Prozent der jeweils Wahlberechtigten. Die in Online-Bürgerhaushalten angebotenen Beteiligungswege außerhalb des Internets (Multikanalansatz) wurden praktisch nicht genutzt und setzen außerdem voraus, dass man sich im Internet informiert hat.

Außerdem besteht die **Gefahr einer Dominanz** derjenigen, die reich an Zeit sind. Bei jedem der 30 Online-Bürgerhaushalte braucht man mehr als eine Stunde, um sich die Grundinformationen anzueignen. Hierbei ist eine Überprüfung der von den ja keineswegs neutralen Verwaltungen angebotenen Informationen nicht eingerechnet. Wer sich seriös an Haushaltsentscheidungen beteiligen will, muss solche Verwaltungsinformationen überprüfen.

Die Bürger stehen der Beteiligung im Internet ganz überwiegend kritisch gegenüber (Daten hierzu im Thesenpapier im Anhang).

Es besteht eine hohe **Manipulationsgefahr** bei diesen Online-Bürgerhaushalten, denn es genügt, sich anonym mit einer E-Mail-Adresse anzumelden. Man kann anhand der Daten davon ausgehen, dass bis zu ein Drittel der registrierten Personen sich mehrfach angemeldet haben oder ortsfremd sind.

Was den Dialog angeht, so ist es nur ein kleiner Teil der Registrierten, die Kommentare abgeben.

In der Kommunalpolitik führt eine Gegenüberstellung „Politik vs. Bürger“ in die Irre, weil Kommunalpolitiker ehrenamtlich aktive Bürger sind. In den untersuchten Kommunen lag die Zahl der zu einzelnen Sachfragen abgegebenen Stimmen meist unter der Zahl der

ehrenamtlichen kommunalen Mandatsträger und die Zahl der insgesamt Registrierten unter der Zahl der Parteimitglieder in der jeweiligen Kommune.

Über die **Kosten** der Online-Bürgerhaushalte wird überhaupt nicht diskutiert. In Bonn lagen sie nach Auskunft der Stadtverwaltung 2011 bei 300.000 € und bei der Wiederholung 2012 bei 145.000 €. Diese Kosten werden in den meisten Fällen nicht transparent gemacht.

Die Bestenliste als Ergebnis von Internetabstimmungen führt dazu, dass sich der Rat mit bestimmten Dingen befassen muss (und damit wegen des begrenzten Zeitbudgets ehrenamtlicher Kommunalpolitik sich mit anderen nicht befassen kann). Sie kommt jedoch in einem Verfahren zustande, an dem sich nur wenige beteiligen und das für Manipulationen anfällig ist. Man sollte auf das **Abstimmungstool verzichten** und die Einwirkung auf politische Entscheidungen der Kraft von Argumenten überlassen. Wenn die Verwaltung dem Rat die Ergebnisse präsentiert, tauchen verschiedentlich Prozente statt absoluter Zahlen auf. Dann heißt es auf einmal, dass 70% „der Bürger“ für etwas seien, wodurch eine pseudodemokratische Legitimation nahegelegt wird, der sich kommunale Mandatsträger leider Gottes oft nicht entziehen können oder wollen. Hier sehe ich ein entscheidendes Problem dieses Verfahrens.

Nach diesem Referat hatte **Jürgen Behrendt** Gelegenheit zu einer kurzen Replik: „Ich kann den Großteil der Kritikpunkte von Herrn Eisel nicht teilen. Zum Beispiel haben wir absolute Zahlen durch Prozentzahlen ergänzt, nicht ersetzt.“

Ich stimme aber zu, dass die Verwaltung in ihrer Information viel transparenter werden muss, auch hinsichtlich des Haushalts. Zu einer Diskussion mit den Bürgerinnen und Bürgern auf Augenhöhe gehört es, dass diese die gleichen Informationen haben (mit Ausnahme sicherheitsrelevanter oder personenbezogener Daten). Der Bürgerhaushalt ist ein erster Schritt in diese Richtung.“

Diskussion zwischen Publikum und Podium

Die Moderatorin Kirsten Neubauer schlug vor, sich in der Diskussion auf die hier vertretenen Bürgerhaushalte zu beschränken. Sie wies ferner darauf hin, dass Mitglieder des Publikums, die Fragen oder Stellungnahmen beisteuern, in der Dokumentation der Veranstaltung nicht mit ihrem Namen genannt werden. Die Moderatorin lud das Auditorium zu Diskussionsbeiträgen ein und gab zwischenzeitlich das Wort ans Podium zurück, so dass sich ein Wechselspiel zwischen Publikum und Podium ergab. Nach dem ersten Wechsel zwischen Publikum und Podium gab es eine kurze Pause.

Die Diskussion behandelte fast alle Elemente eines Bürgerhaushaltes sowie verwandte Beteiligungsprojekte, wobei sowohl Offline- als auch Online-Verfahren berücksichtigt wurden. Kontroversen entstanden vor allem darüber, wie der Umfang der Bürgerbeteiligung und die Online-Abstimmungen einzuschätzen sind. Im Folgenden werden die zentralen Themen der Diskussion dokumentiert. Die Darstellung erfolgt also nicht chronologisch. Diskussionsbeiträge, die mehrere Themen ansprachen, wurden entsprechend aufgeteilt und den jeweiligen Themen zugeordnet.

Transparente Information

Transparenz steht am Anfang der Bürgerbeteiligung, und über dieses Erfordernis war man sich in der Diskussion einig. **Dr. Stephan Eisel** betonte diese Einigkeit und übte Kritik an fehlender Transparenz: „Verwaltungen neigen sowohl gegenüber den kommunalpolitischen Gremien als auch gegenüber den Bürgern nicht zur Transparenz. Der Haushalt einer Stadt ist zwar kein geheimes Dokument, aber selbst für Experten schwer lesbar. Bei der leserfreundlichen Darstellung des Haushalts in Bürgerhaushalten werden freilich oft **wichtige Dinge unterschlagen**. So definieren Verwaltungen oft als Pflichtaufgaben, die man angeblich nicht diskutieren kann, z. B. alle Mischfinanzierungen im Baubereich. Diese sind jedoch keine Pflichtaufgaben, sondern sie werden meist von den Kommunen freiwillig beantragt. Die großen Ausgabenpunkte des kommunalen Eigenanteils im Hoch- und Tiefbau kommen erschreckend wenig vor. Das Internet kann zur Transparenz beitragen, aber man muss es dann auch ernst meinen.“

Beate Lohmann warf die Frage auf, was eigentlich Transparenz sei. „Besteht sie darin, **alles ins Internet einzustellen**? Wie befähige ich dann die Menschen, die relevanten Informationen auch zu finden? Zuviel Transparenz kann im Zweifel auch zu Intransparenz



führen. Dasselbe gilt auch für die Partizipation: Wo mache ich eine Beteiligung? Welche Themen eignen sich? Und wie muss in jedem Einzelfall das konkrete Format aussehen? Auch wenn wir wollten: Es fehlen schlicht die Ressourcen für Debatten zu allem und jedem. Wir müssen uns daher immer fragen, wo Beteiligung besonders wichtig ist und wo sie weniger wichtig ist?“

Zu der angesprochenen Befähigung wies eine **Teilnehmerin** darauf hin, dass zur Transparenz auch eine **Data-Literacy** gehöre, also das Vermögen, Daten lesen zu können. Daten und Statistiken müssten so aufbereitet werden, dass sie jeder lesen kann. **Data-Literacy und Informationsdesign** sind wichtige **pädagogische Aufgaben**.

Dagegen wandte Beate Lohmann ein, dass die Annahme naiv sei, alles für alle lesbar machen zu können und damit mehr Transparenz für den Bürger zu erreichen. Dazu bedarf es deutlich mehr, so Lohmann.



Im Hinblick auf die Transparenz hob ein **Teilnehmer aus Köln** hervor: „Positiv ist der Bürgerhaushalt allein schon aufgrund der besseren **Darstellung des Haushalts** für die Bürger. In Köln geben wir dazu jedes Jahr eine Broschüre von 20 bis 40 Seiten heraus und zeigen zu den jeweiligen Themenbereichen des Bürgerhaushalts, woher das Geld kommt und wohin es fließt, bei welchen Ausgaben wir nichts machen können, usw. Das ist ein großer Vorteil des Bürgerhaushalts.“

Mit Bezug auf die Bundesebene gab **Beate Lohmann** zu bedenken, dass dies beim Bundeshaushalt viel komplizierter sei, da dieser rein kameral angelegt ist und keinen Wirkungs- oder Ergebnisbezug ausweist. **Jürgen Behrendt** meinte hinsichtlich der künftigen Information: „Wir sollten die realistischen Gestaltungsspielräume des Haushalts darstellen. Warum soll man nicht auch die Bewirtschaftungsdaten des Haushalts offenlegen? Bisher werden nur die Plandaten veröffentlicht, aber es wird nicht transparent gemacht, wohin das Geld am Ende wirklich fließt. Wenn wir alles offenlegen, wird die Zivilgesellschaft sicher interessante Schlüsse daraus ziehen, und dann kommen wir in eine Diskussion zwischen Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung auf Augenhöhe.“

Gender-Budgeting

Eine **Teilnehmerin** wies darauf hin, dass vor zwei Jahren in Bonn eine Initiative zu einem geschlechtergerechten Bürgerhaushalt gestartet wurde. Die Moderatorin **Kirsten Neubauer** fragte nach weiteren Beispielen. Ein **Teilnehmer** berichtete, dass Gender-Budgeting in der Trierer Haushaltsbroschüre am Beispiel eines der Ämter dargestellt werden solle, als ein erster Schritt. Ein weiterer **Teilnehmer** erzählte, dass es in Freiburg zu Beginn des Beteiligungshaushaltes ein Gender-Budgeting gab. Das sei **vollständig ausgearbeitet** und könne auf der Internetpräsenz von Freiburg nachgelesen werden.⁷ **Dr. Anke Knopp** merkte an, dass Gender-Budgeting in Gütersloh zwar ein Thema war, es würde jedoch die Kommunalpolitiker bis ins Mark erschrecken. Eine Beratungsstelle für sexuellen Missbrauch wurde im dortigen Bürgerhaushalt klar priorisiert – etwas, das zuvor nur ein Nischendasein geführt hätte. Die Stadt Köln befasst sich, so **Jürgen Behrendt**, mit Gender-Budgeting, aber es fehlt an Zahlengrundlagen. Es sollte außerdem auch um **Diversity Management** gehen, also um eine Erweiterung in alle Richtungen.

⁷ www.freiburg.de/pb/,Lde/205980.htm

Online- und Offlinebeteiligung

Eine zentrale Rolle in der Diskussion spielten die Vor- und Nachteile von realer und virtueller Bürgerbeteiligung, sowie die Möglichkeiten, beide sinnvoll zu kombinieren. Stuttgart hat im letzten Jahr einen Bürgerhaushalt in ähnlicher Weise wie Köln durchgeführt. „Wir haben dann“, so berichtete ein **Teilnehmer aus Stuttgart**, „einen Arbeitskreis zur Verbesserung des Verfahrens gegründet und 20 Punkte dafür vorgeschlagen. Unser zentraler Punkt ist die Ergänzung der Online-Beteiligung durch gleichzeitige **Vor-Ort-Veranstaltungen** in den 23 Stadtbezirken. Ein persönlicher Austausch kann mehr leisten als die Online-Diskussion. Außerdem werden die Diskussionen viel zu wenig beachtet, man orientiert sich nur an den Zahlen der Abstimmung. Generell ist der Bürgerhaushalt ein lernendes Verfahren, das weiterentwickelt werden sollte.“



Eine **Teilnehmerin** schloss sich dem Vorschlag an und betonte, dass das Internet im **Quartiersmanagement** niemals das wichtigste Beteiligungsinstrument wäre, sondern die Beteiligung vor Ort erfolge, an dem konkreten Platz, an dem etwas verändert werden soll. Eine weitere **DiskutantIn** meinte: „Wir sollten uns fragen, ob wir über die Online-Beteiligung auch andere Beteiligungsformen unterstützen können, in Schulen, Stadtteilen, Altersheimen, oder im Hinblick auf Menschen mit Migrationshintergrund. Vielleicht gäbe es da eine Kombinationsmöglichkeit.“

Hierfür verwies eine andere **Teilnehmerin** auf ein gutes Beispiel, wie man die Verfahren besser verzahnen kann: die **Dresdner Debatte**, die als E-Partizipations-Projekt ausgezeichnet und insbesondere dafür gelobt wurde, dass sie Offline-Elemente sehr gut einbezieht. „Ein niederschwelliges Element der Dresdner Debatte besteht darin, dass die Verwaltung während des Verfahrens in einer roten Box am Ort des Geschehens vertreten ist und man dort mit ihr ins Gespräch kommen und auf Fragen Antworten erhalten kann.“⁸

Umfang und Repräsentativität der Online-Beteiligung

Wie bereits auf dem Podium, so gab es auch in der anschließenden Diskussion kontroverse Beiträge zu der Frage, ob die Beteiligung per Internet hinreichend viele Bürgerinnen und Bürger erreicht, und wie die Ausgewogenheit der Einbindung unterschiedlicher Gruppen zu beurteilen ist.

Aus dem **Publikum** hieß es: „Wir erreichen **per Internet viel mehr Leute** als nur die üblichen Verdächtigen, und außerdem mehr als mit herkömmlichen Beteiligungsverfahren.“

Dr. Anke Knopp meinte, wir müssten von den rein statistischen Zahlen weg kommen, vielmehr gehe es um erweiterte Erfolgsfaktoren des Bürgerhaushalts. Die Politik sollte z.B. vor dem Start eines solchen Programms Kriterien aufstellen, nach denen sie den Erfolg bemisst. Die Beteiligungsquote ist dabei nur ein Maßstab von vielen. Andere Maßstäbe wären die **Qualität** der Vorschläge oder das Potential des Verfahrens dafür, die Bürger politisch fit zu machen.

Eine **Teilnehmerin** verwies darauf, dass die klassischen Beteiligten **männlich** sind und der Mittelschicht bzw. dem Bildungsbürgertum angehören. Darauf erwiderte

8 www.dresdner-debatte.de

ein **Teilnehmer aus Trier**, dass Frauen etwa 40% derjenigen stellen, die sich am dortigen Bürgerhaushalt beteiligt haben, was dem Anteil von Frauen an der Internetnutzung entspricht. **Jürgen Behrendt** ergänzte, dass sich in Köln für die Online-Diskussion mehr Frauen als Männer registriert haben.



Jürgen Behrendt

Eine weitere **Diskutant** zog einen Vergleich zum Quartiersmanagement: „Dort gibt es ebenfalls ein Budget für Projekte von Bürgern, aber das Quartiersmanagement erreicht auch Sozialhilfeempfänger oder alleinerziehende Frauen, während sich im Bürgerhaushalt **gebildete, internetaffine** Leute beteiligen. Es darf aber nicht sein, dass eine Diskussion über Haushaltskürzungen auf Kosten sozial Schwacher geht.“

Dem hielt ein **Teilnehmer** entgegen: „Im Trierer Bürgerhaushalt gehen wir gemeinsam mit dem Verein zur Lokalen Agenda 21 auch in Altenheime und Schulen. Das ist allerdings nicht repräsentativ oder flächendeckend.“

Dr. Anke Knopp schloss sich dem an: „**Demokratie heißt nicht immer 100%**. Ich bin auch mit 60 oder 70% zufrieden. Die 1.700 Leute, die bei uns in der ersten Runde teilgenommen haben, sind mehr als die fünf Menschen, die bereits bekannt sind und üblicherweise ‚da oben‘ sitzen. Im Bürgerhaushalt Gütersloh gab es einen Vorschlag für freies Mittagessen für Kinder in Schulen – ein Vorschlag, an dem sozial Schwache ein Interesse haben. Dieser Vorschlag erhielt zwar kein hohes Ranking, aber die Diskussion darüber hat zu einer

Sensibilisierung geführt. Es ist bedauerlich, dass die Betroffenen selbst sich oft nicht beteiligen, aber andere setzen sich für sie ein, und in der realen Politik findet das oft gar nicht statt – das ist der Unterschied.“

Dagegen gab **Jürgen Behrendt** zu bedenken, dass man es sehr ernst nehmen sollte, dass sich überwiegend gut Gebildete beteiligen, denn das führe letzten Endes zu einer Umverteilung zu Privilegierten. Das müsste man transparent machen. Es wäre zu analysieren, ob der Bürgerhaushalt zu einer Mittelverteilung zuungunsten benachteiligter Stadtteile führt. Wir müssten die Haushaltsdaten auf ihre Wirkung hin darstellen, dadurch wird das Instrument insgesamt abgerundet. Er betonte außerdem, dass **nicht nur gut Gebildete internetaffin** sind. Die Beteiligung ist eher eine Frage der Interessen.



Kirsten Neubauer

Kirsten Neubauer, die Moderatorin, äußerte ihren Eindruck, dass Online mehr leisten müsse als Offline: „Die Online-Beteiligung wird nicht mit der Offline-Beteiligung verglichen, sondern mit Wahlbeteiligungen.“

Dr. Stephan Eisel verwies darauf, dass das Internet von Anfang an mit solchen Erwartungen überhöht wurde. „Dies entspricht nicht den realen Möglichkeiten und Gefahren des Internets. Man muss an Internetbeteiligung die gleichen Maßstäbe anlegen wie sonst auch:

Es muss transparent sein, möglichst manipulationssicher, bestimmte Gruppen dürfen nicht bevorzugt werden. Diese Anforderungen müssen nicht nur an Online-Bürgerhaushalte gestellt werden. Ich sehe es beispielsweise auch kritisch, dass die Enquetekommission des Bundestages „Internet und digitale Gesellschaft“ das virtuelle Verfahren ‚Adhocracy‘ eingeführt hat, dessen Abstimmungsergebnisse die Tagesordnung der Enquetekommission beeinflussen. Bundesweit haben sich dafür gerade einmal 1.700 Personen bzw. E-Mail-Adressen registriert. Die internetaffine Piratenpartei hat ‚Liquid Feedback‘ als innerparteiliches Partizipationsinstrument eingeführt. Von den 30.000 Mitgliedern beteiligen sich daran nur 5%. Solche Internetverfahren sprechen nur eine kleine Minderheit an.“

Jürgen Behrendt gab zu, dass enttäuschte Erwartungen sicher ein Grund für den Rückgang der Beteiligung seien. Er wendete jedoch ein, dass man bei dem **Vergleich** zwischen Bürgerbeteiligungsverfahren und der politischen Teilhabe in Parteien auch beachten müsse, wie viele Parteimitglieder inaktiv sind. Die angestellten Vergleiche seien Vergleiche, die uns nicht weiterführen. Ein **Teilnehmer** aus dem Auditorium ergänzte, dass die hier angestellten Vergleiche nur möglich seien, weil die Internetverfahren entsprechende Zahlen produzieren und einsehbar sind. Sie seien darin im Vergleich zu Vor-Ort-Veranstaltungen transparenter und daher viel leichter zu kritisieren.

Zu **Adhocracy** merkte ein weiterer **Diskutant** an, dass das Verfahren viel mehr Teilnehmer als die Enquetekommission Mitglieder habe. In Adhocracy seien sogar Lösungen entwickelt worden, die 1:1 übernommen wurden. Das bestätigte ein weiterer **Teilnehmer**: „Mehrere Vorschläge aus Adhocracy sind in die Papiere und Arbeitsgruppen der Enquetekommission eingeflossen. Das kann man dort auf der Blogseite nachlesen.⁹ Der parlamentarische Prozess konnte aufgebrochen werden und es gelangten konstruktive Ideen in diesen Prozess, die ohne Adhocracy gefehlt hätten. Angesichts

der zunehmend komplexen Thematiken ist es erforderlich, Fachwissen aus der Bevölkerung einzuholen und nicht nur möglichst viele Menschen zu beteiligen. Auch eine kleine Gruppe kann einen großen Beitrag leisten.“

Ein mögliches Fazit bot eine weitere **Diskutantin** an: „Wir haben das reale Problem der **sozialen Selektivität von Engagement**, aber das ist ein Problem per se, nicht nur bei der Onlinebeteiligung. Wir sollten jedoch auch feststellen: Engagement lässt sich lernen. Wir sollten uns fragen, wie wir sozial Benachteiligte beteiligen können, und das ist eine Frage der **politischen Bildung**. Partizipation und Engagement kann bereits in der Schule gelernt werden, in Projekten und auch mit neuen Medien. Wir haben da einen Nachholbedarf und könnten die Engagementquote benachteiligter Schichten erhöhen.“



Anonyme Anmeldung und Abstimmung

Besonders umstritten war die Rolle und die Aussagekraft der Abstimmungen, die in vielen Online-Bürgerhaushalten durchgeführt werden. Auf der einen Seite wurden niedrige Schwellen für die Beteiligung, die Wahrung der Anonymität und die Offenheit für die Beteiligung ortsfremder Personen ins Feld geführt. Auf der anderen Seite wurde gefordert, durch eine Online-Registrierung mit Namen und Adresse einem Missbrauch durch Mehrfachanmeldungen und ortsfremde Personen vorzubeugen.

⁹ www.enquetebeteiligung.de; www.bundestag.de/internetenquete; www.adhocracy.de

Ein **Diskutant aus Trier** berichtete darüber, dass es im dortigen Bürgerhaushalt eine verbindliche Anmeldung gebe; es wären nur ganz wenige Versuche vorgekommen, sich mit einem Pseudonym anzumelden. Ein **Teilnehmer aus Stuttgart** schloss sich an: „In Stuttgart musste man sich **mit Adresse** registrieren, somit war Missbrauch ausgeschlossen, und dennoch hatten wir mit 9.000 Registrierungen anteilig eine ähnlich große Beteiligung wie in Köln.“

Ein Teilnehmer aus Köln betonte, dass es für den Haushalt ein gesetzlich strukturiertes Verfahren gebe: die Einwendungen gegen den Haushalt. Der Bürgerhaushalt sei ein zusätzliches Instrument, mit dem man auf Wissen und Interessen der Bürger zurückgreift. Dieses sei außerdem ein partizipatives und kein gesetzlich normiertes Verfahren. Was Anmeldungen von **Ortsfremden** angeht, so ergänzte er: „Ich hätte als Kölner kein Problem damit, wenn ein Düsseldorfer einen guten Vorschlag für Köln macht.“



Dr. Stephan Eisel

Den Sinn der Abstimmungen betonte ein weiterer **Teilnehmer**: „Die Abstimmungsphase dient dazu, ein selektives Zuhören in Politik und Verwaltung auszuschießen.“

Dazu bemerkte **Dr. Stephan Eisel**: „Es wäre prinzipiell nichts daran auszusetzen, wenn durch Abstimmungen festgestellt wird, dass ein Vorschlag die Unterstützung von einer kleineren oder größeren Zahl an Leuten erhalten hat. Wenn eine Abstimmung jedoch

nicht in einem fairen, transparenten und nichtmanipulierten Verfahren erfolgt, dann ist das **undemokratisch**. Wenn man das so niederschwellig macht wie beim Online-Bürgerhaushalt, gibt es keine Möglichkeit, Manipulation zu verhindern. Der Bürgerhaushalt soll ja eigentlich ein Instrument sein, das vor allem nicht organisierte Bürger anspricht – das Gegenteil ist der Fall. Dort wird häufig durch E-Mail-Aktionen von Interessenverbänden mobilisiert, die für oder gegen einen Vorschlag sind. So kam es, dass z.B. ein Gütersloher Feuerwehrmann seine Kameraden im Umfeld per E-Mail animiert hat, sich an der Abstimmung zugunsten der Einführung einer Berufsfeuerwehr zu beteiligen, und etwa 300 Stimmen reichten aus, um damit auf Platz 1 der „Bestenliste“ zu gelangen.“ **Dr. Anke Knopp** protestierte mit einem Zwischenruf gegen diese Darstellung („Veto!“). **Dr. Stephan Eisel** fuhr fort: „In diesen niederschwelligen Verfahren sind solche Manipulationen möglich, und daher ist es nicht transparent, auf welcher Grundlage die Abstimmungsergebnisse an die Ratsgremien weitergegeben werden. Das ist es, was ich als nicht demokratisch kritisiere.“

Dem widersprach **Jürgen Behrendt**: „Herr Eisel, Sie erwecken insgesamt den Eindruck, der Bürgerhaushalt sei ein Abstimmungsverfahren, bei dem darüber abgestimmt wird, was am Ende umgesetzt wird. Er ist jedoch ein **Beratungsinstrument** und wird von der Politik anders gewertet als etwa ein Bürgerbegehren.“

Einen solch unterschiedlichen Stellenwert von Abstimmungsverfahren und Beratungsverfahren bezweifelte **Dr. Stephan Eisel**: „Wenn der Online-Bürgerhaushalt kein Abstimmungsverfahren ist, dann kann man das Abstimmungstool auch weglassen und das ganze als Diskussions- und Vorschlagsplattform zum städtischen Haushalt betreiben. Dagegen spricht ja nichts.“

Evaluation des Bürgerhaushalts

Im Zusammenhang mit den Zahlen der an einem Bürgerhaushalt beteiligten Bürgerinnen und Bürger kam die Frage nach der Evaluierung eines Bürgerhaushalts auf. Woher stammen die Beteiligungszahlen und wurden sie von unabhängiger Seite überprüft? Welche anderen Kriterien der Bewertung eines Bürgerhaushalts sollten neben den reinen Beteiligungszahlen berücksichtigt werden? Und wie kann man den Erfolg von Bürgerhaushalten überhaupt messen?

Aus dem Auditorium kam die erste Äußerung dazu von einem **Teilnehmer**, der anmerkte, dass Evaluierungen von Bürgerhaushalten beim Nutzer ansetzen sollten und fragen sollten, wie diese das Verfahren erlebt haben. „Gibt es etwa einen Zuwachs an Informiertheit, oder gibt es mehr Akzeptanz für tatsächlich getroffene Entscheidungen, wenn diese transparent nachvollziehbar sind? Ist es ein Instrument für mehr Demokratie oder nur für mehr Effizienz, etwa durch das Abfragen von Wissen?“

Dr. Anke Knopp schloss sich der Stoßrichtung dieser Bemerkung an: „Die Bewertung eines Bürgerhaushaltsverfahrens steht nicht einer Handvoll von Experten zu, sondern dazu muss man die Bürger selbst anschließend befragen.“

Ein **Teilnehmer aus Stuttgart** gab zur Antwort, dass dort jetzt bei 1.200 Teilnehmerinnen und Teilnehmern eine Umfrage mit etwa zehn detaillierten Fragen zur Bewertung des ersten Verfahrens sowie zu ihren Verbesserungsvorschlägen durchgeführt werde. Eine **Teilnehmerin aus Worms** fügte hinzu, dass sie dort bei den Teilnehmern des ersten Bürgerhaushalts ebenfalls eine Umfrage gemacht haben. „Die Umfrage wurde von dem externen Berater mitgestaltet, der auch das Beteiligungsverfahren durchgeführt hatte. Von den 630 Teilnehmern haben fast 600 geantwortet. Zwei **Erfolgsfaktoren** sind den Bürgern beim Bürgerhaushalt wichtig: Zum einen ist das die nachvollziehbare Umsetzung der Vorschläge, also die Rechenschaft,

woraus wir schließen, das wir noch intensiver über die Umsetzung und die Ratsbeschlüsse berichten müssen. Zum anderen wurde mehr Öffentlichkeitsarbeit gefordert, damit noch mehr Leute teilnehmen. Ansonsten war die Resonanz sehr positiv. Es hieß fast durchweg, dass wir so weitermachen sollen und dass das ein guter Schritt auf dem Weg zu mehr Bürgerbeteiligung ist.“

Hierzu berichtete **Jürgen Behrendt**: „Wir haben in Köln beim ersten Bürgerhaushalt ungefähr 100.000 € für die Öffentlichkeitsarbeit ausgegeben; danach wurde das halbiert. Frankfurt a.M. hatte noch viel mehr in die Öffentlichkeitsarbeit investiert und keine viel größere Beteiligung erreicht.“



Dr. Stephan Eisel ergänzte einen weiteren Gesichtspunkt: „Transparenz hieße aber auch, dass nicht die gleiche Firma, die Online-Bürgerhaushalte für Kommunen durchführt und damit Geld verdient, den Abschlussbericht über ihr eigenes Produkt selbst macht, sondern dass eine **unabhängige wissenschaftliche Begleitung** erfolgt und die internen Beteiligungsdaten überprüft, die dem Datenschutz unterliegen. Transparenz wäre, dass eine von Verwaltung, Kommunalpolitik und der beauftragten Firma unabhängige, wissenschaftliche Begleitung erfolgt. Warum gibt es eine solche Evaluation nirgends außer in Köln¹⁰? Eigentlich wäre das eine Selbstverständlichkeit, und die Evaluierung wäre billiger als Verfahren selbst.“

¹⁰ buergerhaushalt.stadt-koeln.de/2010/site/downloads/10454_15_Evaluationsbericht_BHH_final_bf_abA7.pdf

Dazu erläuterte **Jürgen Behrendt**: „Die Evaluierung haben wir uns in Köln ein Mal geleistet, weil wir wissen wollten, ob wir auf dem richtigen Weg sind. Die unabhängige, wissenschaftliche Begleitung hat dies bejaht und ein paar Verbesserungen vorgeschlagen, die wir jetzt abarbeiten. Das kann man irgendwann wiederholen, aber das kann man nicht zum Dauerverfahren machen, weil das Geld kostet. Außerdem prüfen wir die Auftragsberichte unserer externen Dienstleister sehr kritisch.“

Dr. Anke Knopp schloss sich dem an: „Es ist völlig legitim, dass die beauftragte Firma einen Bericht macht. Was wäre die Alternative?“

Dr. Stephan Eisel antwortete auf die beiden Entgegnungen: „Die wissenschaftliche Evaluation in Köln hatte Zugang zu den internen Daten und ist sehr kritisch ausgefallen. Sie hat z.B. eine interessante Auswertung der völlig unterschiedlichen Beteiligung in den verschiedenen Stadtvierteln erstellt, die man den veröffentlichten Daten nicht entnehmen konnte. Diese unterschiedliche örtliche Mobilisierung hat natürlich auch die Ergebnisse beeinflusst, dem Schlussbericht der Verwaltung war das nicht zu entnehmen. Insofern ist die dort proklamierte Transparenz eingeschränkt.“

Generelle Problemstellungen der Beteiligung und Zusammenarbeit

Neben den bisher dargestellten Schwerpunkten der Diskussion wurden auch übergeordnete Fragestellungen erörtert, sowie Einzelthemen, die keinem der Schwerpunkte angehören. Zu den übergreifenden Fragen gehörte insbesondere die generelle Einschätzung des Bürgerhaushaltes und der E-Partizipation vor dem Hintergrund der ausgetragenen Kontroversen.

In seinem Podiumsreferat hatte **Jürgen Behrendt** vorgeschlagen, die Politik im Bürgerhaushalt stärker und frühzeitiger zu beteiligen. Hierzu wies ein **Teilnehmer**

aus Trier darauf hin, dass im dortigen Bürgerhaushalt die **Fraktionen** die Vorschläge bereits während des Beteiligungsverfahrens kommentieren können.



Beate Lohmann

Den der Partizipation zugrunde liegenden Gedanken der Zusammenarbeit von Bürgern, Politik und Verwaltung sprach **Beate Lohmann** an: „Open Government ist ein Instrument der Verstärkung. Ich habe hier den Kommentar eines Bürgers mitgebracht, der sagt: ‚Bürgerhaushalte sind nur die Simulation von Bürgerbeteiligung‘. Und das ist derzeit leider oftmals nicht ganz falsch. Wir müssen dieses Instrument – und diese Offenheit – tatsächlich üben. Wir müssen lernen, einander zu **verstehen**. Es ist manchmal eine gute Idee, die Bürger zu fragen, etwa im Hinblick auf das E-Government-Gesetz oder die Open-Government-Eckpunkte. Wenn allerdings die Entscheidungsspielräume sehr gering sind, steht der Aufwand in keinem Verhältnis dazu. Die Onlinekonsultation, die wir jetzt beginnen, kostet zum Beispiel etwa 70.000 €. Das ist nicht wenig. Und wir bringen zusätzlich noch Kosten innerhalb der Verwaltung ein. Wir müssen uns also fragen, wo lohnt es sich und wo machen wir nur ein Fass auf, das wir gar nicht mehr bewältigen können.“

Sie fuhr damit fort, dass sowohl die Forderung nach mehr Transparenz als auch der Hinweis auf die ihr entgegenstehende Komplexität sehr verständlich seien: „Wir haben viele Aufgaben und Ziele zu verfolgen. Um das Mehr an Beteiligung zu üben, sollten wir uns vor allem mit **Steuerungsfragen** beschäftigen. Zum Beispiel: „Was ist wichtiger: Nachhaltigkeit, Gender oder

Wirtschaftsbelebung?“ Wir haben viele dieser unbereinigten Konflikte. Das ist schwierig, man muss da schrittweise vorgehen, und ich möchte dafür werben, dass man mit Vertrauen aufeinander zugeht. Das Ringen um die Argumente belebt die Demokratie und sorgt im Ergebnis möglicherweise für eine Verringerung der Komplexität, und auch für mehr Verständnis auf allen Seiten.“

Dr. Anke Knopp schloss sich dem an: „Wir sind derzeit in der Rolle von Lernenden. Wir haben zum Beispiel ein völlig unterschiedliches Verständnis von Open Data. Ich fasse darunter auch Verträge, Statistiken und die Frage: Wer erhebt was zu welchem Zweck? Generell erleben wir zur Zeit eine Situation der Verunsicherung, weil die Rollen nicht mehr so eindeutig sind. Die Interaktion kann nicht mehr in den Fronten von Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft bleiben; diese **Fronten** müssen sich **aufheben** und stärker vermischen. Noch wissen die Beteiligten nicht genau, wie das funktioniert, aber es ist wichtig herauszufinden, welche neuen Formate – online oder offline – das schrittweise voranbringen. Das Lernen muss allerdings vom Wollen begleitet werden. Die Verwaltung ist da weiter als die Politik, denn diese erlebt den Bürgerhaushalt als einen Bedeutungs- und Machtverlust.“



Jürgen Behrendt und Dr. Anke Knopp

Eine **Teilnehmerin** machte darauf aufmerksam, dass sich im Rahmen einer Bürgerbeteiligung die Bürgerinnen und Bürger in einer ganz anderen Entscheidungssituation befinden als bei **Wahlen**: „Bei Wahlen

entscheide ich zwischen Parteien oder Programmen. Bei den Bürgern, die über den Haushalt mitbestimmen, kenne ich deren Interessen nicht. Ich weiß nicht, was die eigentlich vertreten. Das erscheint mir problematisch. Man müsste auch die Zielvorstellungen diskutieren, nicht nur einzelne Vorschläge.“

Im Hinblick auf die Wahl zwischen Programmen antwortete **Dr. Anke Knopp** mit einem Beispiel aus der Kommunalpolitik: „Wir planen bei uns eine Sekundarschule. Auf der Landesebene hat es einen Schulkompromiss gegeben, und in allen Wahlprogrammen stehen große Versprechen hierzu. In der Kommunalpolitik gibt es jedoch keine konkrete Positionierung. Die Wahlprogramme, unter denen Sie eines ausgewählt haben, sind also in der Kommune gar nicht repräsentiert. In Situationen mit einer hohen Komplexität kommt die lokale Politik oft nicht mehr nach. Da ist das Netz schneller, wenn es um Diskussionen und Entscheidungshilfen geht.“



Zur **generellen Einschätzung** des Bürgerhaushalts sagte ein **weiterer Diskutant** aus dem Publikum, dass er froh war, als die partizipative Haushaltsplanung wie eine Welle nach Deutschland kam. Einschränkend bemerkte er jedoch: „Die Bürgerhaushalte sind hier sehr **internetlastig**. Außerdem sind die meisten lediglich Instrumente eines klassischen elektronischen Vorschlagswesens. Sie haben aber die Chance, sich auch in andere Bereiche weiterzuentwickeln. Insgesamt hat der derzeitige Bürgerhaushalt den falschen Namen, er ist ein **Vorschlagswesen**. Man könnte ihn aber völlig davon loslösen und ihn umgestalten.“

Dr. Stephan Eisel spitzte seine hierzu konträre Auffassung wie folgt zu. „Bürgerhaushalt im Sinne des ständigen Dialogs mit den Bürgern über kommunale Themen und Haushaltsfragen ist ein tägliches Geschäft ehrenamtlicher Kommunalpolitiker – die leben nämlich in den Stadtteilen, in Vereinen usw., diskutieren mit den Leuten. Oft stoßen sie mit ihren Anregungen auf eine starre Verwaltung, die zu jedem Vorschlag sagt: das geht nicht.“

Ein **Stadtrat** aus dem Publikum bezog sich auf die Fragestellung der Podiumsdiskussion: Welches **demokratische Innovationspotenzial** hat der Bürgerhaushalt im Zusammenhang mit der E-Partizipation? Er führt dazu aus: „Der Bürgerhaushalt umfasst ja drei Bereiche:

- Information, Darstellung – hier gibt es demokratisches Innovationspotenzial.
- Diskussion: Onlineforum und Präsenzveranstaltungen – eher kein demokratisches Innovationspotenzial, aufgrund der geringen Beteiligung.
- Empfehlung, Meinungsbildung – die Abstimmung begünstigt nur diejenigen, die Zeit haben, organisiert sind, etc.

Der Bürgerhaushalt weckt falsche Erwartungen und produziert enttäuschte Bürger. Er wird als Abstimmungsinstrument wahrgenommen, die Ergebnisse werden aber nicht umgesetzt bzw. können gar nicht umgesetzt werden. Er sollte sich besser auf die Information konzentrieren.“

Dr. Stephan Eisel fasste daraufhin seine Einschätzung in ähnlicher Weise zusammen: „Das Internet als zusätzlicher Informationskanal ist ohne Zweifel ein Gewinn. Das Gleiche gilt für das Internet als zusätzliches Diskussionsforum. Man sollte jedoch nicht glauben, das Internet sei bedeutender, gewichtiger oder qualitativ hochwertiger als die anderen Kanäle. Problematisch ist die Solidität der Meinungsbildung bzw. die hohe Manipulationsgefahr bei Abstimmung. Insgesamt sehe ich bei unserem Thema Chancen und Risiken im Internet: zweimal Fortschritt (Informations- und Diskussionsmöglichkeiten im Netz), einmal Gefahr (Abstimmungsmanipulationen).“

Dem entgegnete **Dr. Anke Knopp**: „Mir ist es bei der politischen Teilhabe lieber, eine Erwartungshaltung sehr **zeitnah, punktuell** und in einem offenen, diskursiven Verfahren zu haben und zu verfolgen, als nach der Stimmabgabe für vier oder fünf Jahre nicht mehr gefragt zu sein, bis der nächste Wahlkampf beginnt. Das ist old-fashioned.“

Jürgen Behrendt fügte hinzu: „Es ist keine Frage des Geldes oder der Öffentlichkeitsarbeit, wenn wir mehr Leute für Politik begeistern wollen, sondern wir müssen grundsätzlich das **Politikverständnis** öffnen und erweitern, hin zu mehr Beteiligung und weg von den tradierten Strukturen in den Parteien, die sich ebenfalls öffnen müssen und öffnen werden. Das ist der Weg, den wir gemeinsam gestalten sollten.“

Die Moderatoren Kirsten Neubauer dankte allen Teilnehmenden auf dem Podium und im Saal für die anregende Diskussion. Sie beendet die Veranstaltung mit einem Hinweis auf den Workshop zu Bürgerhaushalten am nächsten Tag.

Bei der Veranstaltung waren etwa 70 Personen anwesend, davon 5 auf dem Podium, 61 im Auditorium sowie 4 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Von den 61 Personen im Publikum haben 16 Personen (26 %) insgesamt 21 Wortbeiträge beigesteuert. Darunter befanden sich 10 Männer (62,5 % derjenigen, die sich zu Worte meldeten) mit 13 Beiträgen (62 % aller Beiträge) sowie 6 Frauen (37,5 %) mit 8 Beiträgen (38 %). In dieser Dokumentation wurden Wortbeiträge, die mehrere Diskussionsthemen ansprachen, aufgeteilt und den jeweiligen Themen zugeordnet.

Teil II des Netzwerktreffens: Workshop am 23. Mai 2012

Der zweite Teil des Netzwerktreffens fand in Form eines Workshops am dritten Tag des Bundeskongresses Politische Bildung 2012 im Berliner Congress Center bcc statt. Hier kamen die Mitglieder des Netzwerks Bürgerhaushalt wie jedes Jahr zusammen, wobei der Workshop auch für weitere Besucherinnen und Besucher des Bundeskongresses offen war. Insgesamt waren 49 Personen anwesend. Die Moderation des Workshops übernahm das BÜRO BLAU, Berlin.

Der Moderator Frank Baumann eröffnete den Workshop und übergab das Wort an die Veranstalter: die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt und die Bundeszentrale für politische Bildung.

Svetlana Alenitskaya (bpb) und Mandy Wagner (Servicestelle Kommunen in der Einen Welt) begrüßten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

Grußwort von Svetlana Alenitskaya (bpb)

Sehr geehrte Damen und Herren,

Partizipation fordert. Sie ist anspruchsvoll. Sie ist eine Herausforderung für die Regierenden und anschließend für die Verwaltung, die das zu berücksichtigen hat, was von Bürgerseite gefordert wird. Und es ist eine ebenso große Herausforderung für die Bürgerinnen und Bürger, ihre politische Meinung nicht für Stammtischparolen zu verschwenden, sondern konstruktiv dort anzubringen, wo sie wirklich zu Veränderungen beitragen kann. Die Rolle der politischen Bildung besteht an dieser Stelle darin, beiden Seiten – den Bürgerinnen und Bürgern wie den Regierenden und der Verwaltung – Informationen übereinander und voneinander zu vermitteln, Prozesse zu erklären und dazu beizutragen, dass jede und jeder im Stande ist, sich eine eigene Meinung zu bilden und eigenverantwortlich zu handeln.



Svetlana Alenitskaya, bpb

Seit Jahren engagiert sich die Bundeszentrale für politische Bildung/bpb im Bereich des Bürgerhaushaltes. Der Bürgerhaushalt ist für uns ein Element und ein mögliches Format der Bürgerbeteiligung, das – je nach Ausgestaltung – jede Bevölkerungsgruppe erreichen und erfassen kann.

Seit 2007 besteht eine Kooperation mit der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt, mit der wir gemeinsam die Internetseite www.buergerhaushalt.org anbieten. Zusammen gestalten wir die Netzwerktreffen, an denen von Jahr zu Jahr mehr Interessierte teilnehmen und die dadurch stets ideenreicher werden. Inzwischen wird nicht mehr über Hürden und Probleme, sondern über Herausforderungen bei der Umsetzung, neue Herangehensweisen und Evaluationen in diesem Bereich diskutiert.

2012 wurde das Netzwerktreffen in einem neuen Kontext durchgeführt. Eingebettet in den Bundeskongress Politische Bildung hat das Netzwerktreffen Impulse nicht nur für Netzwerkmitglieder, sondern für alle Interessierten und Multiplikatorinnen und Multiplikatoren der politischen Bildung gegeben. Dadurch konnte

die Palette möglicher Akteure der politischen Bildung erheblich erweitert werden.

Partizipation fördert. Der Bürgerhaushalt ist ein Beratungsinstrument. Die Sachkenntnis der Bürgerinnen und Bürger in ihren Wohnvierteln ist von unschätzbarem Wert und kann eine gute Grundlage für politische Entscheidungen sein. Dass dies bereits vielerorts erkannt worden ist, stellt die Kommunen allerdings vor ambivalente Herausforderungen: Einerseits gilt es die Bürgerinnen und Bürger (vor allem unterschiedliche Gruppen und nicht nur einzelne Lobby-Gruppen) dazu zu bewegen, ihre Erfahrungswerte weiterzugeben. Andererseits muss die aufkommende Flut an Empfehlungen und Hinweisen gemanagt werden, um alle Eingaben ernst zu nehmen und niemanden zu desillusionieren. Das Instrument des Bürgerhaushalts wirft immer wieder Fragen auf, die noch nicht überall abschließend beantwortet worden sind: Wie können die Abläufe des kommunalen Haushalts und die komplexen Entscheidungswege der Bürgerin und dem Bürger verständlich erläutert werden? Wie erfolgt die Rückmeldung der Politik und der Verwaltung an die Bürgerschaft? Und wie schafft man Transparenz?

2007 wurden noch etwa 50 aktive Bürgerhaushalte erfasst, heutzutage gibt es über 90 Kommunen, die das demokratische Verfahren bereits eingeführt haben. Tendenz steigend.

Die Potenziale eines Bürgerhaushaltes sind erkannt, die Herausforderungen werden nicht klein geredet, sondern aktiv angegangen. Wir möchten diese Prozesse unterstützen – durch Einführung einer neuen interaktiven Internetseite, durch Publikationen und Veranstaltungen. Wir freuen uns, wenn Sie weiterhin dabei sind und Ihre Ideen einbringen. Denn ohne Sie gäbe es dieses Netzwerk und unsere Projekte nicht. Ich bedanke mich bei Ihnen für Ihr Engagement und wünsche uns allen eine spannende Zukunft!

Grußwort von Mandy Wagner (SKEW)

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ich möchte Sie im Namen der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt und der Engagement Global recht herzlich auf dem 8. bundesweiten Netzwerktreffen Bürgerhaushalt begrüßen.



Mandy Wagner, SKEW

Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt gehört seit dem 1.1.2012 zur Engagement Global gGmbH.

Engagement Global ist die Ansprechpartnerin in Deutschland für entwicklungspolitisches Engagement. Sie vereint Einrichtungen, Initiativen und Programme der entwicklungspolitischen Arbeit. Ihre Aufgabe ist es, zu aktuellen Projekten und Initiativen in Deutschland und weltweit zu informieren sowie Einzelne und Gruppen zu entwicklungspolitischen Vorhaben zu beraten und diese finanziell zu fördern.

Wir freuen uns sehr, Ihnen auch unter dem Dach der Engagement Global – in gewohnter Form – die Angebote der SKEW zur Verfügung stellen zu können und mit Ihnen und unseren Partnern weiterhin erfolgreich zusammenzuarbeiten. Hier ist insbesondere die Bundeszentrale für politische Bildung zu erwähnen, mit der wir gemeinsam seit Jahren zum Thema

Bürgerhaushalt kooperieren und auch dieses Netzwerktreffen ausrichten.

Dieses Netzwerktreffen ist aus zwei Gründen besonders: Zum einen ist es doppelt so lang wie in den Jahren zuvor und besteht aus zwei Veranstaltungsteilen und zum anderen findet es im Rahmen des Bundeskongresses Politische Bildung statt.

Dieser Bundeskongress trägt dieses Jahr den Titel **„Zeitalter der Partizipation“** und hat sich vorgenommen, Bestandsaufnahme und Diskussionsplattform zu aktuellen Befunden zum Thema Partizipation und deren Auswirkungen auf die Entwicklung der Demokratie zu sein.

Gestern hat mit der Sektion zu E-Government und E-Partizipation bereits der erste Teil des Netzwerktreffens Bürgerhaushalt stattgefunden, in dem es um demokratische Innovationspotenziale von Verfahren wie dem Bürgerhaushalt ging.

Der heutige Workshop steht nun **unter dem Motto: „Wie sieht die Zukunft der Bürgerhaushalte aus?“**

Dieses Motto haben wir auch aufgrund verschiedener aktueller Entwicklungen zu Bürgerhaushalten gewählt. Der diesjährige Statusbericht zu Bürgerhaushalten, den Sie auf unserer Webseite www.buergerhaushalt.de finden¹¹, hat gezeigt, dass zwei grundsätzliche Entwicklungen im letzten Jahr in Bezug auf die Verbreitung von Bürgerhaushalten zu verzeichnen sind.

Zum einen ist die Zahl der Kommunen, die den Bürgerhaushalt eingeführt haben, von 55 auf 70 gestiegen. Ebenso ist die Zahl der Kommunen, die zum dritten Mal oder öfter den Bürgerhaushalt durchführen, von 10 auf 21 gestiegen.

Gleichzeitig ist jedoch auch die Zahl der Kommunen, die einen einmal eingeführten Bürgerhaushalt nicht weiter fortführen oder die sich nach Diskussion des Bürgerhaushaltes gegen eine Einführung entschieden haben, von 6 auf 20 gestiegen. Darunter sind auch

einige Kommunen, die zu den Pionieren in Deutschland bei der Einführung der Bürgerhaushalte gehörten. Man kann zusammenfassend also sagen: Es führen zwar immer mehr Kommunen einen Bürgerhaushalt durch, aber es entschließen sich auch immer mehr Kommunen, ihn aufzugeben. Die wachsende Beliebtheit von Bürgerhaushalten geht also einher mit einer wachsenden Zahl kritischer Stimmen.

Dies wirft auch die Frage auf, ob der Bürgerhaushalt als ein dauerhaftes Instrument der Bürgerbeteiligung in die kommunale Praxis eingeführt wird oder ob sich vielleicht ein gegenläufiger Trend entwickelt.

Wenn wir heute die Zukunft der Bürgerhaushalte in Deutschland näher diskutieren wollen, beleuchten wir daher zum einen die Frage der Institutionalisierung von Bürgerhaushalten:

Sind Bürgerhaushalte ein dauerhaftes Instrument der Bürgerbeteiligung? Und wenn ja, wie kann man Bürgerhaushalte institutionalisieren?

Wir haben dazu Kommunen eingeladen, die schon seit vielen Jahren Bürgerhaushalte durchführen und ihre Erfahrungen mit uns teilen werden. Ich begrüße herzlich **Herrn Ernst-Ulrich Reich aus Berlin-Lichtenberg** und **Herrn Heinrich Klausgrete aus Hilden**.

Des Weiteren gibt es Überlegungen von einigen deutschen Kommunen, den Bürgerhaushalt mit einem bestimmten vorher klar kommunizierten Budget zu hinterlegen. **Kann dies ein Anreiz für die Bürger sein, sich stärker zu beteiligen? Und ist dies vielleicht das Zukunftsmodell für Bürgerhaushalte in Deutschland?**

Auch zu diesen Thema freuen wir uns auf zwei Referenten, die die Überlegungen und Aktivitäten ihrer Kommune hierzu mit uns teilen werden. Ich begrüße hierzu herzlich **Herrn Ralf-Peter Hennig aus Bernau** und **Herrn Toni Loosen-Bach aus Trier**.

Aber wir wollen auch über den Tellerrand hinaus ins europäische Ausland und vor allem auch in die Heimat des Bürgerhaushaltes nach Lateinamerika schauen.

¹¹ www.buergerhaushalt.org/grundlagen/5-statusbericht-buergerhaushalte-in-deutschland-maerz-2012

Welche Entwicklungen lassen sich hier beobachten? Wie werden Bürgerhaushalte dort institutionalisiert? Welche neuen Verfahrenstypen und Methoden können beobachtet werden? Mit unseren Gastreferenten vom Internationalen Netzwerk zu Partizipativer Demokratie aus Barcelona, **Herrn Carles Agustí und Frau Laia Vilademunt**, sowie von der Universität Coimbra in Portugal, **Herrn Giovanni Allegretti**, möchten wir vertieft diese und ähnliche Fragestellungen diskutieren. Auch sie begrüße ich sehr herzlich.

Diese Fragen versprechen interessante Diskussionen und Erkenntnisse.

Ich freue mich auf den Dialog mit Ihnen!

Arbeitsgruppen

Den Ablauf des Workshops erläuterte der Moderator Frank Baumann.

Zunächst wurden drei Arbeitsgruppen zu den im Grußwort von Mandy Wagner bereits genannten Themen gebildet. In jeder Arbeitsgruppe gab es zwei Impulsreferate und danach die Möglichkeit für die Teilnehmenden Fragen zu stellen und in der Gruppe die Themenstellung der Arbeitsgruppe zu diskutieren. Um den Teilnehmenden die Auswahl einer Arbeitsgruppe zu erleichtern, stellten die Referentinnen und Referenten kurz im Plenum sich selbst und die Themen ihres Vortrages vor. Danach teilten die Teilnehmenden sich in diese drei Arbeitsgruppen auf:

AG 1: Führen budgetorientierte Bürgerhaushalte zu einer größeren Effektivität und höherer Beteiligung bei Bürgerhaushalten?

AG 2: Wie kann man Bürgerhaushalte institutionalisieren? Welche Entwicklungen lassen sich nach mehrfacher Durchführung beobachten?

AG 3: Wie ist die Entwicklung der Bürgerhaushalte in anderen Ländern? Wie werden Bürgerhaushalte in anderen Ländern institutionalisiert? Was sind die Rolle und Aufgabe von internationalen Netzwerken zu Bürgerhaushalten?



Moderator Frank Baumann (links) und Heinrich Klausgrete, Stadt Hilden (rechts)

AG 1: Führen budgetorientierte Bürgerhaushalte zu einer größeren Effektivität und höherer Beteiligung bei Bürgerhaushalten?

In vielen anderen Ländern, in denen Kommunen Bürgerhaushalte durchführen, ist das Verfahren so ausgestaltet, dass die Bürgerinnen und Bürger über ein bestimmtes Budget selbst entscheiden. In Deutschland hingegen dominiert das sogenannte vorschlagsbasierte Modell, bei dem die Bürgerschaft der Verwaltung lediglich Vorschläge unterbreitet, von denen der Rat dann letztendlich nur sehr wenige und oft auch nicht die prioritären Vorschläge annimmt. Dies führte oft zu Enttäuschungen und Frustration bei den Teilnehmenden am Bürgerhaushalt und wird auch für sinkende Beteiligungszahlen verantwortlich gemacht. Daher könnte die Hinterlegung des Bürgerhaushaltes mit einem konkreten Budget, das die Umsetzung zumindest einiger Vorschläge auch ohne direkte (Mit-) Entscheidung durch die Bürger garantiert, ein Weg zu einer höheren Beteiligung am Bürgerhaushalt sein. Die Stadt Trier plant derzeit die Einführung eines budgetorientierten Bürgerhaushaltes, die Stadt Bernau hat ein budgetorientiertes Teilnahmeverfahren bereits umgesetzt. Referenten aus beiden Städten berichteten von ihren Erfahrungen.

Referenten:

- Toni Loosen-Bach, Koordinator für Bürgerbeteiligung im Büro des Oberbürgermeisters der Stadt Trier
- Ralf-Peter Hennig, Dezernent für Finanz- und Ordnungsangelegenheiten, Bernau

Moderation:

- Sandra Schneider, BÜRO BLAU

Impulsreferat Toni Loosen-Bach, Stadtverwaltung Trier



Toni Loosen-Bach ist Diplom-Soziologe und war von 1998-2008 Projektleiter der Bürgerbeteiligung zur Stadtteilrahmenplanung im Amt für Stadtentwicklung und Statistik der Stadt Trier. Seit 2008 ist er Koordinator für Bürgerbeteiligung im Büro des Oberbürgermeisters der Stadt Trier sowie Projektleiter für den Trierer Bürgerhaushalt.

Die Stadt Trier führt in diesem Jahr zum **vierten Mal einen Bürgerhaushalt** durch. Seit 2009 können die Bürgerinnen und Bürger vorschlagen, wo ihre Stadt sparen kann, wofür Geld ausgegeben werden soll und wie die Stadt Geld einnehmen kann. Die Vorschläge werden von den Fachämtern geprüft und vom Rat oder den Ortsbeiräten beschlossen. Ein Rechenschaftsbericht zeigt später, was aus den Vorschlägen geworden ist.

Trier hat 106.000 Einwohnerinnen und Einwohner in 19 Ortsbezirken (mit jeweils zwischen 600 und 14.000 Einwohnerinnen und Einwohner). Zuletzt haben sich 2.400 Bürgerinnen und Bürger beim Bürgerhaushalt aktiv beteiligt.

Angesichts des dramatisch wachsenden Schuldenbergs und des Beitritts zum Kommunalen Entschuldungsfonds Rheinland-Pfalz zum 1. Januar 2012 wurde der letzte Bürgerhaushalt für 2012 ausschließlich als **Einnahme- und Sparhaushalt** durchgeführt, d.h. reine Ausgabenvorschläge wurden nicht berücksichtigt. Die schwierige finanzielle Situation ist den Bürgerinnen und Bürgern durchaus bewusst, von Anfang an gab es mehr Spar- als Investitionsvorschläge (Vorzeigeeidee: Einführung einer Kulturtaxe von 1 Euro pro Übernachtung, die der Stadt Einnahmen von 600.000 Euro jährlich einbringt).

Mit der Einführung eines budgetorientierten Bürgerhaushalts wird die Hoffnung auf eine höhere Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger verbunden, sowie der Wunsch, die Ortsbeiräte durch die Bürgerbudgets zu stärken und langfristig zu sichern.

Schon seit 2001 gibt es Ortsbeiratsbudgets, mit denen vielfältige Maßnahmen umgesetzt wurden. Das Konzept des **budgetorientierten Bürgerhaushalts** in Trier sieht für alle Ortsbezirke Ortsteilbudgets vor (400.000 Euro für alle Ortsteile, jeweils ein Sockelbetrag, der entsprechend der Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner aufgestockt wird). Der Bürgerhaushalt soll auf zwei Ebenen funktionieren, der gesamtstädtischen Ebene und der budgetorientierten Ortsteilebene.

Ablauf des Bürgerhaushalts:

- Die Anmeldung erfolgt über das Internet (die Bürgerinnen und Bürger wählen bei der Anmeldung ihren Ortsteil aus).
- Vorschläge der Ortsbeiräte können dort bewertet werden, gleichzeitig können die Bürgerinnen und Bürger eigene Vorschläge eingeben. Auch auf gesamtstädtischer Ebene können Vorschläge gemacht werden.
- Mit den 30 bestbewerteten Vorschlägen für die gesamte Stadt wird sich der Stadtrat beschäftigen. Über die Vorschläge für die Ortsteile entscheiden die Ortsbeiräte alleine.

Fragen

Dem Referat von Toni Loosen-Bach folgte eine kurze Fragerunde.

Sind die Mittel des Bürgerhaushaltes Teil des Haushaltes oder on-top?

Die Mittel sind als feste Größe im Haushalt eingeplant und sind z.T. kreditfinanziert, z.T. angespart.

Kann sich Trier einen Bürgerhaushalt leisten?

Darüber gibt es viele Diskussionen. Durch Einsparvorschläge von Bürgerinnen und Bürgern hat sich der Bürgerhaushalt aber bereits selbst finanziert (vgl. die Kulturtaxe).

Fühlen sich die Ortsbeiräte durch die Mitbestimmung über ihre Budgets nicht entmachtet?

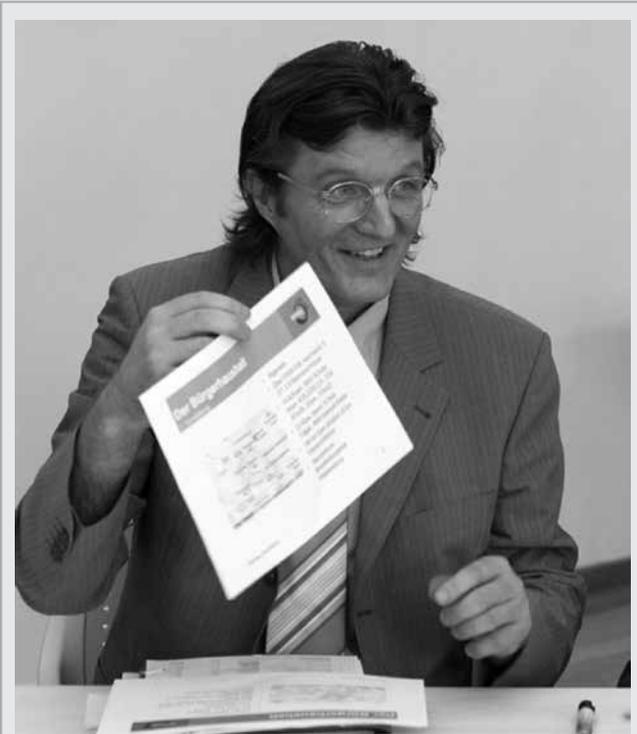
Das wird in den Stadtteilen sehr unterschiedlich ausfallen und ist personenabhängig. Es gibt Ortsbeiräte, die den budgetorientierten Bürgerhaushalt sehr unterstützen, und andere, die das als Einmischung verstehen.

Haben Sie Erfahrungen in der Bürgerbeteiligung mit Social Media?

Die Maßnahme der Schließung einer Tankstelle wurde auf Facebook sehr intensiv diskutiert und führte dazu, dass die Stadträte dem Druck der Bürgerinnen und Bürger, die Tankstelle zu erhalten, nachgegeben haben.



**Impulsreferat Ralf-Peter Hennig,
Stadtverwaltung Bernau**



Ralf-Peter Hennig hat bis 1989 an der Handelshochschule Leipzig und bis 1999 an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung Berlin studiert. Nach jahrelanger leitender und selbständiger Tätigkeit im Einzelhandel wechselte er 1992 in den öffentlichen Sektor. Seit 1999 ist er in der Stadt Bernau bei Berlin als Finanz- und Ordnungsdezernent tätig. Er bekleidet dort auch die Funktion des Kämmerers.

Bernau liegt etwa zehn Kilometer nordöstlich im Speckgürtel von Berlin. Die Einwohnerzahl hat sich in den letzten 20 Jahren auf 37.000 Einwohnerinnen und Einwohner verdoppelt, allerdings ohne Wachstum im Gewerbe. Es gibt 14 Schulen und 23 Kitas. In den letzten Jahren wurden über 180 km Straßen ausgebaut.

Haushaltsdaten: Bernau bekommt über den Bund-Länder-Finanzausgleich jährlich ca. 18 Millionen Euro Schlüsselzuweisungen. Die Kommune ist per 31.12.2012 schuldenfrei mit einem Kontostand von

ca. 40 Millionen Euro. Seit dem 1.1.2011 wurde die Doppik in Bernau eingeführt.

Bernau kann sich einen Bürgerhaushalt als freiwillige Aufgabe leisten, da die Haushaltslage dies zulässt. Gemäß der Brandenburger Kommunalverfassung stellt der Kämmerer den Haushalt auf.

Konzept des budgetorientierten Bürgerhaushalts in Bernau

Der budgetorientierte Bürgerhaushalt wird in Bernau in diesem Jahr zum zweiten Mal durchgeführt. Die Höhe des Budgets wurde im Vergleich zum Vorjahr (50.000 Euro) auf 100.000 Euro verdoppelt. Der Bürgerhaushalt stellt keinen Eingriff in das Haushaltsverfahren dar, er ist eine freiwillige Aufgabe, nur gebunden an den Selbstbindungsbeschluss der Stadtverordnetenversammlung. Ein wichtiger Aspekt ist die Bürgernähe: die jährliche schnelle Umsetzung als Motivation zur Mitwirkung, ein einfaches 5-Punkte-System sowie als einzige Teilnahmevoraussetzung ein Wohnsitz in Bernau und ein Mindestalter von 14 Jahren. Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Vorschlags- und Vorentscheidungsrecht.

Der Bürgerhaushalt ist thematisch nicht eingegrenzt, grundsätzlich können zu allen Themenbereichen (z. B. Sport, Kultur, Jugend und Freizeit, Grünflächen, Spielplätze, Denkmale) innerhalb des Stadtgebietes Vorschläge unterbreitet werden.

Bisher wurden die Kosten der Beteiligung durch **minimalen Verwaltungsaufwand** klein gehalten. Es wurde z. B. auf einen Internetauftritt verzichtet und der Weg in die Öffentlichkeit über das Amtsblatt und die Presse gegangen.

Ablauf des Bürgerhaushalts:

- Sammlung der Bürgervorschläge zwischen März und Mai, tabellarische Erfassung mit Anonymisierung, Weiterleitung an das Projektteam (bestehend aus dem Finanzausschuss der Stadt Bernau)

- Priorisierung durch das Projektteam (5-Punkte-Vergabe): TOP-20-Vorschläge
- Veröffentlichung der TOP-20-Vorschläge über das Amtsblatt
- Priorisierung durch die Bürgerinnen und Bürger (5-Punkte-Vergabe)
- Das Projektteam führt die Budgetdiskussion und entscheidet über die zu berücksichtigenden Vorschläge.

Beim ersten Bernauer Bürgerhaushalt gingen 133 Vorschläge ein, 20 wurden durch den Finanzausschuss priorisiert und anschließend von rund 700 Bürgerinnen und Bürgern bewertet. Für 2013 wurden 44 Ideen eingereicht.

Fazit: Die Bürgerinnen und Bürger sind wesentlich realistischer mit ihren Vorschlägen als bspw. die Kommunalpolitiker.



Fragen

Auch dem Referat von Ralf-Peter Hennig schlossen sich Fragen an.

*Es ist nicht erstaunlich, dass die Bürgerinnen und Bürger **nur Vorschläge zum Ausgeben** machen, wenn sie ein festes Budget von 100.000 Euro zur Verfügung haben. Vielleicht ist das das grundsätzliche Problem eines budgetorientierten Bürgerhaushalts?*

Das ist richtig. Sparvorschläge werden nicht unterbreitet.

Mir fehlt in Ihrem Konzept des Bürgerhaushalts die Transparenz für die Bürgerinnen und Bürger, der Umgang

mit den Vorschlägen wird den Bürgerinnen und Bürgern nicht zurückgespiegelt?

Die Bürgerinnen und Bürger können in die Stadtverordnetenversammlung kommen und bei der Diskussion dabei sein.



*Die Teilnahmezahlen bei Ihrem Bürgerhaushalt sind auf ein Drittel zurückgegangen. Sie wollen zwar die Bürgerinnen und Bürger einbinden, aber man hat den Eindruck, ihnen ist es recht, wenn sich keine Bürgerin und kein Bürger meldet. Verstehen Sie doch die Ideen der Bürgerinnen und Bürger als eine Chance! Meine Frage: Warum setzen Sie den Schwerpunkt bei der Bürgerbeteiligung nicht auf das Internet, sondern gehen den sehr **konventionellen Weg** mit Formularen und Anträgen?*

Ein Internetauftritt für den Bürgerhaushalt Bernau ist geplant.

AG 2: Wie kann man Bürgerhaushalte institutionalisieren? Welche Entwicklungen lassen sich nach mehrfacher Durchführung beobachten?

Einige Kommunen in Deutschland, zu denen Berlin-Lichtenberg und Hilden gehören, haben mittlerweile langjährige Erfahrung mit der Durchführung von Bürgerhaushaltsverfahren. Welche Erfahrungen haben sie in der jahrelangen Durchführung und Weiterentwicklung von Bürgerhaushalten gemacht? Wie haben sie die Bürgerhaushalte in ihren Kommunen institutionalisiert? Und wie beurteilen sie die Zukunft der Bürgerhaushalte? Dazu haben Referenten aus beiden genannten Kommunen berichtet.

Referenten:

- Ernst-Ulrich Reich, Leiter des Steuerungsdienstes im Bezirksamt Berlin-Lichtenberg
- Heinrich Klausgrete, Stadtkämmerer und Amtsleiter des Amtes für Finanzservice der Stadt Hilden

Moderation:

- Ingrid Lankenau, BÜRO BLAU

Impulsreferat Ernst-Ulrich Reich, Bezirksamt Berlin-Lichtenberg



Ernst-Ulrich Reich ist Leitender Magistratsdirektor sowie Leiter des Steuerungsdienstes und der Organisationseinheit Sozialraumorientierte Planungs- und Koordination im Berliner Stadtbezirk Lichtenberg. Er beschäftigt sich seit 2001 mit Gemeinwesenentwicklung, Bürgerbeteiligung und Sozialraumorientierung und war von 2003 bis 2006 Projektleiter des Projekts Bürgerhaushalt in Großstädten am Beispiel Berlin-Lichtenberg.

In Berlin-Lichtenberg wird seit acht Jahren der Bürgerhaushalt durchgeführt und inzwischen, nicht zuletzt bedingt durch die Veränderung der politischen Leitung, intensiv die Frage des künftigen Umgangs mit Elementen partizipativer Demokratie diskutiert.

In Workshops mit Vertreterinnen und Vertretern aus Bürgerschaft, Vereinen, Verbänden und einigen Teilnehmenden aus der Politik wurde erarbeitet, was bisher erreicht wurde. So galt die Beteiligungszahl bislang als wichtiges Kriterium für einen guten Bürgerhaushalt und eine erfolgreiche Bürgerbeteiligung: In einem Bezirk mit 260.000 Einwohnerinnen und Einwohnern stieg die Zahl der Beteiligten von anfangs

4.000 auf fast 10.500 im Jahr 2011. Jedoch will man nun von dem Kriterium „Zahl der Mitwirkenden“ zu den beiden Ursprungsgedanken zurückkehren: einerseits Bürgerbeteiligung, also Ins-Gespräch-Kommen und Ernstnehmen der Bürgerschaft auf Augenhöhe, sowie andererseits den Informationsgewinn für die Bezirkspolitik.

Die Bezirksverordnetenversammlung hat sich über alle Fraktionen hinweg für eine **Weiterführung** des Bürgerhaushalts ausgesprochen. Der Bürgerhaushalt wird verstetigt, allerdings **mit deutlicher Veränderung**. In Zukunft soll es mehr Politik für und mit der Bürgerschaft, intensivere Diskussionen sowie eine Rechenschaftslegung darüber geben, welche Ideen, Vorschläge oder Anregungen aus welchen Gründen aufgenommen werden. Geplant sind:

1. vierteljährliche Diskussionsrunden mit Politik und Bürgerschaft, um Ideen der Bürgerschaft aufzugreifen sowie zeitnah, spätestens innerhalb eines Jahres, Informationen über den Umsetzungsstand der Maßnahmen zu geben
2. die zunehmende Nutzung von sozialen Netzwerken (Einstieg über den Online-Auftritt)
3. eine geringere Verwaltungsorientierung und eine stärkere Bürgeraktivierung.

Der Bürgerhaushalt soll stärker in die Teilräume des Bezirks gehen, stärker raumorientiert angelegt sein und lokale Netzwerke initiieren, da der Bürgerhaushalt für viele Bürgerinnen und Bürger erst zum Thema wird, wenn sie selber betroffen sind.



Fragen

Im Anschluss an das Referat von Herrn Reich bestand die Möglichkeit zu Fragen und Anmerkungen.

Erstens, wie ist das Verfahren eingebettet in die Haushaltsplanung? Zweitens, Sie wollen in die sozialen Räume gehen: Wer macht das bei der Verwaltung?

Die Durchführung des Bürgerhaushalts ist weiterhin Bestandteil der Haushaltsplanung. Vorschläge und Ideen können **ganzjährig** eingereicht werden. Eine Jury entscheidet, welchen Weg die einzelnen Vorschläge gehen. Sie setzt sich zusammen aus Politikern und – je nach Vorschlag – aus Fachleuten und Vertretern aus der Verwaltung sowie denjenigen Bürgern, die die Vorschläge eingereicht haben. Drei Wege stehen zur Wahl:

- So gibt es – als erste Möglichkeit – 6.000 Euro für jeden Teilraum, die für ein Projekt ausgegeben werden können. Wobei die Bürgerschaft sehr kritisch mit solchen Projektanträgen umgeht.
- Die zweite Möglichkeit besteht aus einem Vorschlag, der im Rahmen der Haushaltswirtschaft umgesetzt werden kann (z. B. die Reparatur eines Radwegs). Hier können sehr schnell Ergebnisse erzielt werden.
- Den dritten Weg beschreiten Maßnahmenvorschläge, die ein größeres Finanzvolumen haben. Für diese sind längerfristige Umsetzungspläne nötig. Diese Vorhaben werden in den vierteljährlich stattfindenden Gesprächen zwischen Bürgerschaft und Politik thematisiert, wobei die Verwaltung eine unterstützende Rolle einnimmt.

Seit 2001 beschäftigt sich Lichtenberg mit **sozialräumlichen** Fragen. Alle Planungen werden unter räumlichen Gesichtspunkten koordiniert. Lichtenberg teilt sich in fünf große Planungsräume und 13 kleinere Teilräume. Für jeden Teilraum gibt es eine Mitarbeiterin oder einen Mitarbeiter aus der Verwaltung. In den Teilräumen (= Stadtteilen) werden Netzwerke, Nachbarschaftseinrichtungen und Stadtteilzentren genutzt, in denen informiert wird, sowohl aus dem Teilraum in

Richtung Politik als auch von der Politik über die Verwaltung in den Teilraum hinein.

Was sind für Sie Erfolgsfaktoren, kurzfristig und auch langfristig? Wie wollen Sie das messbar machen? Werden Sie das auch begleiten, denn offenbar ist das ein längerfristiger Prozess?

Vor acht Jahren gab es ein einziges Ziel: mindestens 5 % Bürgerbeteiligung. Das wurde im Jahr 2011 beinahe erreicht. Die Beteiligung an sich ist höher geworden. Das neue Ziel besteht darin, die Bürgerschaft durch Engagement in die Entwicklung der einzelnen Räume einzubeziehen, das Gemeinwesen zu stärken. Messbar wird das durch Bürgerinnen und Bürger, die sich mehr als einmal beteiligen.

Vielen Bürgerhaushalten wird vorgeworfen, nur die interessierten Bürgerinnen und Bürger zu erreichen. Wo bleibt der nicht organisierte Bürger, der mit dem Bürgerhaushalt grundsätzlich überfordert ist?

Selbst viele Politikerinnen und Politiker haben wenig Wissen über den Haushalt, eine Kenntnis der Materie kann von den Bürgerinnen und Bürgern nicht verlangt werden. Daher wird einerseits weiter versucht werden, den Haushalt noch transparenter zu gestalten. Andererseits muss aber langfristig die Bürgerschaft viel mehr selbst in die Hand nehmen. Die Politik muss dabei den Rahmen setzen und Möglichkeiten eröffnen.

Impulsreferat Heinrich Klausgrete, Stadtverwaltung Hilden



Heinrich Klausgrete machte 1976 eine Ausbildung bei der Stadt Hilden und wurde anschließend übernommen. Seit 1988 ist er Amtsleiter des Steueramtes, und er übernahm später die Kämmerei und die Stadtkasse zum Amt für Finanzservice. Seit 2008 ist er Kämmerer der Stadt Hilden.

Die Stadt Hilden ist eine Kleinstadt mit ca. 56.000 Einwohnern im Kreis Mettmann in Nordrhein-Westfalen. Die Kommune gehört zu den „reichen“ Kommunen und hat eine Eigenkapitalquote von über 60 %. In Hilden wird der Bürgerhaushalt **seit 12 Jahren** durchgeführt, seinerzeit ins Leben gerufen durch das Modellprojekt „Kommunaler Bürgerhaushalt“ des Innenministeriums des Landes NRW und der Bertelsmann Stiftung. Schon vor Einführung des Bürgerhaushaltes wurde der Haushalt den Vereinen und Verbänden im Rahmen der Haushaltplanberatungen vorgestellt. Aus dem bestehenden Dialog heraus war die Einführung des Bürgerhaushaltes eine logische Konsequenz. Das Ziel der Bürgerbeteiligung ist die **Information** über den Haushalt oder aktuelle Themen wie die Einführung einer Sekundarschule oder die Neugestaltung des Alten Marktes.

In den 12 Jahren Bürgerhaushalt wurden verschiedene Dinge ausprobiert: Am Anfang wurde über flächendeckende Zeitungsbeilagen informiert, es gab Bustouren durch Hilden oder 2003 wurde das Hildopoly, angelehnt an das weltbekannte Gesellschaftsspiel „Monopoly“, durchgeführt.

Es gab Bürgerforen und einen Wettbewerb. Mit dem Ziel, nicht nur „ältere“ Bürgerinnen und Bürger zu erreichen, bekam das Internet zunehmend größere Bedeutung.

Für den Bürgerhaushalt gibt es kein zusätzliches Personal und – mit Ausnahme von 5.000-10.000 Euro pro Jahr – auch keine zusätzlichen Gelder.

Öffentlichkeitsarbeit

Jedes Jahr werden per Zufallsprinzip 2.000 Bürgerinnen und Bürger aus dem Melderegister angeschrieben, mit der Bitte um Antwort auf die Frage, ob sie am Bürgerforum teilnehmen wollen. 10-15 % sagen zu oder ab. Dieses **Einladen nach dem Zufallsprinzip** scheint ein Erfolgsfaktor zu sein.

Es werden Flyer gedruckt und Werbung geschaltet. Seit Herbst 2011 wird Facebook genutzt, um die Jugend zu erreichen. Es gibt mittlerweile 120 „Gefällt mir“. Über soziale Netzwerke werden eine Menge Menschen erreicht.

Umfang und Formen der Beteiligung

Der Haushalt hat mit Ausnahme von Rat und Verwaltung keinen je interessiert. Daher stellte sich die Frage: Wie viele Bürgerinnen und Bürger kommen überhaupt zu einem Bürgerforum? Die interne Vorgabe hieß „150 Fremde“, denn in Hilden kennen sich Vereine, Politikerinnen und Politiker, und diejenigen, die ständig nörgeln, gut. Die Beteiligung an den Bürgerforen ist mit 150 bis 250 Teilnehmenden immer sehr gut, bei Hildopoly haben sogar 450 bis 500 Menschen mitgemacht.

Die Bürgerforen haben vier bis fünf **Schwerpunktthemen**. Deren Auswahl erfolgt durch die Verwaltung; die

Bürgerinnen und Bürger werden hierzu bei jedem Bürgerhaushalt nach ihren Wünschen befragt.

Vorschläge können Spar-, aber auch Investitionsmaßnahmen betreffen. Zum Gutachten zur Haushaltskonsolidierung 2011, das ins Internet gestellt wurde, gab es 43 Vorschläge, die zudem kommentiert werden konnten. 199 Nutzerinnen und Nutzer registrierten sich, es gab 18.800 Themenaufrufe. Im Nachhinein erfolgten fast noch mehr Seitenaufrufe als während der „heißen Phase“, denn mittlerweile verzeichnen wir 41.000 Zugriffe. Alle Kommentare zum letzten Bürgerhaushalt, zusammengefasst in einer Sitzungsvorlage, würden 450 Seiten ergeben.

Vor zehn Jahren wurde ein Beschwerdemanagement entwickelt, denn z. B. die Reparatur eines Kanaldeckels ist kein Thema für den Bürgerhaushalt, sondern sie wird einfach erledigt. Die Bürgerinnen und Bürger, die auf einen Missetand hingewiesen haben, werden jeweils per Post oder E-Mail über den aktuellen Stand informiert.

Fragen

Nach dem Referat von Heinrich Klausgrete gab es ein paar Fragen aus der AG.

Wie viele Einsparvorschläge gibt es?

Jedes Jahr wird ca. ein Dutzend Vorschläge eingereicht. Aufgrund der guten finanziellen Situation gibt es keinen Leidensdruck, allerdings soll der Bürgerhaushalt nicht zum Wunschkonzert werden.

Der Haushalt ist transparent für die Bürgerinnen und Bürger. Bezieht sich das auf den gesamten Haushalt oder auf einzelne Aspekte, über die die Bürgerinnen und Bürger bestimmen können oder sollen?

Es werden immer verschiedene Themen behandelt. Beim Bürgerforum sind es maximal fünf Themen pro Jahr. Hierzu gibt es dann in der Stadthalle in jeder Ecke ein Schwerpunktthema, zum Beispiel zur Bücherei oder zu Steuern, Gebühren und Abgaben. Das sind zugleich die Schwerpunktthemen des jeweiligen Jahres.

Sie sind der „Vater“ des Bürgerhaushalts. Was würde passieren, wenn es Sie nicht mehr gäbe?

Seit Beginn des Bürgerhaushalts regiert der dritte Bürgermeister. Aus früher drei Fraktionen wurden mittlerweile sieben; die Beschlüsse zu den damaligen Bürgerhaushalten waren aber immer **einstimmig**, und bis heute will ihn keiner abschaffen.

Gibt es ein Regelwerk zum Nachschauen für eventuelle Nachfragen?

Ein Regelwerk, wo alle Details nachzulesen sind, gibt es nicht, zumal der Bürgerhaushalt in Hilden jedes Jahr völlig andere Themen behandelt. Anfangs war die entsprechende Sitzungsvorlage umfangreicher, heute umfasst sie 2-4 Seiten.



Wie entwickelt sich der Bürgerhaushalt insgesamt? Sie haben verschiedene Dinge ausprobiert, welche konzeptionellen Veränderungen hat es über die Jahre gegeben, haben sich Gewichtungungen verschoben?

Nach vier Jahren Bürgerhaushalt sanken die Besucherzahlen des Bürgerforums leicht. Deswegen wurde nach mehreren Bürgerforen ein Wettbewerb durchgeführt, eine Website wurde aufgebaut und letztes Jahr kam das Gutachten zur Haushaltskonsolidierung mit der Möglichkeit einer Kommentierung hinzu. Was 2013 passiert, wird vor den Sommerferien überlegt. Mit den Möglichkeiten des **Internets** hat die Teilnahme in den letzten Jahren deutlich zugenommen.

Wenn etwas erledigt wurde, bekommen die Bürgerinnen und Bürger Informationen. Wer macht das? Das sind doch auch Kosten.

Mit Hilfe einer Datenbank ist es in der heutigen Zeit einfach, Serienbriefe zu verschicken. Es geht hier ja um höchstens 10 bis 20 Vorschläge, vielleicht noch ein Dutzend andere. Und diese Art des Miteinander-Umgehens wird gut angenommen und als positiv empfunden.

Sie sind nicht von Finanznot getrieben, Sie wollen vor allem die Bürger informieren. Versuchen Sie zu erheben, ob besser informierte Bürger mehr Akzeptanz für die Arbeit von Verwaltung und Politik haben? Oder dass Sie dabei auch nützliches Wissen generieren? Haben Sie eine Vision, einen Plan, was das letztlich auf längere Sicht bringen soll?

Wir können heute nicht mehr isoliert im Rathaus sitzen und festlegen, wie etwas zu geschehen hat. Der Bürger erwartet Information. Und wenn man offen mit dem Thema Finanzen und auch mit unliebsamen Themen umgeht und das in Form von Bürgerhaushalten versucht umzusetzen, ist das Verständnis der Bürgerinnen und Bürger selbst für unangenehme Entscheidungen größer. Das hat z.B. eine Umfrage zur Erhöhung der Büchereigebühr gezeigt: Die meisten hatten dafür Verständnis.

Würde die Bürgerschaft den Bürgerhaushalt einfordern, wenn Sie sagen würden, für das nächste Jahr fällt uns nichts ein, jetzt gibt es ein Jahr Pause?

Das können wir uns gar nicht leisten, weil wir ja gesagt haben, wir machen immer weiter.

In der folgenden Diskussion richteten sich die Fragen an beide Referenten.

Es müsste klare Kriterien geben, aufgrund derer es eine Pause gibt.

Ernst-Ulrich Reich: Wir machen jetzt ein Jahr Pause, weil wir uns gerade neu orientieren. Und wir haben keine Probleme damit. Niemand hält uns für verrückt.

Heinrich Klausgrete: Ich kann mir vorstellen, wenn man keine Beteiligung, keine Resonanz und keinen

Rücklauf mehr hat, dass man dann zu der Erkenntnis kommen muss: Das hat keinen Sinn, wir hören auf.



*Wenn der Bürgerhaushalt etwas kostet und wenig bewirkt, dann entsteht der Ruf, ihn gar nicht zu machen. Gerade dieses **Kosten-Nutzen-Argument** kann aber eigentlich nicht ziehen, wenn nach den Ausführungen von Herrn Klausgrete personell gar nicht aufgestockt worden ist. Ist es in Lichtenberg ähnlich, oder haben Sie dort zusätzliches Personal bekommen?*

Ernst-Ulrich Reich: Lichtenberg gibt einiges Geld für den Bürgerhaushalt aus, ca. 120.000 Euro im Jahr. Mit dieser Summe könnte man auch etwas anderes machen. Da wird schon die Frage nach Kosten und Nutzen gestellt. Das ist auch einer der Gründe, warum wir versuchen müssen, die Bürgerschaft aktiver werden zu lassen.

Könnten Sie beide sich vorstellen, dass man einen Schritt weitergeht und den Bürgerhaushalt auch juristisch strukturiert und einbettet, Verbindlichkeiten schafft? Die Bürgerinnen und Bürger wollen ja wissen, was mit den Ergebnissen passiert. Oder sagen Sie, das geht zwei Schritte zu weit?

Heinrich Klausgrete: Es werden, wann immer möglich, im Rahmen der Haushaltsplanung über die eingereichten Vorschläge Beschlüsse gefasst. Das muss natürlich grundsätzlich möglich sein. Wenn z.B. der ÖPNV nicht so fährt, wie die Bürgerinnen und Bürger es sich wünschen, kann das natürlich nicht in einen Beschluss gegossen werden, weil die Stadt nicht Trägerin des Verkehrsverbundes ist. Man kann ein solches Anliegen nur weitergeben und muss in Zusammenarbeit

mit dem Verkehrsträger nach Lösungen suchen. Aber wenn jemand einen klaren Antrag stellt, wird schon versucht, einen Beschluss des Rates zur Umsetzung oder Ablehnung herbeizuführen.

Ernst-Ulrich Reich: In Lichtenberg wird kein Anliegen des Bürgerhaushalts ohne Beschlüsse des Parlaments umgesetzt.

Ein **Teilnehmer der AG** ergänzte, dass über eine Ausformulierung bis ins Feinste der vielen Phasen des Bürgerhaushalts bestimmt keine politische Einigkeit zu erzielen sei. Das würde womöglich auch den Tod des Prozesses bedeuten, denn ein Prozess lebt davon, dass er sich ständig verändert und dass aus Fehlern gelernt werden kann. Was juristisch festgeschrieben ist, kann man dagegen nur mit Mühe an neue Gegebenheiten anpassen.

AG 3: Wie ist die Entwicklung der Bürgerhaushalte in anderen Ländern? Wie werden Bürgerhaushalte in anderen Ländern institutionalisiert? Was sind die Rolle und Aufgabe von internationalen Netzwerken zu Bürgerhaushalten?

Bürgerhaushalte gibt es in anderen Ländern vor allem in Lateinamerika seit vielen Jahren und länger als in Deutschland. Sie sind mittlerweile institutionalisierte Verfahren, die aus manchen Regionen der Welt nicht mehr wegzudenken sind. Aber Bürgerhaushalte mussten sich auch dort weiterentwickeln, um sich als langfristiges Verfahren der Bürgerbeteiligung zu behaupten. Welche Erfahrungen wurden dabei gemacht und welche Entwicklungen lassen sich weltweit beobachten? Zudem tauschen sich Kommunen weltweit zu ihren Ansätzen und Erfahrungen im Bürgerhaushalt aus, zum Beispiel im internationalen Netzwerk IOPD. Welche Aufgabe haben solche internationalen Netzwerke und welchen Nutzen können Kommunen daraus ziehen? Dazu haben die Referentinnen und Referenten aus Spanien und Portugal aus ihrer reichhaltigen Arbeits- und Beratungserfahrung auch in anderen Regionen der Welt vorgetragen.

Referentinnen und Referenten:

- Laia Vilademunt und Carles Agustí, International Observatory on Participatory Democracy (IOPD) und Stadt Barcelona, Spanien
- Giovanni Allegretti PhD, CES – Centre for Social Studies, University of Coimbra, Portugal

Moderation:

- Frank Baumann, BÜRO BLAU

Impulsreferate Laia Vilademunt, IOPD und Carles Agustí, Stadt Barcelona und IOPD



Laia Vilademunt arbeitet im Technischen Sekretariat des IOPD (International Observatory for Participatory Democracy) mit Sitz in Barcelona, Spanien. IOPD ist ein Netzwerk mit mehr als 500 internationalen Mitgliedern aus Kommunalverwaltungen, Forschungsinstituten und Vereinigungen. Das Netzwerk bietet einen Wissens- und Erfahrungsaustausch im Bereich der partizipativen Demokratie auf lokaler Ebene. Laia Vilademunt hat einen Hochschulabschluss in Soziologie und arbeitet seit 8 Jahren im Bereich Bürgerbeteiligung auf lokaler Ebene.



Carles Agustí ist Beauftragter für Bürgerbeteiligung und Vereinigungen in der Stadtverwaltung in Barcelona, sowie Professor an der Universität Rovira i Virgili in Tarragona, Katalonien. Er ist Ko-Präsident des IOPD (International Observatory on Participatory Democracy), Vize-Präsident der katalonischen Gesellschaft für Kommunikation und Politische Strategie (ACCEP) und Vorstandsmitglied am Zentrum für Studien und öffentliche Meinung der katalonischen Landesverwaltung. Carles Agustí hat einen Hochschulabschluss in Politikwissenschaften mit einem Zusatzabschluss in Internationalen Angelegenheiten.

Das **IOPD** ist ein internationales Netzwerk von knapp 550 Städten, Gemeinden, Organisationen und Forschungszentren, die sich mit partizipativer Demokratie befassen. Das Netzwerk wurde 2001 gegründet und umfasst mittlerweile Mitglieder aus 52 Ländern. Die Regionalbüros befinden sich in Barcelona, Porto Alegre und Dakar.

Zu den Aufgabenbereichen gehören die Durchführung einer jährlichen internationalen Konferenz, die Förderung von Instrumenten zur Stärkung des lokalen Bürgerengagements, der **Austausch** von Erfahrungen innerhalb von Arbeitsgruppen sowie die Auszeichnung von Best-Practice-Modellen der Bürgerbeteiligung.¹²

¹² www.oidp.net

Folgende Trends lassen sich innerhalb des IOPD-Netzwerks in Bezug auf Bürgerhaushalte feststellen:

- Budgetorientierte Bürgerhaushalte sind verbunden mit einer generellen Partizipation von Bürgerinnen und Bürgern. Für einige Mitglieder innerhalb des IOPD sind Bürgerhaushalte sehr wichtig, aber Bürgerbeteiligung geht darüber hinaus.
- Die Diskussion im Bürgerhaushalt dreht sich oft um Investitionen, aber die Qualität der Dienstleistungen sollte ebenfalls berücksichtigt werden.
- Einige Bürgerhaushalte sprechen auch die **soziale Dimension** an, da jeweils unterschiedliche soziale Gruppen mit unterschiedlichen Interessen involviert sind (z.B. in Bezug auf Fragen der Gleichstellung).
- Public-Private-Partnerships sind ebenfalls Teil der Prozesse in Bürgerhaushalten.
- Ein Monitoring durch die Bürgerinnen und Bürger ist notwendig, um die Rechenschaft innerhalb von Bürgerhaushalten zu erhöhen.
- In vielen lateinamerikanischen und spanischen Städten wird Bürgerbeteiligung nicht nur durch Verbände, sondern auch durch Einzelpersonen vorangetrieben.
- Einige Städte, z.B. Porto Alegre, nutzen ergänzend neue Technologien für Beteiligungsprozesse, z.B. Apps und spezielle Webseiten.

In vielen Ländern finden wir derzeit eine wirtschaftliche wie auch eine politische Krise vor, die mit einer großen Distanz zwischen der Politik und den Bürgerinnen und Bürgern und häufig auch einem Vertrauensverlust gegenüber den Regierenden einhergeht. Die große Protestbewegung in Spanien zum Beispiel verdeutlicht die Notwendigkeit der Mitwirkung von Bürgerinnen und Bürgern. Ein Wandel passiert immer dann, wenn gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern regiert wird und Bürgerbeteiligung möglich ist. Die Lösung der Krise heißt deshalb „mehr Demokratie“.

Fragen

An die Vorträge schloss sich eine kurze direkte Frage-
runde an.

*Wie kann man Mitglied im IOPD-Netzwerk werden und
wie funktioniert die Kommunikation innerhalb des Netz-
werks?*

Alle Kommunen, Organisationen und Personen, die
Bürgerbeteiligungsprojekte durchführen oder sich da-
für interessieren, können Mitglied werden.

Ein Großteil der Kommunikation ist internetbasiert. Es
gibt Diskussionsforen auf unserer Website, und AGs er-
halten technischen Support für ihren Austausch. Die
Jahreskonferenzen sind von großer Bedeutung, darü-
ber hinaus gibt es eine Anzahl kleinerer Konferenzen
und auch ein internationales Filmfestival zum Thema
Partizipation. AGs können spontan ins Leben gerufen
werden und ihre Themen auf Konferenzen oder online
vertreten.

Auf der neuen IOPD-Website werden verstärkt inter-
aktive Features zur Verfügung stehen. Sie bietet eben-
falls eine Plattform für den bilateralen Austausch. So
können Kommunen mit Partnerkommunen in Kontakt
treten, zum Beispiel Städte, die ähnliche Strukturen
und Themen haben.

*Gibt es Erfahrungen mit Gender-Budgeting oder eine Ar-
beitsgruppe zu dem Thema?*

Das Thema ist nicht sehr präsent, es gibt aber einige
Ansätze, z. B. in Rosario (Argentinien). Dort wurde ein
Genderbudget in den Bürgerhaushalt integriert. Die-
ses Modell hat vom IOPD-Netzwerk eine Auszeich-
nung erhalten.

Impulsreferat Dr. Giovanni Allegretti, Portugal



Giovanni Allegretti ist Doktor der Stadt-, Landschafts-
und Umweltplanung, Architekt und Planer an der Uni-
versität von Coimbra und seit 2001 Assistenzpro-
fessor für Stadtmanagement an der Universität von
Florenz. Er ist Experte der Europäischen Kommission
für das URBACT-Programm sowie Mitglied des IOPD-
Netzwerks. Dr. Giovanni Allegretti arbeitet seit 1998
zur partizipativen Haushaltsplanung, koordiniert ein
Weiterbildungsprogramm für kommunale Verantwor-
tungsträger zum Bürgerhaushalt in Portugal und hat
verschiedene Bücher zum Thema verfasst.¹³

Das **Centre for Social Studies CES** an der Universität von
Coimbra bietet ein Unterstützungsprogramm für der-
zeit neun Kommunen in Portugal, die Bürgerhaushal-
te umsetzen. Ein weiterer Forschungsbereich widmet
sich der Frage, warum Bürgerhaushalte unterbrochen
bzw. abgebrochen werden. Darüber hinaus werden
Vergleichsstudien von Bürgerbeteiligungsprojekten in
afrikanischen Ländern durchgeführt.

¹³ www.ces.uc.pt/investigadores/cv/giovanni_allegretti.php

Gleichzeitig lässt sich eine Vertiefung beobachten, z.B. gab es in Portugal ein fragiles Haushaltsmodell (2003-2008), im Zuge dessen Forderungen gesammelt wurden und die Politik letztlich über diese entschied. Inzwischen werden in 17 von 18 Fällen die Bürgerinnen und Bürger in die Entscheidungen mit einbezogen.

In Lissabon wurde ein Modell eingeführt, um Redundanzen bei **Internetabstimmungen** zu verringern. Es wurde über rund 1.000 Vorschläge abgestimmt, wobei 16.000 Stimmen vergeben wurden. Eine Befragung zeigte, dass sich die meisten der Abstimmenden (85 %) im Internet die Vorschläge vorab nicht durchgelesen hatten, sondern nur denjenigen Vorschlag kannten, für den sie gestimmt hatten, oder dass die Meinungsbildung anderweitig erfolgte (z. B. über Freunde). Deshalb setzte man sich zum Ziel, die Face-to-face-Kommunikation innerhalb des Prozesses zu stärken. In der Folge wurden dezentrale Versammlungen abgehalten, in denen von jedem Tisch zwei Vorschläge vorgewählt wurden, über die in ihrer Gesamtheit im Anschluss abgestimmt werden konnte. Am Ende des Tages kamen fünf Vorschläge in die Endauswahl.

Wenn die Bürgerinnen und Bürger von Beratern zu Mitentscheidern werden, steigen einerseits die Zufriedenheit und andererseits die Anzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an. Generell lässt sich die Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger auf eine Formel bringen, die in der Regel den erreichten Ergebnissen abzüglich der Erwartungen entspricht (SATISFACTION = RESULTS – EXPECTATIONS). Die Leute passen ihre Erwartungen an und gestalten sie realistischer. Die Prozesse verstetigen sich, auch über wechselnde politische Konstellationen hinaus. Insgesamt lässt sich festhalten, dass die Mitbestimmungsmöglichkeiten in Bürgerhaushalten gewachsen sind.



Kurzdarstellung der Besonderheiten von Bürgerhaushalten in verschiedenen Kontinenten

Dr. Giovanni Allegretti gab einen Überblick über Tendenzen des Beteiligungshaushalts in verschiedenen Weltregionen:

Nordamerika

In den USA und Kanada werden Beteiligungsprozesse durch ein starkes Medieninteresse begleitet, wodurch die Sichtbarkeit der Projekte erhöht wird, wie etwa in New York und Chicago. Die Projekte werden nicht von den Bürgermeister*innen, sondern von der Opposition vorangetrieben.

Asien

In Südkorea werden **Trainings** für Beteiligungsprojekte angeboten, wobei die Teilnahme an den Trainings eine Voraussetzung für die aktive Mitwirkung ist. Der Fokus liegt auf der Vermittlung von Kompetenzen, um Mitbestimmung zu ermöglichen. Die Methoden zur Auswahl derjenigen, die teilnehmen dürfen, sind unterschiedlich. Teilweise wird eine repräsentative Auswahl angestrebt, teilweise gibt es eine Mixtur aus Delegierten und zufällig ausgewählten Bürgerinnen und Bürgern.

Afrika

In afrikanischen Ländern wie Madagaskar, Kamerun und dem Senegal unterstützen Bürgerhaushalte die Dezentralisierung und stärken die Legitimität der lokalen Behörden bei demokratischen Wahlen. Bürgerhaushalte betreffen nicht nur die Ausgaben, sondern auch die Einnahmen einer Kommune. Da die Steuern

teilweise dezentral erhoben werden, muss die Haushaltsplanung umso bürgernäher sein. Dies könnte in der Finanzkrise auch praktikabel für Europa sein.

Lateinamerika

In Lateinamerika, z.B. in der Dominikanischen Republik und Peru, gibt es für alle Kommunen die **Verpflichtung**, Bürgerhaushalte umzusetzen. Im Jahr 2009 gab es eine Studie der Weltbank zu den Erfahrungen mit Bürgerhaushalten in Peru, welche die Effektivität in Bezug auf die soziale Umverteilung der Gelder bewies.

Europa

In Europa entscheidet normalerweise die Politik oder die Verwaltung über die Modalitäten der Bürgerhaushalte (Ausnahme: Spanien). Dabei lässt sich ein Prozess der Konstitutionalisierung feststellen. So haben Städte wie Lissabon eine **Charta von Werten** erstellt, wobei sich die Regelungen für den Bürgerhaushalt ändern können, die Werte an sich jedoch respektiert werden müssen. In Portugal bspw. werden vermehrt Kinder und Jugendliche in Bürgerhaushalte einbezogen, um sie zu neuen kritischen Bürgern zu erziehen. Der **pädagogische Ansatz** geht dabei in die Richtung, **Familienhaushalte** und öffentliche Haushalte miteinander zu vergleichen.



Dr. Giovanni Allegretti

Fragen

Auch an das Referat von Dr. Giovanni Allegretti schloss sich eine Fragerunde an.

Welche Erfahrungen gibt es auf internationaler Ebene mit budgetorientierten Bürgerhaushalten im Vergleich zu konsultativen Bürgerhaushalten?

Im Zuge der Finanzkrise gibt es in vielen Ländern ein generelles Problem in Bezug auf die Glaubwürdigkeit offizieller Politik. In Italien gab es z. B. bei den Kommunalwahlen eine sehr geringe Wahlbeteiligung. In vielen europäischen Ländern wird der Zusammenhang zwischen der Wahlbeteiligung und Bürgerbeteiligungsprozessen diskutiert. Es ist daher notwendig offenzulegen, wie die Entscheidungsfindung vorstattengeht. Bei den Bürgerhaushalten im Mittelmeerraum zum Beispiel erfolgt jede Filterung von Vorschlägen im öffentlichen Raum, nicht im Verborgenen. Eine Umstellung von einem konsultativen Verfahren auf ein System der **Mitentscheidung** bedeutet oftmals mehr Transparenz, mehr Beteiligung und mehr Vertrauen in die Politik.

Welche Auswahlprinzipien gibt es bei den Bürgerversammlungen in anderen Ländern?

Mehrheitlich sind die Versammlungen für alle offen. Eine andere Methode gibt es im Senegal. Hier ist es von Bedeutung, homogene Gruppen zu schaffen – Frauen, Männer, Ältere und Jüngere –, um unabhängig vom gesellschaftlichen Status der Mitglieder allen Stimmen Gehör zu verschaffen. Anschließend kommen Delegierte dieser verschiedenen Gruppen zusammen. Wenn man das Ziel der sozialen Inklusion verfolgt, muss man die **verschiedenen Gruppen getrennt einbeziehen**. In China wiederum beteiligen sich Bürger, die von Jahr zu Jahr nach dem Rotationsprinzip wechseln.

Welche Erfahrungen gibt es mit Vorschlägen und Abstimmungen zum Bürgerhaushalt im Internet?

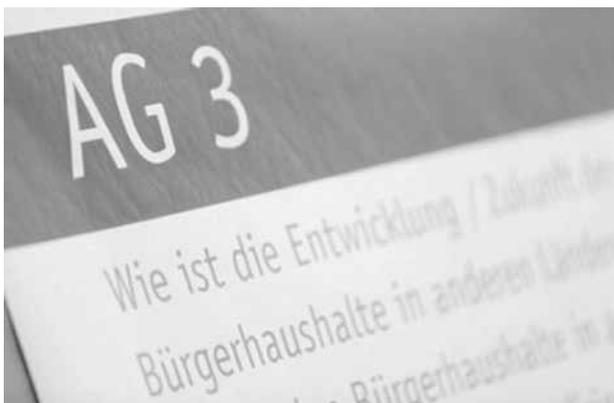
Wenn man sich die Zugriffszahlen von Online-Bürgerhaushalten ansieht, dann muss man feststellen, dass die Regeln des jeweiligen Bürgerhaushalts am

wenigsten gelesen werden. Wenn beim **Online-Voting** die Bürgerinnen und Bürger nur eine einzige Stimme vergeben können, dann haben Lobbys einen starken Einfluss auf das Ergebnis; können jedoch z. B. fünf Stimmen vergeben werden, wird eine größere Anzahl von Vorschlägen gelesen und bei der Stimmvergabe berücksichtigt. Es besteht eine Tendenz, für solche Vorschläge zu stimmen, die sich auf das Gebiet der jeweils eigenen Wohnung oder des Arbeitsplatzes beziehen.

In Deutschland sind bürgernahe Planung (participatory planning) und Bürgerhaushalt häufig zwei getrennte Bereiche. Wie sieht dieses Verhältnis in Städten mit Bürgerbeteiligungs- und Bürgerhaushaltsprojekten im internationalen Vergleich aus? Lernen die Projektbeteiligten von dem jeweils anderen Ansatz?

Bürgerhaushalte sind ein **Teil der Bürgerbeteiligung**. Viele IOPD-Mitglieder kombinieren Bürgerhaushalte mit weiteren Beteiligungsprojekten. Vorhaben zu Bürgerhaushalten sind oftmals eingebettet in ein allgemeines Konzept von Bürgerbeteiligung. Das Beteiligungsvorhaben wird in diesem Fall durch eine finanzielle Dimension erweitert.

Bürgerhaushalte sind kein Ziel an sich, sondern ein Weg, allgemeine Bürgerbeteiligung zu erreichen.



World Café

Nach den AG-Referaten und einer Kaffeepause wurde die Diskussion vertieft, wofür die **Methode „World Café“** genutzt wurde. Der Moderator Frank Baumann erklärte das Vorgehen, demzufolge das World Café aus zwei Phasen von je einer halben Stunde bestand und wie folgt ablief:

4. Die Arbeitsgruppen teilten sich in Tische mit kleineren Gruppen auf, damit sich alle stärker an den Diskussionen beteiligen konnten.
5. Zu Beginn der ersten Phase wurde an jedem Tisch eine Gastgeberin oder ein Gastgeber gefunden, die bzw. der an ihrem bzw. seinem Tisch blieb.
6. Alle anderen Teilnehmerinnen und Teilnehmer wechselten für die zweite Phase den Tisch, innerhalb derselben AG oder zu einem Tisch einer anderen AG. Die Gastgeberinnen und Gastgeber begrüßten am Anfang der zweiten Phase die neuen Teilnehmerinnen und Teilnehmer und informierten sie über die interessantesten Ergebnisse der bisherigen Diskussion. Auf diese Weise wurden viele unterschiedliche Perspektiven zusammengeführt, und viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer kamen miteinander ins Gespräch.
7. Die wichtigsten Ideen wurden während des World Cafés auf Karten oder auf den papiernen Tischdecken notiert.
8. Anschließend haben die Gastgeberinnen und Gastgeber die Ergebnisse ihrer Tische dem Plenum vorgestellt.



Jeder Arbeitsgruppe wurden von dem Moderator als Anregung **drei Leitfragen** an die Hand gegeben:

Arbeitsgruppe 1:

- Welche Überlegungen stehen hinter dem budgetorientierten Modell?
- Gibt es Vor- oder Nachteile im Vergleich zum „deutschen Modell“, das vornehmlich als vorschlagsbasiertes, konsultatives Verfahren verbreitet ist?
- Warum gibt es in Deutschland so wenige budgetorientierte Bürgerhaushalte?

Arbeitsgruppe 2:

- Welche Gründe gibt es für und gegen eine langfristige Weiterführung von Bürgerhaushalten?
- Was ist zu beachten, wenn Bürgerhaushalte verstetigt werden sollen?
- Wohin werden sich Bürgerhaushalte in Zukunft entwickeln?

Arbeitsgruppe 3:

- Welche Trends und Entwicklungsrichtungen lassen sich bei der Durchführung von Bürgerhaushalten im Ausland beobachten?
- Welche Ansätze aus anderen Ländern bieten Anregungen für deutsche Bürgerhaushalte?
- Wie gestaltet sich die Institutionalisierung von Bürgerhaushalten in anderen Ländern?

Für die zweite und letzte Phase des World Cafés wurde bei jeder AG die folgende Frage hinzugefügt:

- Welche Anregungen nehme ich für meine tägliche Arbeit mit?

An den Tischen des World Cafés wurden die Diskussionen aus der Fragerunde zu den Kurzreferaten fortgesetzt und anhand der Leitfragen intensiviert. Manche Tische konzentrierten sich dabei auf eine oder zwei der drei Leitfragen. Es entwickelten sich rege und konzentrierte Gespräche an den einzelnen Tischen. An jedem Tisch fanden nacheinander zwei Diskussionsrunden statt. Nachfolgend werden ein paar Schlaglichter aus den Diskussionen dargestellt.

An einem der zwei Tische der AG 1 merkte **Toni Loosen-Bach** zu dem Bürgerbudget an: Der Idee nach liegt beim budgetorientierten Ansatz die **Entscheidung** bei den Bürgerinnen und Bürgern. Das fand jedoch nicht uneingeschränkte Zustimmung der anderen Teilnehmenden. So wurde angeführt, dass auch in budgetorientierten Verfahren in Deutschland letztendlich der Rat entscheidet.

Ein **Teilnehmer** der AG fragte darüber hinaus, ob die Bürgerinnen und Bürger damit zufrieden sind, nur für einen **kleinen Teil des Haushalts** beteiligt zu werden? **Toni Loosen-Bach** antwortete, dass die Bürgerinnen und Bürger damit unter anderem einen schnellen Erfolg erreichen.

In der zweiten Runde des World Cafés lautete eine **weitere Frage** zum Bürgerbudget: Warum wird ein bestimmter Betrag jeweils für die Ortsteile vorgesehen, obwohl es darüber hinaus **zentrale Aufgaben** gibt, die auch den Ortsteilen zugute kommen? **Toni Loosen-Bach** wies darauf hin, dass die Politik die Ortsteilbudgets wollte – unter anderem deshalb, weil sich kleine Stadtteile benachteiligt fühlten; diese sähen sich jetzt besser repräsentiert.



In der AG 2 gab es im Hinblick auf den dezentralen Ansatz die Anregung, auch kleine Gruppen als Vertretung eines Stadtteiles zu akzeptieren. Des Weiteren schlug eine **Teilnehmerin** der AG 2 vor, dass über den Haushaltstitel Jugend zunächst ein **Jugendparlament** entscheiden könnte, bevor der Rat entscheidet. Insgesamt, so hieß es in der Diskussion, gehe es nicht

eigens um den Bürgerhaushalt, sondern um Bürgerbeteiligung allgemein.

An dem einzigen Tisch der AG 3 entwickelte sich ein Austausch deutscher und internationaler Erfahrungen, etwa über die Berücksichtigung der **Einnahmeseite**, die Schulung der Beteiligten oder die Rolle **sozialer Gerechtigkeit** im Bürgerhaushalt.

Dr. Giovanni Allegretti erkundigte sich bei den deutschen Teilnehmerinnen und Teilnehmern, warum zwar landesweite Akteure aus Deutschland sehr aktiv die internationale Zusammenarbeit in Fragen der Partizipation unterstützen, **die deutschen Kommunen sich aber nur wenig am internationalen Austausch beteiligen**. Er fragte, ob dies an Sprachbarrieren oder an kulturellen Unterschieden liege, etwa am deutschen Perfektionismus. Außerhalb Deutschlands sei es durchaus üblich, auch solche Lösungsansätze zu präsentieren, die noch nicht perfekt sind.

Ein **Teilnehmer** bestätigte diese Vermutung, wies aber auch darauf hin, dass es in Deutschland eine sehr große Anzahl an Städten gibt, so dass hier viele Möglichkeiten des Austauschs bereits innerhalb des Landes bestehen. Es stimme aber, dass man in Deutschland den Austausch eher zur Vorstellung eines fertigen Modells suche als dafür, ein Modell in einem Lernprozess zu verbessern.



Ergebnisse des World Cafés

Die Gastgeberinnen und Gastgeber der Tische des World Cafés stellten im Plenum die interessantesten Resultate ihrer Diskussionen vor. Sie hatten dafür pro Tisch etwa zwei Minuten Zeit. Als Grundlage wurden die Karten verwendet, die an den Tischen des World Cafés erstellt wurden.



Ergebnisse der Tische von AG 1

Führen budgetorientierte Bürgerhaushalte zu einer größeren Effektivität und höherer Beteiligung bei Bürgerhaushalten?

- Juliane Cieslak, BÜRO BLAU
- Toni Loosen-Bach, Trier

Vorgestellt wurden die Antworten der zwei Tische der Arbeitsgruppe 1.



Juliane Cieslak (oben) und Toni Loosen-Bach (unten) bei der Präsentation der Ergebnisse

Die AG hat sich auf die Leitfrage 2 beschränkt:

Gibt es Vor- oder Nachteile im Vergleich zum „deutschen Modell“, das vornehmlich als vorschlagsbasiertes, konsultatives Verfahren verbreitet ist?

Vorteile:

- **begrenzter Betrag** für Bürgerhaushalte
- klare Vorgaben für den Rat
- Hoffnung auf **höhere Beteiligung**
- der budgetorientierte Bürgerhaushalt bietet mehr **Erfolgslebnisse**; dies kann die Motivation erhöhen
- dezentrales Verfahren durch Einbeziehung der Stadtteile/ Ortsbezirke führt zu mehr **Bürgernähe**; mittels Dezentralisierung die Kompetenzen der Bürger einbeziehen
- Bürgerinnen und Bürger entwickeln **Verständnis für den Haushalt**
- das **Sozialkapital** der Stadt wird genutzt: Expertenwissen der Bürger, engagierte Bürger genießen das Vertrauen ihres Umfeldes; mehr Demokratie

Nachteile:

- ob die Stadt sich einen budgetorientierten Bürgerhaushalt überhaupt leisten kann – dies ist nur in manchen Jahren möglich, in anderen nicht
- ob über den budgetorientierten Bürgerhaushalt **Einsparungen** möglich sind
- gewählte Repräsentanten sind für die Entscheidung über das Budget zuständig
- in Zeiten von Einsparungen ist die Einrichtung eines zusätzlichen Budgets **schwer vermittelbar** – jedoch kann man auch den Fokus auf Vorschläge zur „Entschwendung“ legen
- **Minderheitenschutz** gegenüber denjenigen, die sich am aktivsten beteiligen wird notwendig
- mangelnder strategischer Überblick; Bürger ziehen die Folgekosten der Ausgaben nicht in Betracht

Weitere Punkte:

Auch beim budgetorientierten Bürgerhaushalt verbleibt die letztliche Entscheidung bei den gewählten Repräsentanten – der budgetorientierte Bürgerhaushalt **bleibt konsultativ**. Die Ausgestaltung des Bürgerhaushalts hängt von den jeweiligen Zielen in der Kommune ab. Mehr Beteiligung kann auch durch eine Zufallsauswahl und aufsuchende Verfahren erreicht werden.

Ergebnisse der Tische von AG 2

Wie kann man Bürgerhaushalte institutionalisieren? Welche Entwicklungen lassen sich nach mehrfacher Durchführung beobachten?

- Stig Ludwig, Weimar
- Ernst-Ulrich Reich, Berlin-Lichtenberg

Zu allen drei Leitfragen wurden die Antworten der AG 2 zusammengefasst:



Ernst-Ulrich Reich und Stig Ludwig präsentieren die Ergebnisse ihrer World Café Tische

1) Welche Gründe gibt es für und gegen eine langfristige Weiterführung von Bürgerhaushalten?

Pro:

- **Demokratie- und Wertebildung** in der Gesellschaft
- **konkreter Beteiligungsbezug**, themenbezogene Sicht anstelle der Perspektive als Kämmerer
- Entwicklung von weiteren Bürgerbeteiligungsverfahren über den Bürgerhaushalt als Einstieg
- Ausweitung über den Budgetbereich hinaus auf die **Sozialräume**
- mögliche Lernfähigkeit in der Politik (über Parteigrenzen hinaus, was ist die Situation vor Ort)
- **Förderung der Zivilgesellschaft**
- Notwendig für eine Fortführung sind die Einigkeit zwischen Politik und Verwaltung und ein **positives Medienecho**, im Hinblick auf die Beteiligung.

Contra:

- negatives Medienecho
- Weckung falscher Erwartungen, z.B. eine Fixierung auf Beteiligungsquoten
- **fehlender Beteiligungswille**
- fehlende quantitative Beteiligung
- **fehlender politischer Wille**, fehlende Protagonisten in der Politik

2) Was ist zu beachten, wenn Bürgerhaushalte verstetigt werden sollen?

- Transparenz und Ehrlichkeit
- den Prozess als einen dynamischen Lernprozess verstehen, den Verfahrensrahmen offen belassen, um die Ziele und Methoden jedes Jahr flexibel anpassen zu können
- den Leuten ein **Feedback** geben (direkte Antworten auf ihre Vorschläge)
- Evaluation, Kennzahlen – allerdings ist es recht unklar, wie der Erfolg eines Bürgerhaushalts gemessen werden kann
- auch **kleine, aktive Gruppen** als relevant anerkennen (nicht nur die große Zahl)
- bessere Formen und Verfahrensmöglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger.

3) Wohin werden sich Bürgerhaushalte in Zukunft entwickeln?

Die Chancen auf Fortführung stehen 50:50. Der Trend geht dahin,

- **mehrere Kanäle** zu bespielen (Social Media, etc.)
- den Prozess ganzjährig durchzuführen
- in die **sozialen Räume** zu gehen, näher an die Lebenswirklichkeit der Menschen (Erfahrbarkeit des Bürgerhaushalts, Bürgerbudget)
- den Prozess mehr in die Bürgerschaft zu verlagern (bislang ist er oft von der Verwaltung getragen) sowie
- eine **Modularisierung** des Bürgerhaushalts zu ermöglichen (veränderbare Einzelbausteine).

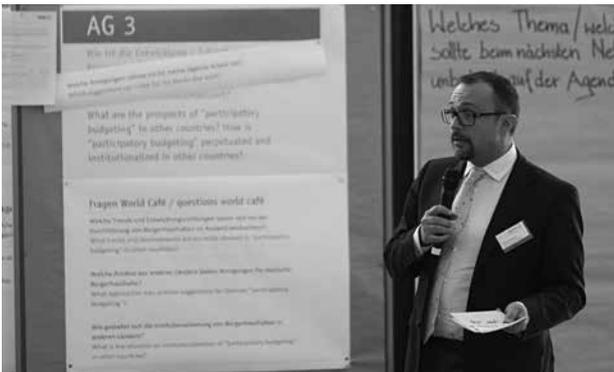
Der Bürgerhaushalt trägt zur lebendigen Demokratie bei und kann sich durchaus positiv entwickeln.

Ergebnisse der Tische von AG 3

Wie ist die Entwicklung der Bürgerhaushalte in anderen Ländern? Wie werden Bürgerhaushalte in anderen Ländern institutionalisiert?

- Dr. Giovanni Allegretti, Coimbra, Portugal

Es gab pro Runde einen Tisch der AG 3. Die Antworten auf die ersten beiden Leitfragen wurden vorgestellt:



Dr. Giovanni Allegretti bei der Präsentation der Ergebnisse aus dem World Café

1) Welche Trends und Entwicklungsrichtungen lassen sich bei der Durchführung von Bürgerhaushalten im Ausland beobachten?

- Verbesserung der Prozessqualität (selbst in der Wirtschaftskrise)
- Festlegung von Verfahrensregeln: Zwei nationale Gesetze machen die partizipative Haushaltsplanung zur Pflicht (in Peru und der Dominikanischen Republik)
- Regionen in Frankreich und Italien bieten finanzielle Anreize für kommunale Bürgerhaushalte.

2) Welche Ansätze aus anderen Ländern bieten Anregungen für deutsche Bürgerhaushalte?

- Berücksichtigung der **sozialen Gerechtigkeit** beim Bürgerhaushalt (vor allem in Lateinamerika), sowohl bei der Verteilung von Haushaltsmitteln als auch durch den Schutz schwacher sozialer Gruppen im Beteiligungsprozess. Das ist insbesondere deshalb wichtig, weil weltweit die meisten Bürgerhaushalte, außerhalb Deutschlands, auf einer **Mitentscheidung** der Bürger beruhen (co-decisional). Die Bürgerinnen und Bürger selbst stimmen am

Ende des Verfahrens über die Prioritätenliste ab.

- Internationale **Vernetzung** (Erfahrungsaustausch, best practice), sowohl für Forschung und Monitoring als auch zur bilateralen Zusammenarbeit zwischen Kommunen

Themen für das nächste Netzwerktreffen

Moderator Frank Baumann bat abschließend darum, auf einer Stelltafel Themenvorschläge für das nächste Netzwerktreffen zu unterbreiten. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben daraufhin die folgenden Vorschläge aufgeschrieben und an die Tafel geheftet:

- **Evaluation**
- Fragen von **Inklusion**, ausgewogener Beteiligung und den „üblichen Verdächtigen“
- Ergebnisse von Studien über den Bürgerhaushalt
- **Demokratische Legitimität** und Qualität von Bürgerhaushaltsverfahren
- Wie wirkt sich die Privatisierung in den Kommunen auf die Spielräume für den Bürgerhaushalt aus, und auf die politische Partizipation insgesamt?
- Maßnahmen zur Gewinnung eines Querschnitts der Bürger
- Aufsuchende Verfahren für die **Motivation zur Beteiligung**
- Nutzung von **Social Media** für den Bürgerhaushalt

Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt und die Bundeszentrale für politische Bildung werden versuchen, die Vorschläge bei der Gestaltung des Programms des nächsten Netzwerktreffens und bei der Entwicklung weiterer Aktivitäten zur Stärkung des Netzwerkes zu berücksichtigen. Das gleiche gilt für die Rückmeldungen aus den Evaluationsbögen, die von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern ausgefüllt wurden.

Abschluss des Workshops

Frank Baumann, der Moderator, und Mandy Wagner von der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt bedankten sich bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern sowie den Referentinnen und Referenten für ihre Beiträge zu der aufschlussreichen Diskussion.

Mandy Wagner wies nochmals auf das Angebot der SKEW und der Bundeszentrale für Politische Bildung über die Internetseite www.buergerhaushalt.de hin, die deutsche Kommunen bei der partizipativen Haushaltsplanung unterstützt. Ein Schwerpunkt der Arbeit der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt liegt insbesondere in der Förderung des internationalen Austauschen von Kommunen auch zum Thema Bürger- und Beteiligungshaushalte.



Mandy Wagner (SKEW) und Moderator Frank Baumann

Anhang

Thesepapiere zur Podiumsdiskussion

Nachfolgend werden die Thesepapiere abgedruckt, die die Referentinnen und Referenten der Podiumsdiskussion vorgelegt haben:

- Thesepapier von Jürgen Behrendt, Stadt Köln
- Thesepapier von Dr. Stephan Eisel, Konrad-Adenauer-Stiftung
- Thesepapier von Dr. Anke Knopp, Bürgerinitiative „Demokratie wagen!“
- Thesepapier (Entwurf) von PD Dr. Josef Wehner, Universität Bielefeld

Thesepapier von Jürgen Behrendt, Stadt Köln, E-Government und Online-Dienste

Partizipation und Verwaltungsöffnung mit dem Kölner Bürgerhaushalt

1. Aufbruch in eine neue Beteiligungskultur

Die Stadt Köln hat 2007 erstmalig einen internetgestützten Bürgerhaushalt eingeführt und inzwischen insgesamt drei Beteiligungsverfahren durchgeführt (zu den Haushalten 2008, 2010, 2012). Wesentliche Ziele bei der Einführung des Kölner Bürgerhaushaltes waren:

- Möglichst breite Gewinnung von Bürgerinnen und Bürgern als Rat- und Ideengeber für die haushaltspolitischen Entscheidungen der Stadt,
- Ermöglichung einer passgenauen und bedarfsgerechteren Haushaltsplanung,
- Abbau von Politikverdrossenheit
- sowie die Erprobung von E-Partizipation als neues Vorgehensmodell für den Ausbau von Bürgerbeteiligung in unterschiedlichen Politikfeldern.

2. Anspruch und Vorgehensmodell einer strukturierten Bürgerbeteiligung

„Gelungene E-Partizipation ist nah an der Lebenswelt der Bürgerinnen und Bürger, einfach und gut zugänglich für alle Bevölkerungsgruppen, transparent in der Kommunikation realistischer Gestaltungspotentiale und gut integriert in die politisch-administrativen Prozesse.“

(Definition der Stadt Köln, 2009)

Das Vorgehensmodell für den Kölner Bürgerhaushalt richtet sich an diesem Maßstab aus und hat fünf wesentliche Merkmale:

- Vorschlagsbasiertes, konsultatives Verfahren: Die Teilnehmenden können frei Ausgabe- und

Sparvorschläge machen (kein Haushaltsrechner). Alle Vorschläge können von den Teilnehmenden gevotet werden, wodurch eine Rangfolge (Bestenliste) für jeden Themenbereich entsteht.

- Themenrotation: Jedes Verfahren wird zu neuen Haushaltsbereichen durchgeführt.
- Multi-Kanal-Ansatz mit Internet als Hauptkanal: Beteiligung ist auch schriftlich und per Call-Center möglich.
- Niederschwelliges Verfahren, einfaches Handling: z.B. für Registrierung reicht Benutzername und Passwort.
- Garantieverprechen der Politik: Der Rat entscheidet über Top-Vorschläge (Bestenlisten) und gibt anschließend öffentlich Rechenschaft.

3. Akzeptanzprobleme infolge der sich verschärfenden Haushaltskrise und einer verbesserungsfähigen politischen Transparenz

Betrachtet man die Ergebnisse über alle drei durchgeführten Bürgerhaushalte, ist nach dem überaus erfolgreichen ersten Bürgerhaushalt, der mehrfach national und international für seinen innovativen Ansatz ausgezeichnet wurde, eine gewisse Versachlichung und Relativierung festzustellen: So ist die Teilnehmerzahl von über 11.000 beim ersten, auf rund 7.000 beim dritten Verfahren gesunken; die Zahl der eingereichten Vorschläge sank von rund 5.000 auf nur noch 600. Dem steht positiv gegenüber, dass die einzelnen Vorschläge vom ersten zum dritten Verfahren im Schnitt deutlich intensiver kommentiert und bewertet wurden.

Neben der bekannten Tendenz bei innovativen Verfahren, die nach dem ersten Hype eine Ernüchterung mit anschließendem Potential zur Verstetigung auf „produktivem Niveau“ erwarten lässt (vgl. Hype-Kurve nach Garnter), sind für den Kölner Bürgerhaushalt auch spezifische Faktoren auszumachen, durch die der Beteiligungsrückgang plausibel wird, und die andererseits Hinweise für eine notwendige Anpassung des Verfahrens geben.

Die Spielräume für haushaltspolitische Entscheidungen sind in Köln, wie in den meisten Kommunen, dramatisch kleiner geworden. Konnte im ersten Bürgerhaushalt 2008 noch Geld für die Bürgervorschläge „draufgesattelt“ werden, so muss die Stadt jetzt intensive Einschnitte vornehmen, um das drohende Not Haushaltsrecht abwenden zu können. Somit wurden im ersten Verfahren Erwartungen geweckt, die bei den Folgeverfahren zwangsläufig enttäuscht werden mussten.

Schwächen sind in der Transparenz der Entscheidungsfindung der Politik erkennbar, die unter dem Zwang zur Haushaltskonsolidierung notwendige „unpopuläre“ Entscheidungen im Bürgerhaushalt nicht offen und klar genug erläutert hat. Hinzu kommt, dass die Politik (im Gegensatz zur Verwaltung) im Bürgerhaushalt nicht unmittelbar in den Online-Dialog mit der Bürgerschaft eintritt, sondern erst Monate nach Beendigung der Vorschlagsphase ihre fertigen Entscheidungen „verkündet“.

4. Zukunft des Bürgerhaushalts sichern im Rahmen einer konsequenten „Öffnungs- und Partizipationsstrategie“

Wenn es gelingen kann, die durch die Erfahrungen von drei Verfahren erkannten Schwächen abzustellen, dann ist der Kölner Bürgerhaushalt ein Verfahren, das sich lohnt weiterzuentwickeln und zukunftsfähig auszurichten - auch gerade im Zusammenhang mit den wachsenden Potentialen von Social Media und den diskutierten Strategien zur Verwaltungsöffnung (Open Government / Open Data). Die Stadt Köln wird dabei folgende Überlegungen einbeziehen:

Der Bürgerhaushaltsansatz muss sich erweitern hin zu einem stadtpolitischen Dialog über nachhaltige Haushaltskonsolidierung und Schwerpunktsetzungen in der Finanzplanung. In einem ersten Schritt sollen die Bürger/innen im nächsten Verfahren die von der Verwaltung für den Haushalt 2013 zu entwickelnden Sparvorschläge diskutieren und priorisieren. Mittelfristig wird sich der Bürgerhaushalt an den strategischen

Stadtzielen und den wirkungsbezogenen Haushaltsentscheidungen orientieren.

Dieser stadtpolitische Dialog soll auf Augenhöhe geführt werden. Die Voraussetzung dazu ist eine weitreichende Informationspolitik der Stadt und eine konsequente Öffnung im Rahmen der Kölner Open-Data-Strategie, durch die mittelfristig auch alle verfügbaren Haushaltsdaten frei zur Verfügung gestellt werden können.

Es ist zu überlegen, wie die Politik dabei früher und direkter in den Dialog eingebunden werden kann, indem bereits Vorstufen der politischen Entscheidungen (z.B. in Arbeitskreisen und Fraktionen) mit den Bürger/innen direkt auf der Bürgerhaushaltplattform diskutiert werden.

Darüber hinaus soll die Bürgerbeteiligung mit passgenauen Formaten auf die Diskussion zu Infrastrukturplanungen, Bauprojekten, Stadtgestaltung usw. ausgeweitet werden.

Das konstant vorhandene Bedürfnis der Teilnehmenden zur Artikulierung von „Alltagsproblemen“, soll in einen dafür besser geeigneten Standardkanal umgelenkt werden (z.B. Beschwerde- und Anliegenmanagement), um damit das Bürgerhaushaltverfahren zu entlasten und auf die eigentliche Zielsetzung zu konzentrieren.

Thesepapier von Dr. Stephan Eisel

Online-Bürgerhaushalte als potemkinsche Dörfer

Thesepapier zum Bundeskongress Politische Bildung 2012 der Bundeszentrale für Politische Bildung, 21.-23. Mai 2012 in Berlin Sektion 6: E-Government und E-Partizipation Seit 2007 haben 91 von über 14.000 Städte und Gemeinden in Deutschland das Verfahren eines internetbasierten ‚Bürgerhaushaltes‘ durchgeführt. Dabei werden den Bürgern von der Verwaltung bzw. dem Rat ausgesuchte und von ihnen selbst eingebrachte Kurzungsvorschläge für den städtischen Haushalt im Internet zur Bewertung und Abstimmung vorgelegt. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass es sich hier um ein sehr problematisches Instrument handelt.

1. Ein Großteil der Bevölkerung ist vom Online-Bürgerhaushalt ausgeschlossen

Auch in Deutschland ist eine dreifache digitale Spaltung Gesellschaft zu beobachten:

- Erstens ist über ein Viertel der deutschsprachigen Bevölkerung über vierzehn Jahre mangels Zugang generell vom Internet ausgeschlossen.
- Zweitens nutzt ein Drittel derer, die einen Internetzugang haben, die bestehende Zugangsmöglichkeit nur selten. Insgesamt kann nur etwa die Hälfte der deutschsprachigen Bevölkerung über vierzehn Jahre als regelmäßige Internetnutzer gelten. Dabei gilt als regelmäßiger Nutzer, wer seinen Netzzugang einmal im Monat oder häufiger nutzt.
- Drittens beschränken sich zwei Drittel der regelmäßigen Nutzer auf wenige, vor allem passiv-konsumierende Nutzungsarten und nehmen die vielfältigen interaktiven Möglichkeiten des Mediums praktisch nicht in Anspruch.

Allenfalls ein Fünftel der deutschsprachigen Bevölkerung über vierzehn Jahre ist also internetaffin in dem Sinne, dass sie das Internet nicht nur als Abrufmedium, sondern als Kommunikationsplattform nutzen.

Nach einer im Februar 2012 vom „Deutschen Institut für Vertrauen und Sicherheit im Internet (DIVSI)“ vorgelegten repräsentativen Milieustudie stellt das Internet für 39 Prozent der Gesamtbevölkerung „eine digitale Barriere vor einer Welt dar, von der sie sich ausgeschlossen fühlen“. Ganz ähnlich heißt es in einer Untersuchung der „Initiative D 21“ vom Dezember 2011, dass „nach wie vor den Großteil der Bevölkerung ... im Umgang mit den digitalen Medien wenig oder nicht souverän ist.“ Auch die ARD/ZDF-Onlinestudie 2011 konstatiert, dass 56 Prozent der deutschen Bevölkerung das Internet oder nur gelegentlich nutzen.

2. Das Internet mobilisiert kein zusätzliches Politikinteresse

Das Internet ist zu allererst Markt- und Spielplatz und nur in einer kleinen Nische Politikforum. Der Anteil politischer Webseiten liegt im deutschsprachigen Netz unter einem Prozent und in den USA nur unwesentlich höher. Selbst bei den Internet-Blogs, wo man eheden eine politische Oase im Cyberspace vermuten würde, findet sich Politik nur als exotische Nischenexistenz. Die sogenannte „Mobilisierungsthese“, nach der es durch das Internet in nennenswertem Umfang gelingen könnte, bisher uninteressierte Menschen für Politik zu interessieren, ist inzwischen vielfach widerlegt. Politisches Interesse lässt sich auch im Cyberspace nicht einfacher generieren als in der Offline-Welt. Aber das Netz bietet – entsprechend der sogenannten „Verstärkungsthese“ – den politisch Interessierten und Aktiven ein zusätzliches Forum. Sie nutzen die Vorteile des Internets zur Informationsbeschaffung, als Meinungsforum und zur Interaktion untereinander. Das Internet ist also keine neue „Politikwelt“ für bisher Uninteressierte, sondern vielmehr eine zusätzliche Bühne für die Akteure in der vorhandenen politischen Offline-Arena.

3. Geschwindigkeitsrausch im Internet und Dominanz der Zeitreichen

Schnelligkeit ist im Cyberspace das höchste Gut. Baut sich eine Seite zu langsam auf, klicken wir weiter. Gibt eine Suchmaschine die Antwort auf unsere Fragen zu langsam, wechseln wir den Anbieter. Im Internet ist der schnelle Klick die gültige Währung, Politik erscheint demgegenüber träge und langsam. Schnelligkeit ist aber kein Ausweis von Demokratiesteigerung, ihr wohnt die große Gefahr der Oberflächlichkeit und Flüchtigkeit inne. Zugleich privilegieren komplexe Netzangebote wie der Online-Bürgerhaushalt „zeitreiche“ Bürger und diejenigen, die auch am Arbeitsplatz ständigen Zugriff auf das Internet haben. Berufsgruppen wie Industriearbeiter, Verkäuferinnen, Busfahrer oder Krankenschwestern werden demgegenüber diskriminiert. Ein Selbstversuch hat ergeben, dass für die seriöse Nutzung von Online-Bürgerhaushalten, d.h. die Lektüre der dort angebotenen Informationen, überall mindestens eine Stunde erforderlich ist. Dabei ist die Zeit nicht eingerechnet, um die angebotenen – aber ihrerseits keineswegs objektiven, sondern häufig interessengeleiteten – Verwaltungsinformationen zu überprüfen.

4. Bürgerskepsis gegenüber Internetverfahren

Im Juni 2011 hat eine repräsentative Umfrage der Bertelsmann-Stiftung ergeben, dass 94 Prozent (!) der Bundesbürger in Wahlen die beste Form der politischen Beteiligung sehen. 39 Prozent der Bundesbürger gaben sogar ausdrücklich an, sie wollten sich über Wahlen hinaus nicht am politischen Prozess beteiligen zu wollen.

Abstimmungen im Internet wurden von 54 Prozent der Befragten ausdrücklich abgelehnt. Während 64 Prozent schon einmal an einer Bürgerversammlung teilgenommen haben oder sich das vorstellen können und immerhin 54 Prozent auch Leserbriefe für sich für möglich halten, stehen nur 39 Prozent elektronischen Petitionen und nur 32 Prozent Internet-Blogs

prinzipiell positiv gegenüber. Die Bertelsmann-Stiftung fasst die Ergebnisse so zusammen: „Möglicherweise in der öffentlichen Diskussion bislang überschätzt werden dagegen die neuen Formen der Meinungsbildung und Bürgerbeteiligung über das Internet. Offensichtlich sind diese Formen der Beteiligungsmöglichkeit nur für eine qualifizierte Minderheit begehrt.“

Zu ganz ähnlichen Ergebnissen kommt eine im Februar 2012 vorgelegte repräsentative Untersuchung von Infratest-dimap: Danach meinen zwar 80 Prozent, dass im Internet Menschen zu Wort kommen, die sich ansonsten an der Politik nicht beteiligen würden und noch 56 Prozent finden, das Internet schaffe mehr Offenheit. Aber umgekehrt sagen auch 42 Prozent der Befragten, die Vielfalt der Meinungen im Internet mache die eigene Meinungsbildung schwerer. Während beispielsweise nur 3 Prozent der Befragten die Teilnahme an einer Bürgerversammlung prinzipiell ablehnen, schließen es 24 Prozent grundsätzlich aus, sich an Internetforen zu beteiligen.

5. Hohe Manipulationsgefahren bei Online-Bürgerhaushalten

Zu Teilnahme an Online-Bürgerhaushalten genügt es, sich mit einer E-Mail-Adresse zu registrieren. Weder wird überprüft, ob es sich dabei um einen Bürger der betroffenen Kommune handelt, noch wird sichergestellt, dass sich nicht die gleiche Person mit mehreren verschiedenen E-Mail-Adressen mehrfach beteiligt.

Im Zwischenbericht vom März 2011 zum Bonner Online-Bürgerhaushalt wird eingeräumt, dass 30 Prozent der Teilnehmer angegeben haben, entweder nicht in Bonn zu wohnen (1705) oder keine Angaben zum Wohnort gemacht haben (1.871). In Köln gab 2009 ein Drittel keinen Wohnort an, weitere sieben Prozent vermerkten ausdrücklich, dass sie nicht aus Köln kommen. Aus den bisherigen Erfahrungen kann man schließen, dass bis zu einem Drittel der eingetragenen Registrierungen aus Mehrfachabstimmungen bzw. von Ortsfremden kommen

Außerdem bevorzugt das Internetverfahren gut organisierte Interessengruppen: ein erheblicher Teil der Teilnehmer bei „Bonn packts an“ ist 2011 und 2012 wurde von großen Bonner Vereinen aus den Bereichen Soziales, Sport, Kultur und Karneval durch gezielte e-mail-Aktionen in ihrer Mitgliedschaft mobilisiert. In Gütersloh stellte sich 2011 heraus, dass es der Vorschlag zur Einrichtung einer Berufsfeuerwehr nur durch gezielte Mobilisierung von freiwilligen Feuerwehren aus dem Umland auf Platz 1 geschafft hat.

6. Minimale Beteiligung bei Online-Bürgerhaushalten

Aber selbst wenn man diese Probleme ignoriert und hinter jeder registrierten e-mail-Adresse einen ortsansässigen Bürger vermutet sowie Mehrfachregistrierungen ignoriert, ist die Beteiligung bei Online-Bürgerhaushalten vernichtend gering. Die Zahl der registrierten e-mail-Adressen betrug bezogen auf die Zahl der Wahlberechtigten in

Bonn 2012: 0,7 Prozent Frankfurt 2011: 0,7 Prozent Köln 2011: 0,9 Prozent Essen 2010: 0,8 Prozent Freiburg 2008: 0,8 Prozent Aachen 2011: 0,9 Prozent Köln 2009: 1,2 Prozent Gütersloh 2010: 2,1 Prozent Solingen 2010: 2,8 Prozent Bonn 2011: 4,7 Prozent Die formal angebotene alternative Teilnahme am Verfahren bei Post oder Telefonanruf bzw. einem PC in städtischen Gebäuden innerhalb der dortigen Öffnungszeiten wird praktisch nicht wahrgenommen. Sie setzt zudem die Kenntnis der im Netz veröffentlichten Informationen voraus.

Im übrigen stimmen keineswegs alle registrierten Nutzer bei allen Haushaltsvorschläge ab. So erreichen die Unterstützungs- oder Ablehnungsvoten für einzelne Sparvorschläge ein im Verhältnis zu Zahl der Wahlberechtigten nicht mehr messbares Niveau. In Bonn kam 2012 der am meisten unterstützte Vorschlag unter Einschluss von Mehrfachabstimmungen und Ortsfremden auf nur 300 Stimmen, in Köln 2011 waren es 1046 Stimmen. Berücksichtigt man, dass das Internet-Abstimmungsverfahren vier Wochen lang rund um die

Uhr, ortsunabhängig und ohne Alterskontrolle angeboten wurde, fällt diese kaum messbare Beteiligung besonders auf.

Gelegentlich wird angeführt, trotz niedriger Beteiligung sei es mit keinem anderen Instrument gelungen, so viele Bürger zum städtischen Haushalt zu erreichen. Dabei werden die Besucherzahlen bei städtischen Informationsveranstaltungen mit der Internetbeteiligung verglichen. Dies blendet den Großteil vorhandener Bürgerbeteiligung über Vereine, Bürgerinitiativen und Parteien aus. So stehen den in Köln 2011 registrierten 7.2000 e-mail Adressen alleine mehr als doppelt so viele Mitglieder der Kölner Ratsparteien gegenüber. In Bonn wurden 2012 insgesamt 1.740 e-mail- Adressen registriert. Die Bonner Parteien haben mehr als 10.000 Mitglieder, in 280 Sportvereinen sind über 70.000, in 25 Kulturvereinen ca. 25.000 Bürger organisiert und in der Bonner Stadtverwaltung arbeiten ca. 5.000 von Sparvorschlägen teilweise unmittelbar betroffene Mitarbeiter, die auch am Arbeitsplatz am Online-Verfahren teilnehmen konnten. Selbst die Zahl der ehrenamtlichen kommunalen Mandatsträger lag höher als die Voten bei allen abgestimmten Sparvorschlägen.

7. Statt unabhängiger Auswertung problematische Interessenskonflikte

Abgesehen von einer Evaluierung des Kölner Bürgerhaushaltes 2010 durch die Universität Bielefeld gibt es leider keine unabhängige wissenschaftliche Begleitung oder Auswertung von Online- Bürgerhaushalten. Dies ist umso problematischer als in vielen Fällen von den Kommunen die immer gleiche Firma „Zebralog“ mit der Durchführung beauftragt wird. Sie verfasst auch die jeweiligen Berichte über das eigene Verfahren.

Bedauerlich ist, dass auch die Bundeszentrale für politische Bildung bei ihrer gemeinsam mit der „Servicestelle Kommunen in der Einen Welt“ angebotenen Homepage www.buergerhaushalt.org von diesen

Interessenkonflikten betroffen ist. Der Redaktionsleiter dieses aus Steuergeldern finanzierten staatlichen Informationsangebotes ist bezeichnenderweise zugleich geschäftsführender Gesellschafter der Firma Zebralog, die ein kommerzielles Interesse an dem Verfahren hat. Es verwundert deshalb nicht, dass auf dieser Website eine fast ausschließlich positive Kommentierung von Online-Bürgerhaushalten dominiert und z.B. eine kritische Betrachtung der tatsächlichen Beteiligung der Bürger und der Manipulationsmöglichkeiten praktisch ausgeblendet bleibt.

Fazit:

Es spricht viel dafür, das Internet auch bei kommunalen Fragen als zusätzliche Informations- und Diskussionsplattform anzubieten. Dabei muss freilich immer bewusst bleiben, dass so nur ein kleiner, nicht repräsentativer Teil der Bevölkerung angesprochen wird. Abstimmungen im Internet aber sind das Gegenteil von demokratischer Bürgerbeteiligung, denn sie privilegieren eine kleine Internet-Eliten auf Kosten der großen Mehrheit der Bürger. Auch wenn die abschließende Entscheidungsbefugnis beim Rat liegt, vermitteln solche Internet-Abstimmungen eine pseudo-demokratische Legitimität, deren Eigendynamik sich gewählte Mandatsträger eher nicht entziehen (können). Überzeugende Vorschläge aus der Bürgerschaft bedürfen keiner manipulativen Abstimmungsprozeduren im Internet. Sie wirken durch ihre inhaltliche Plausibilität und solide argumentative Begründung.

Weitere Informationen:

Stephan Eisel, Internet und Demokratie, Freiburg 2011 sowie im Blog:

Internetunddemokratie.wordpress.com

Thesepapier von Dr. Anke Knopp, Sprecherin der Bürgerinitiative „Demokratie wagen!“ in der Stadt Gütersloh

„Learnings“ aus dem Bürgerhaushalt in der Stadt Gütersloh Thesen zur E-Partizipation

Das Instrument Bürgerhaushalt ist eine Sache, das Verfahren ist eine andere

Das Instrumentarium für die Durchführung eines Bürgerhaushaltes ist relativ standardisiert und allgemein zugänglich, in der Regel handelt es sich um ein online-Technik-Tool. Erst die inhaltliche Ausgestaltung in der jeweiligen Kommune macht das Instrument zu einem passgenauen für die jeweilige Stadt, die ein solches Instrument einsetzen möchte. Es kommt daher auf die politischen Vorgaben an, die zur Umsetzung verabschiedet werden. Hier ist große Sorgfalt geboten, denn die Details des Verfahrens können zum Gelingen oder Scheitern maßgeblich beitragen, wie etwa die Länge und der Zeitpunkt des Online-Verfahrens, die Art der Rechenschaftslegung, die Modi der Anmeldung der Nutzer etc. Jeder Bürgerhaushalt ist daher besonders, jede Kommune anders.

Drei Phasen: Transparenz, Beteiligung, Rechenschaft

Die drei Phasen sind Grundlage für die Durchführung eines Bürgerhaushaltes: Transparenz muss von Beginn an vorhanden sein, d.h. das Verfahren muss bekannt sein, die Kriterien für das Gelingen sind vorab zwischen Politik, Verwaltung und Bürgerschaft verabredet. Die Beteiligung muss allen offen stehen, die Quote der Beteiligung sollte dabei nicht einziges Kriterium sein. Die Rechenschaftsphase durch die Politik ist ein wesentlicher Bestandteil des Gelingens, nur so erkennen die Bürger am Ende, was mit ihren Vorschlägen passiert ist, wie diese umgesetzt oder auch nicht umgesetzt wurden. Eine politische Erklärung ist unumgänglich und Fundament eines Bürgerhaushaltes.

Bürgervorschläge sind deutlich politisch, nicht nur sparen

Bestand zu Beginn des Bürgerhaushaltes die unausgesprochene Annahme, die Bürgerschaft würde nur Sparvorschläge einreichen, war das Ergebnis erstaunlich: Aufgrund des sehr offen gehaltenen Vorschlagswesens (Sparvorschläge, Bewertungen, Kommentierungen und Prioritätensetzung von Ausgaben waren möglich) zeigte sich ein großer Anteil der eingebrachten Bürgervorschläge eher als politische Anregung von Themen, die bis dahin politisch brachlagen oder aber politisch bisher explizit gemieden wurden.

Echte Rückkopplung der Bürgerschaft an Politik

Anknüpfend an den Punkt oben zeigt sich in dieser Bürger-Setzung von politischen Themen auf die Tagesordnung der Politik eine deutliche Rückmeldung der Bürgerschaft an ihre politischen Vertreter. Dergestalt, dass die Bürgerschaft den Finger auf die Themen legt, die ihnen wichtig für das Fortkommen und die Entwicklung in der Stadt sind. Und sei es die Klärung der Frage nach einer Berufs- oder Freiwilligenfeuerwehr.

Verwaltung ist mächtig!

Die Politik entscheidet darüber, ob ein Bürgerhaushalt eingerichtet wird – oder nicht. Die Politik entscheidet auch über die Vorschläge aus der Bürgerschaft. Die Verwaltung allerdings ist in ihrem Wirken nicht zu unterschätzen. Der Wissensvorsprung und der Alltagsumgang mit Prozessen und Haushaltsfragen sind enorme Kräfte, die auf ein solches Verfahren wie einen Bürgerhaushalt subkutan einwirken können.

Kreativitätssteigerung der Lösungen

Befragt man Parteien nach Lösungen für kommunale Probleme, erhält man oft parteipolitische Strategien. Befragt man Verwaltungen nach Lösungen, erhält man oft bürokratisch gedeckte Lösungen. Befragt man die Bürgerschaft, erhält man oft pragmatische und kommunalspezifisch passgenaue Lösungen der Vielen. Dieses Mixtum der Lösungen ist ein Mehrwert für eine Kommune, da sie alle Blickrichtungen berücksichtigt

und so mehr Kreativität entstehen kann. In Folge ist die Akzeptanz von Lösungen eine fundiertere.

Beteiligungsquote als Messlatte reicht nicht

Legt man lediglich die Quote der Beteiligungen als Messlatte für den Erfolg oder Misserfolg zugrunde, greift dieser Ansatz zu kurz. Die Komplexität von Bürgerhaushaltsverfahren wird damit ausgeblendet.

Zusätzliche Erfolgskriterien sollten daher bereits im Vorfeld politisch diskutiert und nachvollziehbar festgelegt werden, wie etwa: Kosten für das Verfahren, Innovation, Mobilisierung der Bürgerschaft, Transparenz, Verbindlichkeit der Vorschläge, Nutzerfreundlichkeit, Qualität der Beiträge, Akzeptanz, Erhöhung der Demokratieeinstellung, Nachhaltigkeit, Effizienz und Zufriedenheit

Kommunen bieten breites Spektrum an Partizipationsmöglichkeiten

Kommunen sind der Lebensraum, in dem die Menschen den größten Gestaltungsspielraum für ihr direktes Umfeld haben. Bürger sind Experten, denn sie leben jeden Tag in einer Kommune und kennen die Probleme und Notwendigkeiten für Veränderungen. Das Spektrum für Partizipationsmöglichkeiten ist sehr breit und umfasst alle Lebensbereiche von Schule bis zur Gesundheit.

Bürgerhaushalt hat Bewegung erzeugt

Bislang galt das Haushaltsrecht als Königsdisziplin einiger Weniger. Der Haushalt war in gedruckter Form nur für einen kleinen Kreis einsehbar. Der onlinegestützte Bürgerhaushalt hat hier Bewegung erzeugt, denn nie zuvor waren die Daten so erklärt und offen abrufbar. Durch diese Möglichkeit der Beteiligung haben sich Verwaltung und Politik ein Stück weit wieder auf den Bürger zubewegt. Außerdem hat das Erlernen neuer Rollen Bewegung erzeugt, da der Pfad der traditionellen Politikgestaltung ein Stück weit verlassen werden musste.

Bürgerbeteiligung ist sprachlich fest verankert

Seit der Einführung des Bürgerhaushaltes, der auf Druck der Finanzkrise und auf Druck der „Straße“ nach mehr Beteiligung insbesondere vor der anstehenden Kommunalwahl in NRW 2009 eingeführt wurde, ist der Begriff „Bürgerbeteiligung“ fest im politischen Sprachgebrauch der Stadt verankert. Die Welle der Beteiligungskultur ist damit auch in der Mittelstadt angekommen und hinterlässt zumindest in den Reden und den Presseartikeln deutliche Spuren. Immer mehr Bürger-Bewegungen tauchen auf und formieren sich, wenn auch in Partikularinteressen unterwegs, so doch deutlich artikulationsfähig.

Internet hat den Bürgern eine Stimme gegeben

Das Online-Verfahren verschafft mehrere Möglichkeiten: durch die Einstellung der Daten und Fakten kann es Transparenz schaffen, durch die erweiterte Information kann sich der Bürger besser über die Sachverhalte informieren. Diese Grundlage versetzt die Bürgerschaft in die Lage, sich zu positionieren, sich mit eigener Stimme einzubringen, sich zu beteiligen. Das Internet hat den Bürgern eine Stimme gegeben.

Politik hat Respekt und lernt (Versuch)

Die gewählten Vertreter in den Räten erkennen, dass sich der Bürger einbringen und einmischen möchte. Sie zeigen auch Respekt vor den Vorschlägen und Politik lernt, mit der neuen Rolle umzugehen, mehr Beteiligung zuzulassen. Dieser Ansatz ist unterschiedlich gut ausgeprägt.

Etablieren dauert und muss erlernt werden

Es gibt keine Erfolge der Beteiligung auf Dauer und schon gar keine schnellen Erfolge. Beteiligung ist ein langfristig einzuübendes Verfahren, mal mit positiven mal mit weniger positiven Ergebnissen. Die neuen Formen müssen etabliert werden, der Umgang damit muss erlernt werden, dies gilt für alle Beteiligten.

Bürgerhaushalt hat Demokratie bereichert

Die neuen Möglichkeiten des Internets (Transparenz, Information, Teilhabe von zu Hause aus, Erreichbarkeit

etc.) gepaart mit der Expertise der Bürgerschaft im täglichen Umgang mit Veränderung in der eigenen Kommune haben die Demokratie um einen Baustein der direkten Demokratie bereichert.

E-Partizipation schafft Augenhöhe für Trias: Bürger, Verwaltung, Politik und verändert die politische Kultur

E-Partizipation ist Teil des „großen Netzes“. Mit dem achtsamen Bewusstsein im Umgang damit wird das Internet zu einer unerschöpflichen Quelle von Informationen – die Grundlage für jede Form von Partizipation. Es ist also Zeit, hier ein Mehr an Transparenz herzustellen; die Gehversuche zu E-Governmentverfahren sind ein richtiger Weg, den aber noch nicht alle gehen (wollen). Der Zugang zu Informationen und die daraus resultierende Lust an Teilhabe und Gestaltung aber werden auf lange Sicht die politische Kultur weiter verändern und Augenhöhe schaffen zwischen Bürgern, Verwaltung und Politik. Die Möglichkeit der Beteiligung oder Einbringung besteht regelmäßiger als lediglich zu Wahlzeiten ein Kreuz auf einem Wahlzettel mit „MandatsträgerRanking“ zu machen und zu delegieren und wird daher unkalkulierbar in seinem Auftreten und seiner Wirkung sein. Es belebt den Diskurs, es belebt den Dialog.

E-Partizipation ist fest in Deutschland etabliert

Spätestens seit selbst die Bundeskanzlerin einen Online-Dialog mit dem „Volk“ geführt hat, ist auch in die online-fernen Schichten vorgedrungen, dass E-Partizipation in Deutschland zum festen Standard geworden ist. Der Prozess steht allerdings erst am Anfang, denn online-Verfahren müssen erst flächendeckend installiert werden, der Umgang damit muss eingeübt werden, ist aber angesichts der netzaffinen nächsten Generation kaum mehr umkehrbar. Hier wurden bereits Fakten geschaffen. Daher gilt es auch, den Bürgerhaushalt weiter zu entwickeln, um mögliche Defizite aufzuarbeiten und Online-Verfahren für Haushaltsberatungen noch zu verbessern.

Thesepapier (Entwurf) von PD Dr. Josef Wehner, Universität Bielefeld

12. Bundeskongress Politische Bildung „Zeitalter der Partizipation“

1. Die Veranstalter der Konferenz fragen, ob von „Bürgerhaushalten demokratische Innovationsimpulse ausgehen“. Eine Antwort auf diese Frage sollte folgende Beobachtungen berücksichtigen:
2. Zunächst einmal wäre zu klären, was unter Partizipation bzw. elektronischer Partizipation überhaupt zu verstehen ist. Mein Vorschlag: Mit Partizipation ließen sich Neuverhandlungen der Regelungen zur Einbeziehung der Bürger in das politische Geschehen verstehen. Mit E-Partizipation könnte dann gemeint sein, dass die neuen Medien neue Regelungen dieser Einbeziehung nachhaltig unterstützen. Verfahren wie die Online-Bürgerhaushalte ließen sich als Zwischenresultate solcher Verhandlungen verstehen.
3. An diesen Verhandlungen sind verschiedene Akteure mit unterschiedlichen Sprachen, politischen Erwartungen, Zeithorizonten, Interessen, Ressourcen, Zielsetzungen beteiligt. Sie alle müssen sich auf Erfolgsindikatoren der Beteiligungsverfahren verständigen (was wollen die Beteiligten erreichen?; z.B. hohe Beteiligungszahlen, Reichweite), auf Erfolgsfaktoren (Voraussetzungen, die erfüllt sein müssen, damit bei den Kriterien gut abgeschnitten wird: z.B. Relevanz des Thema, Integration in behördliche Abläufe), auf Abläufe, wie diese Festlegungen erreicht werden sollen (frühe oder späte Einbeziehung der Bürger in die Planung). Verfahren wie Bürgerhaushalte bilden deshalb außerordentlich komplexe Verfahren.
4. Bisherige Verfahrenskonzepte – auch die Bürgerhaushalte – stellen nicht zuletzt aufgrund der Verschiedenheit der Beteiligten wie auch der teilweise

konfligierenden Anforderungen (Inklusivität vs. Relevante Lösungen) Kompromisslösungen dar. Ihre Durchführung wie auch ihre Ergebnisse sind nicht eindeutig. Das hat u.a. damit zu tun, dass es gegenwärtig keine Einigung über die Erfolgskriterien gibt, es fehlen geteilte Bewertungsmaßstäbe (Soll man es gut finden, dass sich 10.000 beteiligen, weil sich bislang niemand für das Thema interessierte? Soll man es gut oder schlecht finden, dass sich vor allem Organisierte die Beteiligungsangebote annehmen?). Pro- wie Contra- Positionen können gute Gründe für sich in Anspruch nehmen. Schließlich fehlen Standardisierungen in methodischer und technischer Hinsicht, die Vergleiche zwischen den Verfahren ermöglichen würden. All dies macht die Bewertung der Verfahren in Hinblick auf die von den Veranstaltern gestellte Frage nicht einfacher (das zeigt auch die bisher einzige ernst zunehmende Evaluierung eines Bürgerhaushalts).

5. Es ist deshalb auch relativ einfach, viele der gegenwärtig beobachtbaren Versuche, die neuen Medien für Zwecke der Bürgerbeteiligung zu nutzen, als undemokratisch abzuqualifizieren. Ich möchte mich dem jedoch nicht anschließen, weil in dieser Disqualifizierung etwas, wie ich finde, Entscheidendes übersehen wird: a) dass Planung, Durchführung und Auswertung der Verfahren sind weitgehend einsehbar und öffentlich sind; ihre technischen, methodischen und konzeptionellen Unzulänglichkeiten sich nicht verstecken lassen, von interessierten Beobachtern (Teilnehmern, Medien, professionellen Kritikern) aufgegriffen und diskutiert werden können; b) dass jedes Verfahren sich mit anderen Verfahren vergleichen lassen muss, in einem Wettbewerb mit anderen Verfahren steht, damit auch unter Legitimations- und Verbesserungsdruck steht; c) dass über diesen Wettbewerb sich eine interessierte Öffentlichkeit erhebt (auch mit Hilfe der neuen Medien), in der die Verfahren mit ihren Chancen wie Risiken (Enttäuschungsfälle) debattiert werden, in der die bereits bestehenden Verfahren (etwa im kommunalpolitischen Umfeld) ins Blickfeld geraten,

Schwächen und Vorzüge in die öffentliche Debatte zurückgeholt werden; in der letztlich auch die Frage nach dem Verhältnis von Staat und Bürgerschaft wieder aufgegriffen wird.

6. Solche Entwicklungen erlauben es, in der E-Partizipation-(Reform-)Bewegung einen Beitrag zur Förderung unserer demokratischen Kultur zu erkennen.

Programm

Podiumsdiskussion am 22. Mai 2012

14:30 Uhr Referate der Podiumsteilnehmer:
MinDir'n Beate Lohmann, Bundesministerium des Innern
Dr. Anke Knopp, BürgerInneninitiative „Demokratie wagen!“
Jürgen Behrendt, Stadt Köln, E-Government und Online-Dienste
Dr. Stephan Eisel, Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin

Anschl. Podiumsdiskussion

Ca.17:30 Ende der Veranstaltung

Workshop am 23. Mai 2012

Ab 9:00 Eintreffen der Teilnehmenden
09:15 Uhr Begrüßung und Erläuterungen zum Ablauf des Workshops
09:30 Uhr Arbeit in drei Arbeitsgruppen

AG1: Führen budgetorientierte Bürgerhaushalte zu einer größeren Effektivität und höheren Beteiligungszahlen?

Referenten: Toni Loosen-Bach, Stadt Trier; Ralf-Peter Hennig, Stadt Bernau

AG2: Wie kann man Bürgerhaushalte institutionalisieren? Welche Entwicklungen lassen sich nach mehrfacher Durchführung von Bürgerhaushalten beobachten?

Referenten: Ernst- Ulrich Reich, Berlin-Lichtenberg; Heinrich Klausgrete, Hilden

AG3: Wie ist die Entwicklung der Bürgerhaushalte in anderen Ländern insb. in Lateinamerika? Wie werden Bürgerhaushalte dort institutionalisiert? Was sind die Rolle und Aufgabe von internationalen Netzwerken zu Bürgerhaushalten?

Referenten: Dr. Giovanni Allegretti, Center for Social Studies, University of Coimbra, Portugal; Mr. Carles Agustí, Ms Laia Vilademunt, International Observatory for Participatory Democracy, IOPD

11:00 Uhr Kaffeepause
11:15 Uhr Diskussion der Themen der Arbeitsgruppen in einem World Café
12:30 Uhr Präsentation der Ergebnisse der Diskussionen
13:15 Uhr Ziele und Themen des nächsten Netzwerktreffens

Ca. 13:30 Ende der Veranstaltung

Liste der Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Netzwerktreffens

	Nachname	Titel	Vorname	Institution
1	Agustí		Carles	Stadt Barcelona
2	Alenitskaya		Svetlana	Bundeszentrale für politische Bildung
3	Allegretti	Dr.	Giovanni	Universität Coimbra
4	Baumann		Frank	Büro Blau, Moderation
5	Behrendt		Jürgen	Stadt Köln, Kämmerei
6	Bruch		Hans-Joachim	Gemeinderat Pforzheim
7	Brunkhorst		Joachim	DVPB SH
8	Burwitz		Martin	MehrDemokratie e.V.
9	Busch		Uta	Büro Blau, Protokoll
10	Busse		Stefan	IGK Halle Tokyo
11	Cieslak		Juliane	Büro Blau, Protokoll
12	Eisel	Dr.	Stephan	Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin
13	Englert		Martina	Dolmetscherin
14	Friemel		Uwe	Stadt Salzgitter
15	Fuhrmann		Tobias	Fernuniversität Hagen
16	Gallhoff		Margarete	BürgerMitWirkung Leipzig
17	Gröber		Silvia	Bezirksamt Lichtenberg
18	Hänsler		Volker	Stadt Osnabrück
19	Hennig		Ralf-Peter	Bernau
20	Herzberg	Dr.	Carsten	Universität Potsdam
21	Hipler		Michael	Stadt Osnabrück
22	Jonas		Nils	ZebraLog GmbH & Co. KG
23	Karzel		Ruth	Büro Blau, Protokoll
24	Kersting	Prof.Dr.	Norbert	Universität Münster
25	Klausgrete		Heinrich	Stadt Hilden
26	Knopp	Dr.	Anke	BürgerInneninitiative „Demokratie wagen!“
27	Kobler		Jens	ecce
28	Kreisel		Katrin	BA Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin
29	Kreuter		Gertrud	3.Welt-Forum in Hannover
30	Kreutz		Tanja	Stadt Köln, Kämmerei
31	Landfermann		Hanna	SKEW
32	Lankenau		Ingrid	Büro Blau, Moderation
33	Lengert		Lilia	Bezirksamt Lichtenberg
34	Liebscher		Lutz	Stadtrat Jena
35	Lohmann		Beate	Bundesministerium des Innern

Liste der Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Netzwerktreffens - Fortsetzung

	Nachname	Titel	Vorname	Institution
36	Loosen-Bach		Toni	Stadt Trier
37	Lösch		Tatjana	Stadtverwaltung Worms
38	Ludwig		Stig	Stadt Weimar
39	Märker	Dr.	Oliver	Zebralog GmbH & Co. KG
40	Maurer		Michaela	KGST
41	Neunecker		Martina	Goethe Universität Frankfurt/Main
42	Oesterreich		Jürgen	Agenda 21 Ratingen
43	Ortmann		Thomas	Senatskanzlei Berlin
44	Reich		Ernst-Ulrich	Bezirksamt Lichtenberg
45	Reinhart		Martin	Stadt Kiel
46	Ropertz		Manfred	Stadt Köln, Kämmerei
47	Rosza		Natalia	Dolmetscherin
48	Ruesch		Michelle	Zebralog GmbH & Co. KG
49	Schneider	Dr.	Heinrich	Arbeitskreis Stuttgarter Bürgerhaushalt
50	Schneider		Sandra	Büro Blau, Moderation
51	Schudrowitz		Inka	Stadt Salzgitter
52	Thieme		Mario	Fotografie
53	Vilademunt		Laia	IOPD, Barcelona
54	Vogelsang		Lars	Dokumentation
55	Vorwerk		Volker	buergerwissen
56	Wagner		Mandy	SKEW
57	Weise		Katharina	Rosa-Luxemburg-Stiftung
58	Widmaier		Christa	Freiberufl.Consultant, Trainerin
59	Wilbertz		Peter	Rat der Stadt Rösraht

Abkürzungsverzeichnis

AG	Arbeitsgruppe
bcc	Berliner Congress Center
BMI	Bundesministerium des Innern
bpb	Bundeszentrale für politische Bildung
CES	Centre for Social Studies
gGmbH	gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung
IOPD	International Observatory on Participatory Democracy (Internationales Netzwerk zur Beobachtung partizipativer Demokratie)
IT	Informationstechnik
NRW	Nordrhein-Westfalen
ÖPNV	öffentlicher Personennahverkehr
PD	Privatdozent
PhD	Doktor der Philosophie (philosophiae doctor)
SKEW	Servicestelle Kommunen in der Einen Welt
SVV	Stadtverordnetenversammlung
URBACT	Europäisches Austausch- und Lernprogramm zur Förderung nachhaltiger Stadtentwicklung (urban = städtisch, to act = handeln)
WWU	Westfälische Wilhelms-Universität

Publikationen der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt

Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt stellt ihre sämtlichen Publikationen und Informationsmaterialien zum kostenfreien Bestellen (sofern noch nicht vergriffen) oder als Download auf ihrer Homepage unter www.service-eine-welt.de für Sie bereit.

Hier finden Sie Verweise auf ausgewählte aktuelle Publikationen.

Dialog Global-Schriftenreihe der Servicestelle:

- Nr. 27: Gutachten zu Migration und kommunaler Entwicklungspolitik 2012. Bonn, Februar 2012
- Nr. 26: Hauptstadt des Fairen Handels 2011. Dokumentation. Bonn, Dezember 2011
- Nr. 25: Vom Süden lernen: Bürgerhaushalte weltweit – eine Einladung zur globalen Kooperation, Studie, Bonn, Dezember 2010
- Nr. 24: Internationaler Kongress zu Modellen des Bürgerhaushalts. Berlin 2010. Dokumentation. Bonn, November 2010
- Nr. 23: Fair Handeln in Kommunen. Ein Praxisleitfaden. Bonn, November 2010.
- Nr. 22: Migration und Entwicklung auf lokaler Ebene - Ein Praxisleitfaden. Bonn, November 2010.

Material-Schriftenreihe der Servicestelle:

- Nr. 56 Achstes bundesweites Netzwerktreffen Bürgerhaushalt. Dokumentation vom 22./23. Mai 2012. Bonn, September 2012
- Nr. 55 Zweites Netzwerktreffen Deutscher Kommunen mit Partnerschaften in Nordafrika – Dokumentation. Bonn, August 2012.
- Nr. 54 International Kick-off Workshop „50 Municipal Climate Partnerships by 2015“, 14th-16th November 2011 - Dokumentation. Bonn, May 2012. [English]
- Nr. 53 Zweites bundesweites Netzwerktreffen Migration und Entwicklung – Dokumentation.

Bonn, August 2012.

- Nr. 52: Erstes Netzwerktreffen WM Brasilien - Deutschland 2006/2011: Partner für Nachhaltige Stadtentwicklung 5.- 6. Dezember 2011, Bad Breisig
- Nr. 51: Kommunale Dreieckspartnerschaften Erfahrungsbericht und Praxisleitfaden
- Nr. 50: Erstes Netzwerktreffen Deutscher Kommunen mit Partnerschaften in Nordafrika, Februar 2012.
- Nr. 24: Faires Beschaffungswesen in Kommunen und die Kernarbeitsnormen. Rechtswissenschaftliches Gutachten. Revidierte Neuauflage 2011.

Sonstige Publikationen der Servicestelle:

- Unsere Strategie. Bonn 2010.
- Über Uns. Kurzprofil der Servicestelle, Bonn 2011. [Deutsch, Englisch, Französisch]
- Herausforderung Klimawandel. 11. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen. Bonn 2009.
- Erklärung von München. Schlusserklärung der 11. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen. Verabschiedet München, Juni 2009 (Deutsch/Englisch/Französisch)
- Studie: Kommunale Entwicklungspolitik in Deutschland. Studie zum entwicklungspolitischen Engagement deutscher Städte, Gemeinden und Landkreise. In Kooperation mit dem Deutschen Institut für Entwicklungspolitik. Bonn, 2009.

Alle Informationen, Termine, Aktivitäten, Tipps und Hintergrundberichte aktuell in den monatlichen *****Eine-Welt-Nachrichten***** der Servicestelle. Kostenfrei! Bestellformular auf unserer Homepage unter www.service-eine-welt.de.

SERVICESTELLE

KOMMUNEN IN DER EINEN WELT

Engagement Global gGmbH,
Service für Entwicklungsinitiativen
Servicestelle Kommunen in der Einen Welt
Tulpenfeld 7, 53113 Bonn • 0228/20717-0

Eine Welt beginnt vor Ort

Das Leben der Menschen in unserer Einen Welt ist in vielfältiger Weise miteinander verbunden. Voneinander lernen, miteinander Lösungen suchen, gemeinsame Wege gehen – das sind die Erfordernisse unserer Zeit, um global nachhaltige Entwicklung zu fördern. Ihre Entscheidungen und Ihr Engagement als Kommune wirken sich auch auf das Leben anderenorts aus. Ihre gesellschaftliche, ökologische und wirtschaftliche Zukunft wird durch Ihr entwicklungspolitisches Engagement vielfältiger, ideenreicher und erfolgreicher.

Sie wollen Schritt halten mit den globalen Herausforderungen und gleichzeitig zur Entwicklung lebenswerter Bedingungen auch in anderen Teilen der Welt beitragen? Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt steht Ihnen als Partner zu allen Fragen kommunaler Entwicklungspolitik zur Seite. Wir stehen für Erfahrung, Kompetenz, erfolgreiche Projekte, nachhaltige Ergebnisse und umfangreiche Informationen.

Schärfen Sie das internationale Profil Ihrer Kommune. Erwerben Sie interkulturelle Kompetenz. Engagieren Sie sich.

Wir sind

als Teil der Engagement Global gGmbH:

- Kompetenzzentrum und Serviceeinrichtung für entwicklungspolitisch interessierte Kommunen in Deutschland,
- Partner für kommunale Entwicklungspolitik zur Erreichung internationaler Entwicklungsziele und einer nachhaltigen und partizipativen Stadtentwicklung – hier und bei den Partner im Süden,
- Förderer des Austausches von internationalem Know-how mit Kommunalexperten in Entwicklungs- und Schwellenländern,
- Experten für die Qualifizierung von kommunalen Projekt- und Städtepartnerschaften,
- Berater für wirkungsvolle Informations- und Bildungsarbeit deutscher Kommunen.

Wir arbeiten

im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung an kommunalen Zukunftsthemen:

- Deshalb helfen wir kommunale Partnerschaften mit Entwicklungs- und Schwellenländern auf- und auszubauen, aktuell mit den Schwerpunkten: Klima, Bürgerhaushalt, nachhaltige Stadtentwicklung.
- Deshalb unterstützen wir die Vernetzung von Migration und Entwicklung auf lokaler Ebene und stärken kommunale Entwicklungspolitik durch die Einbeziehung von Migrantinnen und Migranten.
- Deshalb fördern wir ein Faires Beschaffungswesen als kommunalen Beitrag zur Ausweitung des Fairen Handels.

Wir bieten

- Veranstaltungen wie Workshops, Tagungen und Konferenzen die Betreuung und Unterstützung themenbezogener Netzwerke,
- den Wettbewerb „Hauptstadt des fairen Handels“,
- persönliche, kostenlose Beratung, auch bei Ihnen vor Ort,
- einen Online-Finanzierungsratgeber,
- umfangreiche Publikationsreihen, Studien und Recherchen zu aktuellen Themen der entwicklungspolitisch relevanten kommunalen Handlungsfelder, eine umfangreiche Homepage www.service-eine-welt.de und Internetportale, beispielsweise www.buergerhaushalt.org,
- den monatlichen Newsletter „Eine Welt Nachrichten“,
- Beratung für Kommunen zu den Angeboten der Engagement Global gGmbH.

Sie haben Ideen? Wir helfen Ihnen, diese umzusetzen.

Sie suchen Lösungen? Wir finden mit Ihnen partnerschaftlich das Ziel.

Kommunales entwicklungspolitisches Engagement heißt verantwortungsbewusst und nachhaltig die Zukunft in der Einen Welt zu gestalten. Seien Sie dabei!



EINE WELT.
ONE WORLD.
UN SEUL MONDE.
BONN.

 Rat für
NACHHALTIGE
Entwicklung

Deutscher
Städtetag

 Deutscher
Städte- und Gemeindebund

 DEUTSCHER
LANDKREISTAG

 Rat der Gemeinden und Regionen Europas
Deutsche Sektion

VENRO
VERBAND ENTWICKLUNGSPOLITIK
DEUTSCHER NICHTREGIERUNGS-
ORGANISATIONEN e.V.

 dbb
beamtenbund
und tarifunion

 UNESCO
Deutsche
UNESCO-Kommission e.V.

 Auswärtiges Amt

 Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz
und Reaktorsicherheit

 DGB

DIÖZESAN
RAT DER KATHOLIKEN
IM ERZBISTUM KÖLN

d.i.e. 
Deutsches Institut für
Entwicklungspolitik German Development
Institute

agl 

giz 

Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt wird gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie der Länder Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Bremen, Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Rheinland Pfalz, Saarland und Schleswig-Holstein.

Unter Mitwirkung: Land Mecklenburg-Vorpommern, Stadt Bonn, Rat für Nachhaltige Entwicklung, Deutscher Städtetag, Deutscher Städte- und Gemeindebund, Deutscher Landkreistag, Deutsche Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas, Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V., Deutscher Beamtenbund, Deutsche UNESCO-Kommission e.V., Auswärtiges Amt, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Deutscher Gewerkschaftsbund, Diözesanrat der Katholischen Kirche, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Arbeitsgemeinschaft der Eine-Welt-Landesnetzwerke e.V. und die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit.